Nr. 133. 27. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Tag der Blamagen.

So hat der große Tag, den uns die evangelischen Geistesstreiter im Dreiklassenparlament bescheren wollten, noch schmählicher geendet, als selbst wir es voraussehen konnten. Der Kampf für die „evangelische Freiheit" fand ein vorzeitiges Ende durch eine frechе und schmähliche Vergewaltigung, die selbst in diesem Paradies der Junker und Pfaffen ein ungewöhnlich starkes Stück ist. Kaum hatten die Herren von Pappenheim und D. Hackenberg, der Vater des berüchtigten Schulkompromisses, ihre Phrasen gegen Rom heruntergesagt, kaum hatte der sanfte Theobald erzählt, daß der preußische Gesandte beim Vatikan die in solchen Fällen beliebten „Schritte" getan und der Fortschrittler Gyßling unter dem lärmenden Widerspruch der Rechten die Komödie bloßgestellt, die die Verbündeten, Zentrum und Konservative, plötzlich als Gegner erscheinen lassen sollten, da dekretierten die Junker auch schon Schluß. Das Zentrum hatte nach einer kurzen Erklärung, sich an der Debatte nicht zu beteiligen, den Saal verlassen, und so wurde der Schlußantrag mit großer Majorität unter stürmischem Widerspruch der Linken angenommen. Der Grund für den gewaltsamen Abbruch der Debatte aber war, um jeden Preis zu verhindern, daß der Sozialdemokrat die elende Heuchelei dieser Komödianten aufdecke und vor allem Volke die Ritter und Heiligen entlarve, die so eng miteinander verbündet sind und nun die günstige Gelegenheit, die die unbeträchtliche Meinungsäußerung der Kurie bot, dazu benützen wollten, um durch einen Kampf mit verteilten Rollen die Aufmerksamkeit des Volkes von diesem Bunde und seinen politischen Verbrechen abzulenken.

Aber die Vergewaltigung der sozialdemokratischen Fraktion ist so dumm, als sie gemein ist. Denn gerade dadurch, daß diese Debatte, die der angeblichen Entrüstung des evangelischen Volkes flammenden Ausdruck verleihen sollte, abgewürgt werden mußte, kaum daß sie begonnen worden war, nur um die einzig wirklichen Volksvertreter an der Teilnahme zu verhindern, gerade dadurch wurde das abgekartete Spiel nun allen sichtbar, wurde die freche Komödie erst völlig deutlich. In einer kurzen, parlamentarisch außerordentlich geschickten und inhaltlich schlagenden Weise entlarvte Genosse Hoffmann in der sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte die allzu listigen Drahtzieher. Er stellte fest, daß nur die Angst der Konservativen, ihr Techtelmechtel mit dem Zentrum beleuchtet zu sehen, sie zu dem Schlußantrag veranlaßt, daß nur die Furcht, die sozialdemokratische Kritik würde sie um jeden Effekt ihrer Interpellationsspielerei bringen, sie zu der schamlosen Vergewaltigung getrieben hat. Und wenn Hoffmann schließlich erklärte, den Herren die Antwort auf ihre Unverschämtheit in zahlreichen Versammlungen geben zu wollen, in denen er zum Austritt aus der Kirche auffordern wolle, so kann man nur sagen, daß diese netten Glaubensstreiter im Dreiklassenparlament die Austrittsbewegung wirklich mächtig gefördert haben.

Das Verhalten der Konservativen war übrigens um so dümmer, da sie damit nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Liberalen trafen. Und die Nationalliberalen, die sich schon sehr gefreut hatten, ihren Liberalismus so recht glänzen zu lassen, da es sich ja nicht um Politik, sondern um kirchliche Scheinkämpfe handelt, werden es den Konservativen nicht so bald verzeihen, ihnen das Konzept so gründlich verdorben zu haben.

So schließt die Komödie ganz programmwidrig. Was eine „Kundgebung des evangelischen Volkes" sein sollte, endet damit, daß die Stimme des Volkes unterdrückt wurde. Und was ein Kampf gegen Rom werden sollte, endet mit einem großen Krach zwischen konservativen und nationalliberalen Geistesstreitern. Der große Tag des Dreiklassenparlaments ist zu einem Tag der schmählichsten Blamage geworden.

Wurde der erste Teil der Sitzung zu einem Erfolg der Sozialdemokratie, weil sie am Reden verhindert wurde, so der zweite Teil zu einem noch bedeutenderen Erfolg durch die Reden der Sozialdemokraten. Es handelte sich um die endgültige Bewilligung der Zivilliste. Der Byzantinerblock funktionierte prompt. Auch die Fortschrittspartei wagte kein Wort ernsthafter Kritik. Die Sozialdemokratie allein erhob Protest gegen die unglaubliche Frivolität, ohne jede zureichende Begründung Millionen Steuergelder ganz unnützerweise zum Fenster hinauszuwerfen, um höfischen Wünschen zu genügen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialdemokratie in ihrer scharfen Opposition gegen die Gehaltserhöhung des preußischen Königs nicht nur im Namen der deutschen Arbeiterklasse, sondern darüber hinaus im Namen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes gesprochen hat. Es ist nur die Feigheit der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse, die die wahre Stimmung der Bevölkerung gegenüber dieser byzantinischen Knechtseligkeit nicht zum Ausdruck kommen ließ. Auch diesmal wieder hat sich die Sozialdemokratie als die einzige unerschrockene Vertreterin der Volksinteressen bewährt.

Ihre Stellung wurde durch Adolf Hoffmann glänzend zur Geltung gebracht. In seiner Rede kam der prächtige proletarische Klasseninstinkt, der ihn auszeichnet, prächtig zur Geltung, und gegenüber den unehrlichen Argumenten, mit denen der glatte Herr von Rheinbaben die höfischen Wünsche in der ersten Lesung verteidigt hatte, machte die zornige Entrüstung, die in seiner Rede bebte, um so stärkeren Eindruck. Nicht ein Satz, den Rheinbaben gesprochen hatte, blieb unwiderlegt. Die ganze Oberflächlichkeit, die durch und durch unehrliche Manier der immer wiederkehrenden Sophismen wurde aufgedeckt. Was Herr v. Rheinbaben an Zahlen vorgetragen hatte, das wurde als falsch nachgewiesen; seine hetzerischen Phrasen gegen die Sozialdemokratie, sein vollständiges Unverständnis der Gewerkschaftsbewegung, der sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse überhaupt so gründlich aufgezeigt, daß selbst die Gegner die Empfindung haben mußten, daß ein gutes Stück dies Renommees dieses eingebildeten Bureaukraten zerstört worden ist. Der Liebling der Junker war gründlich blamiert. Aber Hoffmann beschränkte sich nicht nur auf die Polemik mit dem Herrn Finanzminister. Seine Rede war darüber hinaus ein äußerst wirkungsvoller Protest gegen die Frivolität, von der Notwendigkeit einer Einkommenserhöhung der Hohenzollern zu sprechen, wo die Massen des Volkes noch immer bittere Not leiden. Es waren Töne, die im Geldsacksparlament nicht oft gehört worden sind und die dort auch kein Echo wachrufen werden. Um so größer wird aber das Echo sein, das Hoffmanns Worte draußen im Lande erwecken werden.

Vergebens versuchte Herr von Rheinbaben durch eine Entgegnung die Ausführungen Hoffmanns zu entkräften. Der ganze Effekt war, daß Genosse Hirsch in der dritten Lesung der Zivilliste Gelegenheit nahm, die kaum mehr ernst zu nehmenden Phrasen gebührend zu kennzeichnen.

Das Schicksal der Vorlage war natürlich von vornherein entschieden. Der Byzantinerblock nahm sie gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an. So endet der Kampf gegen das persönliche Regiment bei den bürgerlichen Parteien. Vor den Wünschen des Hofes wurden sie alle gleich. Wir wollen hoffen, daß sie alle auch von dem Unwillen des Volkes gleich gewertet werden.

König Landrat.

Ein Prozeß, der ein bezeichnendes Licht auf die preußische Verwaltung wirft, wird zurzeit in Siegen vor der detachierten Strafkammer des dortigen Amtsgerichts verhandelt. Oberflächlich betrachtet, handelt es sich nur um das Regiment eines einzigen Beamten, des Landrats des Kreises Wittgenstein, eines Dr. Schröder. Der Fall erweitert sich aber zu einer für die ganze preußische Verwaltung bezeichnenden Affäre, weil alle Beschwerden, die gegen den schneidigen Herrn Landrat bei seiner vorgesetzten Behörde erhoben wurden, abgelehnt worden sind. Und als dann schließlich in einem sozialdemokratischen Blatte die Sache an die Oeffentlichkeit gebracht wurde, da wurde nach alter preußischer Tradition nicht gegen den kompromittierten Beamten vorgegangen, sondern gegen den Kritiker, der das öffentliche Interesse gegen den Herrn Landrat zu wahren suchte, Anklage wegen Beleidigung erhoben. Gekrönt wird diese Haltung der vorgesetzten Behörde des Herrn Landrats Schröder durch den Umstand, daß sie im Prozeß den von dem Angeklagten geladenen Untergebenen des Landrats die Erlaubnis zur Aussage über dienstliche Vorgänge verweigert, gestützt auf den viel mißbrauchten Paragraphen des Strafgesetzbuchs, wonach die vorgesetzte Behörde dem als Zeugen vor Gericht geladenen Beamten die Aussage über dienstliche Angelegenheiten verbieten darf, wenn die Geheimhaltung zum Wohle des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates geboten ist. Inwiefern diese Bedingung auf die Aussageverbote in diesem Prozesse zutreffen, werden die Leser auf Grund unserer Mitteilungen über die Prozeßverhandlung selbst beurteilen können. Jedenfalls hat die Verweigerung der Aussageerlaubnis zur Folge, daß den Angeklagten die volle Aufklärung der Angelegenheit sehr erschwert wird, so daß dem Gericht unter Umständen wegen dieser von der vorgesetzten Behörde des kritisierten Landrats erzwungenen Unvollständigkeit der Beweisaufnahme zu der Ansicht kommen könnte, der Wahrheitsbeweis sei nicht vollständig erbracht und also müsse Verurteilung der Angeklagten erfolgen.

Wir halten das allerdings diesmal schon nach der Beweisaufnahme des ersten Tages für ausgeschlossen, denn sie hat über das Regiment des Herrn Landrats schon so viel gravierende Dinge so zweifelsfrei ergeben, daß das Urteil der Oeffentlichkeit über Herrn Dr. Schröder heute schon feststehen dürfte. Dieser Herr hat den Kreis Wittgenstein in einer Weise „regiert", die man milde als „Selbstherrschertum" bezeichnen könnte. Er hat seine amtliche Macht bedenkenlos in seinen persönlichen Angelegenheiten benutzt und im übrigen den amtlichen Apparat rückhaltlos in den Dienst eines kleinen Kreises von Honoratioren gestellt, die sich anscheinend besonders in landwirtschaftlichen Kreisen zusammenfanden. Die Kreisinteressen waren dem Herrn Landrat die Interessen dieses Vereins, und im übrigen ging seine Sorge besonders darauf hinaus, den nötigen Abstand zwischen der Kaste der Honoratioren und der gewöhnlichen Menschheit zu wahren. Er hat es auf die Weise fertig gebracht, weite Kreise als nicht zu der Kaste der Honoratioren gehörigen Bürgertums zu erbittern, daß die Drohungen mit dem „Sozialdemokratischwerden" eine nicht mehr seltene Erscheinung wurden, und daß schließlich ein nationalliberales Blatt der Gegend, die Siegener „Volkszeitung", die Anklageartikel unseres Frankfurter Parteiblatts, der „Volksstimme", gegen den nationalliberalen Landrat wiedergab.

Deshalb sitzt jetzt neben dem Genossen Zielowski, dem Verantwortlichen der Frankfurter „Volksstimme", auch der Redakteur Riedel des nationalliberalen Siegener „Volksblatts" auf der Anklagebank. Den Genossen Zielowski hat man seinem ordentlichen Gerichtsstand, dem Frankfurter Landgericht entzogen, indem man noch zwei Einwohner der Landratsresidenz Berleburg, die die Nummer des Frankfurter Parteiblattes mit den inkriminierten Artikeln im Kreise verbreitet haben, den Bauunternehmer Rompel und den Gastwirt Achenbach, mit in den Prozeß hineinzog. Sie werden als Gehilfen Zielowskis betrachtet und damit soll nach Ansicht des Siegener Gerichts die Möglichkeit gegeben sein, den Genossen Zielowski ebenfalls in Siegen anzuklagen. Sein Protest gegen dieses Verfahren wurde abgewiesen, vorher hatte übrigens auch schon das Oberlandesgericht Hamm so entschieden.

Wir können den Inhalt der inkriminierten Zeitungsarktikel, die in der Form äußerst vorsichtig gehalten waren, vorerst übergehen, da die darin aufgestellten Betrachtungen sich aus der Beweisaufnahme ergeben. Aus dieser, die am Dienstag begann, wollen wir die wichtigsten Stellen wiedergeben: Die Verteidigung des Genossen Zielowski liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Levi-Frankfurt a. M. und Wolfgang Heine-Berlin, die der Angeklagten Riedel und Achenbach führt Rechtsanwalt Dr. Bellebaum-Siegen, die des Angeklagten Rompel Rechtsanwalt Dr. Frey-Siegen. Landrat Dr. Schröder hat sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen und wird durch den Rechtsanwalt Dr. Dörffel-Marburg vertreten. Der Regierungspräsident von Arnsberg hat den Oberregierungsrat von Sisevius beauftragt, dem Prozeß beizuwohnen und über die Zulässigkeit der Aussagen von Beamten über dienstliche Dinge zu entscheiden.

Die Angeklagten Rompel und Achenbach erklärten, durch den Landrat schwer geschädigt worden zu sein. Rompel war vom Landrat der Bau einer Herberge übertragen worden. Als der Bau aber in Angriff genommen werden sollte, verweigerte der Landrat die Konzession. Rompel behauptet, daß er keine Ahnung habe weshalb, ein Grund habe nicht vorgelegen. Er führte dann weiter aus:

Ich habe mich, da ich dadurch ganz unendlich geschädigt war, beschwerdeführend an die Arnsbergische Regierung gewandt, ich wurde aber abschlägig beschieden. Einige Zeit darauf erhielt ich den Auftrag, bei einem Bahnbau Dynamit zu liefern. Der Landrat verweigerte mir aber den Dynamitschein. Auf meine Vorstellung beim Landrat, sagte ich diesem: Wenn ich den Dynamitschein nicht erhalte, dann bin ich ruiniert. Da sagte der Landrat: Sie haben sich ja auch über mich bei der Regierung beschwert. Jawohl, das habe ich getan, bemerkte ich, ich will doch leben. Damit Sie bestimmt ruiniert werden, antwortet der Landrat, werde ich auch Ihrem Oberarbeiter den Dynamitschein entziehen. (Große Bewegung im Zuhörerraum.) Ich habe durch den Landrat in einem Jahre für 10 000 M. Schaden gehabt.

Der Landrat verweigerte später bei seiner Zeugenvernehmung, als ihm von dem Verteidiger Rompels die Frage vorgelegt wurde, weshalb er diesem den Dynamitschein entzogen habe, die Antwort, denn das sei eine dienstliche Angelegenheit. Als der Verteidiger weiter fragte, ob der Landrat zu Rompel gesagt, er werde ihn vernichten, verweigerte Dr. Schröder auch darauf die Antwort. Auf den Hinweis des Verteidigers, daß der Zeuge dazu nicht berechtigt sei, sprang der Vorgesetzte drs Landrats, der Oberregierungsrat Sisevius dem Herrn bei, er meinte, diese Bemerkung stehe nicht zur Anklage, er könne daher die Genehmigung zur Antwort nicht erteilen. Von den Verteidigern in die Enge getrieben, stellte der Herr Oberregierungsrat schließlich die Beantwortung anheim. Die Verteidiger verzichteten indes schließlich darauf.

Der Angeklagte Achenbach erzählte, daß der Landrat ihn veranlaßt habe, die Turnhalle in Berleburg zu pachten, er habe für 1000 M. Möbel dazu anschaffen müssen. Der Landrat beschwichtigte seine Bedenken mit dem Versprechen, er werde ihm die Betriebssteuer erlassen und dafür sorgen, daß alle landwirtschaftlichen Versammlungen, Musterungen und Kaiser-Geburtstagsfestessen in der Turnhalle stattfinden. Es habe aber nur eine einzige landwirtschaftliche Versammlung dort stattgefunden und die Betriebssteuer sei nicht erlassen worden. Der Landrat betont als Zeuge, Achenbach zur Pachtung und ihm die behaupteten Versprechungen gemacht zu haben. Außerdem habe er später gehört, daß Achenbach schon vor zwei Jahren aus dem landwirtschaftlichen Kreisverein ausgetreten sei und andererseits sei es auch bei der einen landwirtschaftlichen Versammlung in der Turnhalle furchtbar kalt gewesen. Auch das Essen sei kalt und schlecht gewesen.

Ein anderer Hotelwirt von Berleburg will vom Landrat durch ähnliche nicht gehaltene Versprechungen geschädigt sein. Der Stiefsohn dieses Zeugen bekundet, er habe dem Landrat gesagt, „wir haben unsere Säle unter großem Kostenaufwand vergrößert und verschönert, und nun wollen Sie uns alles entziehen?" Der Landrat habe darauf keine Antwort gegeben.

Auch hier wollte der Landrat nichts versprochen haben und zog sich hinter die Beschlüsse des Komitees für die Kaisergeburtstagsfeier zurück.

Einem Bäckermeister Kayser ist die Lieferung von Backwaren für das Kreiskrankenhaus entzogen worden, weil er aus dem landwirtschaftlichen Kreisverein ausgetreten war. Das gab der Landrat zu, allerdings behauptete er außerdem, daß die Ware nicht gut gewesen sei. Indessen erklärte er ganz offen: „Da es Gepflogenheit des Kreisausschusses ist, Leute, die sich weigern, dem landwirtschaftlichen Kreisverein anzugehören, auch nicht durch Lieferungen zu unterstützen, habe der Kreisausschuß beschlossen, dem Bäckermeister die Lieferung zu entziehen."

Auf Vorhalt des Genossen Heine gab der Landrat zu, den betreffenden Antrag als Vorsitzender des Kreisausschusses gestellt zu

haben. Ebenso mußte er auf eine weitere Frage Heines zugeben, daß er dem Bäckermeister durch den Kreisamtsboten habe bedeuten lassen, er solle seine Beiträge an den landwirtschaftlichen Kreisverein einschicken, sonst werde ihm die Lieferung für das Kreiskrankenhaus entzogen!

Die persönlichen Interessen des Herrn Landrats spielen mit bei Entziehung der Milchlieferung für das Kreiskrankenhaus, die einen Milchhändler traf, der auch dem landrätlichen Haushalt die Milch lieferte. Der Herr Landrat wollte zuerst vor allen anderen Kunden bedient sein, als der Milchhändler das nicht bewerkstelligen konnte, verlor er auch die Lieferung für das Krankenhaus. Der Herr Landrat meinte bei seiner Zeugenvernehmung freilich auch, die Milch sei nicht gut gewesen, er hat sie aber nicht amtlich untersuchen lassen, weil sie „nicht direkt schmutzig" war. Bei der Leitung des Krankenhauses hat er nicht wegen der Milch angefragt. Mehrere Zeugen, die von demselben Händler die Milch bezogen, erklärten sie für sehr gut, ebenso die Oberin des Krankenhauses, die außerdem noch auf Befragen Zielowskis die interessante Mitteilung machte, daß die Frau Landrätin die Milch für das Krankenhaus abbestellte. Der Herr Landrat sei eines Tages mit Frau Gemahlin ins Krankenhaus gekommen. Da sagte die Frau Landrätin: die Milch wird von Spietz nicht mehr bezogen, ich habe sie bereits abbestellt und werde sie Ihnen von anderer Seite beschaffen. Der Herr Landrat sagte gar nichts. — Auf die Bemerkung des Genossen Zielowski, daß die Frau Landrätin doch gar nicht dazu berechtigt sei, meinte der Vorsitzende unter allgemeiner Heiterkeit: Die Frau Landrätin ist gewissermaßen die Mutter des Kreises.

Einem jüdischen Lehrer hat der Landrat auf der Straße gesagt, er solle ihn „ordentlich" oder lieber gar nicht grüßen. Als der Lehrer das nächste mal nicht grüßte, erhielt er eine amtliche Vorladung aufs Landratsamt. Er ging nicht hin, weil der Landrat nicht sein Vorgesetzter ist. Der Landrat erklärte dazu, er habe geglaubt, der Lehrer unterstehe ihm. Er behauptet, der Gruß sei wirklich nicht „ordentlich" gewesen, was der Lehrer energisch bestreitet, worauf beide Zeugen dem Gericht mit dem Hute vordemonstrieren müssen, wie stark nach ihrer Meinung in besagtem Falle der Hut gelüftet wurde.

Dem Kreisamtsboten Honnighausen hat der Landrat es schwer verdacht, daß er sich zum Vorsitzenden des Kriegervereins wiederwählen ließ, nachdem von anderer Seite zwei Offiziere der Landwehr, der Bürgermeister Hornung und der Kammerdirektor Dornfeld vorgeschlagen waren. Zeuge Honnighausen bekundete:

Am folgenden Morgen wurde ich vom Landrat in sein Bureau bestellt. Der Landrat schrie mir entgegen: Wie kommen Sie dazu, sich wieder zum Vorsitzenden des Kriegervereins wählen zu lassen? Ich antwortete: Ich habe ablehnen wollen, wurde aber von meinen Freunden geradezu zur Annahme gedrängt. Sie hätten, nachdem ein Offizier als Ihr Gegenkandidat vorgeschlagen war, alles aufbieten müssen, daß der Offizier gewählt werde, versetzte der Landrat. Ich antwortete: Ich sei dazu außerstande. — Vorsitzender: Der Herr Landrat soll zu Ihnen gesagt haben: Sie sind nicht wert, Staatsbeamter zu sein. — Zeuge: Das ist richtig. — Vorsitzender: Der Herr Landrat bestreitet das mit vollster Entschiedenheit. — Zeuge: Das hat der Herr Landrat ganz bestimmt gesagt. — Vorsitzender: Der Herr Landrat soll zu Ihnen auch gesagt haben: Der Verein ist nicht wert, dem deutschen Kriegerverbande anzugehören, und nicht würdig, eine Fahne zu führen? — Zeuge: Jawohl, das hat der Herr Landrat auch gesagt.

Der Zeuge ist aus dem Dienst geschieden. Der Landrat, ehemaliger Vorgesetzter des Zeugen, verweigert die Genehmigung zu der Beantwortung der Frage, weshalb der Dienstaustritt erfolgte. Er findet dabei den Beistand des Oberregierungsrats Sisevius, der trotz des Vorhalts der Verteidigung, daß durch die Beantwortung dieser Frage unmöglich das Wohl des Deutschen Reiches oder Preußens gefährdet werden könne, dabei bleibt, daß die Genehmigung nicht erteilt werden könne! Der Herr erklärte auch außerdem am Schluß der Sitzung, daß er sämtlichen Beamten, die als Zeugen vorgeschlagen werden, die Genehmigung zur Aussage verweigern werde. Der Gerichtshof beschloß daher, nur vier Nichtbeamte als Zeugen zu laden. Uebrigens werde durch die Frage an den Zeugen Honnighausen, ob er außerdienstlich von Beamten gehört habe, sie seien vom Landrat so behandelt worden, daß sie Selbstmord begehen möchten, die Feststellung ermöglicht, daß allerdings zwei Beamte, Weber und Scholz, gesagt haben, sie würden wegen der Behandlung durch den Landrat zum Revolver greifen, wenn sie nicht Familienväter wären!

Am Mittwoch und Donnerstag ruht der Prozeß wegen anderer Verhandlungen, am Freitag soll er fortgesetzt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juni 1910.

Summa cum laude — entlassen!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung"" veröffentlicht ein allerhöchstes Handschreiben, das Herrn Dernburg anläßlich seines Ausscheidens aus dem Amte zugegangen ist. Es lautet:

„Da Sie zu Meinem Bedauern auf dem Wunsche bestanden haben, aus Ihrem Amte als Staatssekretär des Reichskolonialamts entlassen zu werden, habe Ich Mich entschlossen, Ihnen durch Order vom heutigen Tage den erbetenen Abschied in Gnaden zu bewilligen. Ich spreche Ihnen hierbei Meine vollste Anerkennung für die hervorragenden Verdienste aus, die Sie sich in vierjähriger, an Erfolgen reicher Arbeit um die Entwickelung der deutschen Schutzgebiete erworben haben. Als Zeichen dieser Meiner Anerkennung habe Ich Ihnen die Brillanten zum Roten Adlerorden erster Klasse verliehen und die Generalordenskommission beauftragt, Ihnen die Dekoration zugehen zu lassen.

Ihr wohlgeneigter Kaiser und König
Wilhelm, I. R."

Das offiziöse Organ fügt diesen Worten hoher Anerkennung noch weitere Schmeicheleien hinzu. Wenn Exzellenz Dernburg sich nicht habe entschließen können, sein Amt noch weiter fortzuführen, so sei das Bedauern darüber nicht am wenigsten lebhaft beim Reichskanzler, der in ihm „einen tatkräftigen, unermüdlichen und sachverständigen Mitarbeiter auf einem Gebiete geschätzt" habe, „das wesentlich erst durch Dernburgs Tätigkeit zu einem verheißungsvollen Fruchtfeld geworden" sei. Das Blatt bestätigt auch, daß Dernburg bereits vor Jahresfrist dem Reichskanzler seine Rücktrittsabsichten angekündigt und sie dem jetzigen Reichskanzler bei dessen Antritt wiederholt habe.

Auch diese Darlegungen beweisen nicht das geringste gegen die Auffassung der Ursachen des Rücktritts für Dernburg, die wir in unserem ersten Artikel dargelegt haben. Der liberale Kolonialsekretär ist bereits seit geraumer Zeit bei seinem Bestreben, die Kolonialpolitik nach großkapitalistischen Interessen zu gestalten, sowohl innerhalb der maßgebenden bürgerlichen Parteien, als auch der Kolonialbureaukratie und der Ansiedler selbst auf so heftigen Widerstand gestoßen, daß er die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten schließlich für eine Unmöglichkeit ansah. Die völlige Ausschaltung des Liberalismus aus der Reichs- und Staatspolitik mag für ihn nur ein Grund mehr gewesen sein, an der dauernden Festhaltung seines kolonialpolitischen Standpunktes zu verzweifeln. Als kluger Mann hat Herr Dernburg nicht erst das Gegangenwerden abgewartet, sondern selbst seinen Abschied eingereicht. Wie man dabei freilich im letzten Ende von einem freiwilligen Ausscheiden zu reden vermag, dürfte das Geheimnis des „Berliner Tageblatt" bleiben.

Dernburgs Nachfolger.

Wie der „Reichsanzeiger" mitteilt, hat der Kaiser das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Dernburg genehmigt und den Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt v. Lindequist zum Nachfolger Dernburgs ernannt.

Der „Berliner Lokalanzeiger" nennt als Nachfolger des Unterstaatssekretärs v. Lindequist den Ministerialdirektor Dr. Conze. In das Amt des Gouverneurs für Südwestafrika soll der bisherige Gouverneur von Kamerun Dr. Seitz eintreten.

Konservative Verleumdungstaktik.

Zu einem Zusammenstoß zwischen dem konservativen Abgeordneten Graf v. Westarp und Genossen Hoch kam es heute in der Reichsversicherungsordnungs-Kommission des Reichstags. Graf v. Westarp hatte gegen die Aeußerung des Genossen Hoch protestiert: die Konservativen wollten durch eine Ausnahmebestimmung die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter illusorisch machen. Im Anschluß hieran fragte Graf v. Westarp den Genossen Hoch, was er antworten würde auf die Behauptung: die Sozialdemokraten wollten nur aus Parteiinteresse, ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter, alle landwirtschaftlichen Arbeiter unter die Leitung sozialdemokratischer Kassenvorstände bringen? Genosse Hoch antwortete: Er würde sich freuen, wenn alle landwirtschaftlichen Arbeiter unter die „Leitung sozialdemokratischer Kassenvorstände" kämen — aber nicht aus Parteiinteresse sondern weil er überzeugt sei, daß erst dann die Krankenfürsorge für die ländlichen Arbeiter so gut, wie nur irgendmöglich durchgeführt werde. Darauf erhob sich der konservative Parteiführer mit der ganzen Wichtigkeit, die er sich beilegt, und erklärte: er nähme zu den Akten, daß die sozialdemokratische Partei nach dem Zeugnis des Herrn Hoch nur aus Parteiinteresse ohne Rücksicht auf das Interesse der Arbeiter die Arbeiterschaft unter die Leitung der sozialdemokratischen Kassenvorstände bringen wolle. Dies würden die Sozialdemokraten noch oft zu hören bekommen. Genosse Hoch stellte fest, daß er klar und deutlich das Gegenteil von dem gesagt habe, was ihm jetzt Graf v. Westarp unterstellt habe. Er nähme, fügte er hinzu, zu den Akten, daß Graf v. Westarp es fertig bringe, in einer solchen Diskussion die Worte eines Kollegen in ihr Gegenteil zu verdrehen. „Ich verbitte mir eine so unparlamentarische Beleidigung," schrie jetzt Graf v. Westarp durch den Saal. „Und ich verbitte mir eine so unparlamentarische Verdrehung meiner Worte," antwortete Genosse Hoch in demselben Tone. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Trotz dieser Klarstellung wird sicherlich die v. Westarpsche Verdrehung ihren Weg durch die Reichsverbandspresse machen. Ihr ist keine Sache zu dumm, um sie nicht gegen die Sozialdemokratie auszuspielen.

Noch ein Scharfmacherblatt gegen den Byzantinerblock.

Gleich der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" wenden sich auch die „Hamburger Nachrichten" gegen die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien bei der Erhöhung der Zivilliste. Da Herr Fischbeck sich am Donnerstag die drollige Bemerkung gestattete, daß das Volk mit den Bewilligern der Liebesgabe für die Krone einverstanden sei, aber für die Stellungnahme der Sozialdemokratie kein Verständnis haben werde, wollen wir ihm hiermit die Kritik zu Gemüte führen, die sogar ein großkapitalistisches, rechtsnationalliberales Blatt an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien zu üben nicht umhin kann. Die „Hamburger Nachrichten" schreiben:

„Die gestrigen Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Zivilliste haben lediglich bestätigt, daß alle Parteien des Hauses, natürlich mit Ausnahme der sozialdemokratischen, die Mehrforderung bewilligen werden. Das kann sicherlich unter manchem Gesichtspunkte befriedigen. Gleichwohl glauben auch wir, daß es nicht richtig von den bürgerlichen Parteien war, die ganze Kritik an der Finanzwirtschaft des Hofes, die sich bei dieser Gelegenheit von selbst ergab, der Sozialdemokratie zu überlassen. Es hätte sicher einen guten Eindruck im Lande gemacht, wenn sie von bürgerlicher Seite in aller Ehrerbietung vor dem Monarchen ernst und würdig erfolgt wäre. So mancherlei würde doch zu sagen gewesen sein, namentlich in einem Momente, wo man bereit war, dem Könige zur Bestreitung seiner Hofhaltung weitere Millionen zur Verfügung zu stellen. Es wäre u. a. darauf hinzuweisen gewesen, daß wenn die Mittel nicht ausreichten, dies nicht nur in der Verteuerung der Lebensverhältnisse liege, sondern auch an Ausgaben, über deren Notwendigkeit die Ansichten mindestens verschieden sein könnten, hierher gehören so zum Beispiel die Millionenschöpfung der Siegesallee mit ihren steifen Denkmalspuppen, der Ankauf des Marmorschlosses auf Korfu und manches andere, das weder vom deutsch-nationalen, noch künstlerischen, noch vom repräsentativen Standpunkt zu erklären ist. Es hätte auch darauf hingewiesen werden sollen, daß die Regierung selbst das Motiv der Sparsamkeit in allen Tonarten habe erklingen lassen, damit in den nächsten Jahren nicht noch schwerere Steuerlasten dem Volke aufgebürdet zu werden brauchten.

An der Rede, die Herr v. Rheinhaben gehalten hat, um die Notwendigkeit der Erhöhung der Zivilliste darzutun, vermissen wir u. a. das Eingehen auf die Kritik, die an einzelnen Punkten der Begründung der Vorlage in der bürgerlichen Presse geübt worden ist. Der Minister hat zwar dem sozialistischen Redner widersprochen, der die Begründung der Vorlage insofern als falsch bezeichnet hatte, als sie den Verzicht der Krone auf die Domänen und Forsten unter Vorbehalt nur einer festen Rente als einen Akt der Selbstlosigkeit hingestellt habe, und erklärt, er müsse an dieser Auffassung durchaus festhalten. Es hat daran erinnert, daß die Domänen und Forsten seiner Zeit dem Staate überlassen worden seien, um das tief daniederliegende Land aufzurichten und zu heben. Aber mit keiner Silbe hat er den Einwand widerlegt, daß die dem Lande überlassene Kronendomänen von Rechts wegen überhaupt nicht dem Monarchen, sondern dem Staate gehört hätten. Was aber den Exkurs des Ministers auf die sozialpolitischen Leistungen des Reiches betrifft, so wissen wir absolut nicht, welcher Zusammenhang zwischen ihnen und der preußischen Zivilliste besteht!"

Wenn so selbst Blätter urteilen, die fast mehr zu den Freikonservativen als zu dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen gehören, können sich die Herren vom Byzantinerblock wohl eine Vorstellung davon machen, wie das Volk über die Verschleuderung der $3^1/_2$ Millionen denkt!

Zur Liebesgabe an die Hohenzollern.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns: Das regierende Haus Hohenzollern kommt also mit seiner bisherigen Tageseinnahme von 43 000 M. nicht mehr aus, sondern braucht alle 24 Stunden unbedingt 52 600 M. Natürlich ist das Geld nach Ansicht der bürgerlichen Parteien da. Man dreht die Steuerschraube aufs neue ein bißchen um und das Haus Hohenzollern braucht am Abend nicht mehr Heringe und Kartoffeln zu essen. Wir erinnern uns hier an die Zeit, in der das jetzige Militärpensionsgesetz geschaffen wurde. Da hegten die Pensionisten der unteren und untersten militärischen Chargen die stille Hoffnung, daß das neue Gesetz rückwärtige Geltung erhalten werde, denn die Pensionen waren bis zur Majorsstelle aufwärts doch gar zu jämmerlich. Aber in diesem Falle hat die hohe Obrigkeit sich nicht um das Sinken des Geldwertes, auch nicht um die Familien der Pensionisten gekümmert, obwohl hier meistens wirklicher Mangel, wirkliche Not in Betracht kamen. Allerdings war das Reichsangelegenheit, aber wenn Preußen so viel Geld hat, daß es das Gehalt der regierenden Hohenzollernfamilie im Tage um 9600 Mark aufbessert, dann sollte man glauben, daß auch das Reich genug Geld besitzt, um neuen Pensionsgesetzen, die alle mit den steigenden Lebensmittel- und Wohnungspreisen begründet werden, rückwirkende Kraft zu verleihen. Fast zur nämlichen Zeit, in der den „gemeinen" Soldaten die kärgliche Soldaufbesserung von 8 Pf. pro Tag verweigert wurde, erhält die regierende Familie im Tage nahezu 10 000 M. mehr. Das macht natürlich einen famosen Eindruck und dient sehr zur Erhaltung des monarchischen Prinzips.

Noch ein mandatsmüder Freisinniger.

Es wird gemeldet, daß der preußische Landtagsabgeordnete Fabrikdirektor Dr. Gerschel (Fortschr. Vp.), der den zweiten Berliner Wahlkreis vertritt, wegen andauernder Krankheit sein Mandat nicht weiter behalten will. Dr. Gerschel wurde im Jahre 1908 mit 845 freisinnigen gegen 107 sozialdemokratische und 14 konservative Wahlmännerstimmen gewählt.

Westfälische Nationalliberale.

Die „Westf. Pol. Nachr.", die offizielle nationalliberale Parteikorrespondenz für Westfalen, schrieben dieser Tage folgendes: In der Wahlrechtsreform waren Zentrum, Sozialdemokraten und Freisinnige unsere Gegner. Desgleichen die Jungliberalen, die überhaupt „nun und nimmermehr nationalliberal sind". „Darum sind Fortschrittspartei und Jungliberale unsere Gegner, weil sie in der Forderung des Reichstagswahlrechts die Verbündeten der Sozialdemokratie sind." Auch gegen Bassermann wird scharf polemisiert. Das alte (1887er) Kartell zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen ist wiederherzustellen. Die Fortschrittliche Volkspartei und die Jungliberalen sind auszuschließen, die letzteren auch aus dem engeren nationalliberalen Parteiverbande auszuscheiden. Die Parole heißt nicht: „Erneuerung des Bülowschen Blocks", sondern „der mittelparteiliche Block des schaffenden Bürgertums in Stadt und Land auf schutzzöllnerischer und nationaler Grundlage."

Hinter diesen Aeußerungen stehen die Nationalliberalen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks.

Prinzipiell für Bestialität.

Die „Times" berichtet aus Tanger folgende neue Bestialitäten:

Nachdem Mulay Hafid den Haj-Benaissa, den Gouverneur von Fez, vor einigen Wochen ins Gefängnis hatte werfen lassen, weil dieser ihm nicht verraten wollte, wo er den Schatz vergraben habe, in dessen Besitz ihn der Sultan glaubte, ließ er auch die Frauen des Gouverneurs gefangen nehmen. Die erste Frau wurde in grausamer Weise gefoltert, weil sie ebenfalls nicht angeben wollte, wo sich der Schatz befinde, der in Wirklichkeit gar nicht existiert. Ihre Hände wurden in nasse Häute eingenäht, was furchtbare Schmerzen verursachen soll. Ihre Brüste wurden zwischen Holzbretter eingeschraubt, und schließlich wurde sie an den Händen aufgehängt, so daß sie bald starb. Nach den letzten Nachrichten aus Fez werde gegenwärtig der Sohn des Benaissa gefoltert und Benaissa selbst soll infolge der grausamen Behandlung dem Tode nahe sein. Der Korrespondent erinnert hierbei daran, daß Mulay Hafid erst vor vierzehn Tagen den Vertretern der europäischen Mächte in Tanger das Versprechen gab, künftighin alle grausamen Bestrebungen zu unterlassen, und fragt, wie lange sich noch die Mächte diese Grausamkeiten gefallen lassen wollten. Mulay Hafid stehe ganz unter dem Einflusse von Betäubungsmitteln und befinde sich oft in einem Zustande, in dem er schwer von den furchtbarsten Grausamkeiten abzuhalten sei. Der Korrespondent behauptet, von mehreren einflußreichen Mauren gebeten worden zu sein, die Grausamkeiten des Sultans den Mächten bekannt zu geben.

Die „Deutsche Tageszeitung", die diese Meldung wiedergibt, macht dazu folgenden gemütvollen Witz:

„Statt an die Mächte sollte sich der Korrespondent doch lieber an die Marokkaner wenden. Die Mächte werden ja gar nicht grausam behandelt."

Knuten-Oertel ist eben prinzipiell für die Bestialität. Und dann wundert sich das alldeutsch-agrarische Gesindel noch, wenn das Ausland mit solchem Hasse von den in Deutschland Herrschenden spricht und mit einem aus Mitleid und Verachtung gemischten Gefühle von dem Volke, das sich von solchen Kerlen und ihren Gesinnungsverwandten beherrschen läßt.

Anarchistenriecherei.

Die Polizei im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist scharf auf der Anarchistensuche. Ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Essen, das der Wissenschaft halber den „Freien Arbeiter" liest, wurde dieser Tage zur Polizei zitiert und dort unter dem Verdacht, Anarchist zu sein, zwangsweise photographiert.

Die famose deutsche Rechtsprechung hat bekanntlich der Polizei attestiert, daß sie ein Recht zu solcher Freiheitsberaubung hat.

Oesterreich.

Heer und Wahlfreiheit.

Wien, 9. Juni. Abgeordnetenhaus. Bei Besprechung der gestern vom Ministerpräsidenten Frhrn. v. Bienerth beantworteten Interpellation über die Verwendung österreichischer Truppen bei den Wahlen in Ungarn erklärten die Abgg. Korosec und Sramek, daß die Truppen nicht zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, sondern zur Behinderung der Wahlfreiheit, insbesondere zur Niederhaltung der Nationalitäten verwendet worden seien. Abg. Sramek fügte dem noch hinzu, er müsse mit aller Energie gegen die an den Stammesbrüdern in Ungarn verübten Gewalttaten und Drangsalierungen protestieren. Gen. Renner bezeichnete den Wahlsieg des Grafen Khuen-Hedervary als Ergebnis nackter Brutalität. Er hoffe, daß trotz der Vereinigung der Reaktion in Oesterreich und Ungarn die Idee der ungarischen Wahlreform siegreich sein werde. Der Präsident rief den Redner wegen Beleidigung des ungarischen Ministerpräsidenten zur Ord-

nung. Daszynski (Soz.) erklärte, der Drang der breiten Massen nach legitimer Macht sei nicht zu unterdrücken. Auch in Ungarn werde das Versprechen der Krone bezüglich eines allgemeinen Wahlrechts eingelöst werden müssen. (Beifall.) Der Präsident rief den Redner, weil er wiederholt die Krone in die Debatte gezogen hatte, zur Ordnung. Der Minister des Innern, der nunmehr das Wort ergriff, bekämpfte scharf die gegen die Krone gerichtete Kritik der beiden Redner. (Zustimmung.) Er bezeichnete die Debatte über die ungarischen Reichstagswahlen als unzulässige Einmischung und gab dem Bedauern über die Angriffe gegen die ungarische Regierung Ausdruck. (Zwischenrufe.) Nachdem sodann die Tschechisch-Radikalen und die tschechischen Agrarier die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten als unbefriedigend bezeichnet hatten, wurde die Debatte geschäftsordnungsmäßig ohne Abstimmung geschlossen.

Frankreich.

Das Regierungsprogramm.

Paris, 9. Juni. In der Deputiertenkammer entwickelte Ministerpräsident Briand in ausführlicher Weise sein Programm. Zuerst kam ein leidenschaftliches Bekenntnis des ehemaligen Generalstreikpredigers zur bürgerlichen Ordnung. Briand sagte: Die Regierung wird die Autorität der vollziehenden Gewalt mit allen Befugnissen und mit allen Verantwortlichkeiten wahren und sie vor mißbräuchlichen Einrichtungen schützen, welche in die Reihen der Staatsbeamten die Keime der Disziplinlosigkeit tragen. Zu diesem Behufe müssen die Einrichtungen des öffentlichen Dienstes eine Umgestaltung erfahren. Wir sprechen da von der Verwaltungsreform, für welche die Wahlreform die unerläßliche Voraussetzung bildet. Der Zweck der Wahlreform ist, durch ein erweitertes Skrutinium den allgemeinen Interessen ein Uebergewicht über lokale Interessen zu verschaffen. Die Wahlreform muß so breit wie möglich sein. Sie muß vor allem den republikanischen Einrichtungen und deren Grundsätzen angepaßt sein. Der Grundsatz der Majorität ist es, welcher ein Regieren überhaupt ermöglicht. Ein Wahlmodus, welcher unter irgendeinem arithmetischen Vorwande einer Minderheit die Macht verleihen würde, die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt zu verhindern, würde die Republik dem Untergange zuführen. Unter diesem Vorbehalt ist es für die Zukunft des parlamentarischen Regimes notwendig, die Ansicht der Minderheit vor Erdrückung zu schützen. Man hat den früheren Kammern vorgeworfen, daß sie zu Ende der gesetzlichen Periode sich ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen zu sehr von Wahlrücksichten leiten ließen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, erscheint es wünschenswert, daß Mandate der Deputierten teilweise erneuert werden können. Das Problem der Wahlreform ist schwierig und verwickelt, und die Regierung wird sich bei der Erörterung der Einzelheiten nicht unnachgiebig zeigen. Aber schon jetzt muß erklärt werden, daß die Annahme der Wahlreform durchaus nicht dem Mandat der gegenwärtigen Kammer ein vorzeitiges Ende bereiten dürfte. Ueber die Verwaltungsreform heißt es in der Regierungserklärung: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann nicht die Rede davon sein, den Rahmen unseres Verwaltungssystems zu durchbrechen; aber schon jetzt könnte man eine regionale Organisierung vornehmen, welche die Departements insbesondere nach ihren wirtschaftlichen Interessen vereinigt. Der Verwaltungsreform muß auch eine den modernen Verhältnissen entsprechende Umgestaltung des Gerichtswesens folgen.

Das sozialpolitische Werk der Republik ist zwar schon achtunggebietend, aber nicht vollständig. Es genügt nicht, daß man den Arbeitern das Recht eingeräumt hat, Körperschaften zu bilden; man muß diesen Körperschaften auch die gesetzlichen Mittel bieten, ihre Ziele verwirklichen zu können. Man muß sie instand setzen, namens ihrer Mitglieder mit dem Kapital wegen Einstellung der Arbeit zu verhandeln, sich Hilfsquellen zu verschaffen und diese zu verwerten, und ihnen und ihren Mitgliedern den Zugang zum Besitz erleichtern. Zu diesem Zweck werden der Kammer Gesetze unterbreitet werden über das Recht, gemeinsam Arbeitsverträge abzuschließen; ferner betreffend die Ausdehnung der Rechtsfähigkeit der Syndikate, die Einrichtung des Arbeiterkredits, die Möglichkeit, Gesellschaften zwischen Kapital und Arbeit zu bilden, welche der letzteren einen gerechten Anteil an dem gemeinsam erzielten Gewinn sichern. Auch die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter soll verbessert und ihnen der Zugang zum Besitz erleichtert werden. Um das Werk wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu verwirklichen, braucht die Republik Frieden außerhalb und innerhalb der Grenzen. Aber so aufrichtig auch ihre Anhänglichkeit an dem internationalen Frieden ist, und welche Unterpfände sie bereits gegeben hat, so muß sie beständig auf ihre materielle Macht bedacht sein, welche die sicherste Bürgschaft für die Unabhängigkeit und die Würde bildet.

Briand erörterte weiter das Flottenprogramm sowie den von der früheren Kammer ausgearbeiteten Einkommensteuergesetzentwurf und kam zum Schluß auf die Vorlage über die Verweltlichung der Schule zu sprechen.

Die Regierungserklärung wurde vom Zentrum und einem großen Teil der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Bei der Stelle betr. die Notwendigkeit der Durchführung des Flottenprogramms erhoben die Sozialdemokraten Protestrufe. Am Montag sollen die Interpellationen über die allgemeine Politik beraten werden.

England.

Die Kompromißverhandlungen.

London, 8. Juni. In den Wandelgängen des Parlaments hielt man heute eine Konferenz über die konstitutionelle Frage zwischen den Führern der konservativen und der liberalen Partei für gesichert. Es werden, falls die Konferenz tatsächlich zustande kommt, weder Mitglieder der nationalistischen noch die der Arbeiterpartei an ihr teilnehmen.

Dänemark.

Der Prozeß Christensen.

Kopenhagen, 9. Juni. In dem Prozeß gegen die ehemaligen Minister Christensen und Sigurd Berg wurde heute die Beweisaufnahme geschlossen. Sodann führte der öffentliche Ankläger aus, die Handlungen der Angeklagten seien vorsätzliche gewesen und hätten bezweckt, ihre eigene Partei vor Schaden und Verlust zu bewahren. Es wäre Christensens Pflicht gewesen, die Amtsführung Albertis zu kontrollieren. Er hätte ihn augenblicklich von seinem Ministerposten entfernen müssen, falls Beweise oder die begründete Vermutung vorlagen, daß er sein Amt mißbrauche. Diese Pflicht habe Christensen vernachlässigt und müsse, selbst wenn er nicht vorsätzlich gehandelt habe, bestraft werden. Der Ankläger erkennt an, daß gar kein Grund zu der Annahme vorhanden sei, die Angeklagten hätten persönliche Vorteile erstrebt. Christensen trage die Hauptverantwortung für Albertis Aufnahme ins Ministerium. Es sei klar, daß Christensens politische Pläne auf eine Alliance mit Alberti gebaut waren. Der Preis für diese Alliance sei Albertis Aufnahme ins Ministerium gewesen. Der Ankläger fuhr fort: Der Preis wurde bezahlt, es ist zugegeben, daß Christensen nichts Ernstliches unternommen hat, um faktische Aufklärungen über Alberti zu erhalten, er wollte pro forma in gutem Glauben bleiben. Als Alberti 1901 Minister wurde, hatte er bereits einen schlechten Leumund. Was Christensens Mißtrauen besonders hätte erwecken müssen, war, daß Alberti sich die Weiterführung aller seiner Geschäfte vorbehielt. Als sich zeigte, daß Albertis Ministerstellung von Dauer war, hätte er aufgefordert werden müssen, sich von den Geschäften zurückzuziehen. Unter Christensens Vorgänger wagte Alberti scheinbar nicht, mit so großer Frechheit aufzutreten, als aber Christensen Ministerpräsident wurde, nahm Alberti keine Rücksicht mehr. Er wußte offenbar, daß Christensen ein so eifriger Parteigenosse war, daß er aus Rücksicht auf die Partei die Hand über Alberti halten werde. Der Ankläger erkannte willig ein, daß Christensen nicht wissen konnte, daß Alberti ein Verbrecher war. Aber es wäre zu weit gegangen, hiervon ausgehend zu behaupten, daß Christensen in gutem Glauben war. Nein. Die Sache war, Christensen wollte in gutem Glauben sein. Der öffentliche Ankläger wird seine Rede morgen fortsetzen.

Rußland.

Das Abkommen mit Japan.

New York, 9. Juni. Wie die „Associateded Preß" aus Tokio meldet, haben Rußland und Japan ein volles Einvernehmen in den Fragen betreffend die ostasiatischen Angelegenheiten erzielt.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Die Breslauer „Volkswacht", die in den letzten Jahren einen glänzenden Aufschwung genommen, sogar in den letzten Monaten über 5000 neue Abonnenten gewonnen hat, sah sich zu einer erheblichen Erweiterung ihrer Redaktionsräume gezwungen. Sie hat im Nebenhause der bisherigen Redaktion eine große Wohnung mit sechs Zimmern und Zubehör gemietet und die bisherigen Räume den Breslauer und Mittelschlesischen Parteisekretariaten, die Tausende neuer Mitglieder der Organisation gewonnen haben und ebenfalls mehr Platz brauchen, überlassen. Die Adresse der Redaktion ist jetzt: Neue Graupenstr. 7. In nächster Zeit gedenkt der Verlag unseres Bruderblattes auch die Buchhandlung aus dem Hinterhause in einen großen Laden des Vorderhauses zu verlegen. Ueberall geh's vorwärts!

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am Donnerstag, den 9. Juni 1910.

Versicherungsfrei sollen nach der Regierungsvorlage die Personen sein, die in Betrieben oder im Dienste des Reichs, eines Bundesstaates, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines Versicherungsträgers beschäftigt sind, wenn ihnen gegen ihre Arbeitgeber ein Anspruch mindestens entweder auf Krankenhilfe in Höhe und Dauer der Regelleistungen der Krankenkassen oder für die gleiche Zeit auf Gehalt, Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im 1½fachen Betrage des Krankengeldes gewährleistet ist.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß Befreiung von der Versicherungspflicht in diesen Fällen nur dann eintritt, wenn den Personen ein Anspruch zusteht, der mindestens den satzungsmäßigen Leistungen der maßgebenden Krankenkassen gleichwertig ist. Erst diese Aenderung könnte eine Schädigung der hier in Betracht kommenden Personen ausschließen. Denn die „Regelleistungen" sind in Wahrheit die Mindestleistungen der Ortskrankenkassen, die oft genug weit hinter den satzungsgemäßen Leistungen zurückbleiben werden, da die Kassen ihre Leistungen durch besondere Bestimmungen in ihren Statuten über das Maß der Regelleistungen erhöhen können und werden. Trotzdem wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Außerdem sollen nach der Vorlage die Personen versicherungsfrei sein, die in Betrieben oder im Dienste anderer öffentlicher Verbände oder als Lehrer und Erzieher an nicht öffentlichen Schulen und Anstalten beschäftigt sind, wenn sie lediglich für ihren Beruf ausgebildet werden.

Die Sozialdemokraten erklärten sich gegen diese Bestimmung, die schon deshalb gestrichen werden müsse, weil die Versicherungspflicht bereits ganz allgemein auf die Lehrlinge ausgedehnt sei, die ohne Entgelt beschäftigt werden. Jedoch wurde die Bestimmung der Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler angenommen.

Aus dem geltenden Gesetz ist in die Vorlage die Bestimmung übernommen worden, daß der Arbeiter, der nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist, auf seinen Antrag von der Versicherungspflicht befreit wird.

Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß diese Bestimmung oft zum Nachteile der Arbeiter ausgenutzt worden ist. Sie führten eine Stelle aus der Petition des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum an, wo es heißt: „Es ist sehr häufig vorgekommen, daß noch durchaus arbeitsfähige Personen nur unter der Bedingung zur Werksarbeit zugelassen werden, daß sie sich von der Krankenversicherung befreien lassen."

Bezeichnend ist, daß die Zentrumsabgeordneten, darunter auch Abg. Becker-Arnsberg und ebenso Abg. Behrens für die Bestimmung eintraten. Die Bestimmung wurde dann auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine sehr ausgedehnte Aussprache entstand über die weitere Bestimmung der Vorlage, die ebenfalls in dem geltenden Gesetz enthalten ist, daß ferner von der Versicherungspflicht die Arbeiter auf ihren Antrag befreit werden sollen, die bei Erkrankung an ihre Arbeitgeber einen Anspruch auf eine den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichartige Unterstützung haben, wenn der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt und seine Leistungsfähigkeit sicher ist.

Die Sozialdemokraten traten entschieden gegen diese Ausnahmebestimmung auf. Ein Bedürfnis für diese Ausnahme liege nicht vor. Soweit von der Ausnahme Gebrauch gemacht worden sei, sei es zur schweren Schädigung der Arbeiter geschehen.

Auch die Abgg. Erzberger, Becker, Behrens und Dr. Mugdan erklärten sich gegen die Bestimmung. Letzterer legte aus seiner eigenen Kenntnis dar, daß gewisse Arbeitgeber unter Ausnutzung dieser Bestimmung durch einen Versicherungsvertrag ihre Verpflichtungen zum Schaden der Arbeiter und Angestellten auf eine Versicherungsgesellschaft übertragen.

Dagegen traten die Konservativen immer wieder aufs nachdrücklichste für die Ausnahmebestimmungen ein. Sie bemühten sich, die Sache so darzustellen, als ob sie mit dieser Bestimmung den Arbeitern besondere Vorteile bieten wollten. Ja, sie erklärten schließlich, daß sie gegen das ganze Gesetz stimmen würden, wenn die Bestimmung gestrichen werden sollte.

Der Grund dieses Eifers ergab sich aus der eingehenden Begründung der Bestimmung durch den Geheimrat v. Schmeding vom preußischen Landwirtschaftsministerium. Danach soll die Bestimmung für die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter eine sehr große Bedeutung gewinnen. Der Herr versicherte, daß die Großgrundbesitzer in Ostelbien schon jetzt aufs beste für ihre kranken Arbeiter sorgen. Deshalb wäre es verkehrt, hier durch die Krankenversicherung eine Aenderung herbeizuführen. Vielmehr soll auf Grund der vorliegenden Ausnahmebestimmung alles beim alten bleiben. Demgemäß sollte auch nach den besonderen Bestimmungen für die Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter das Recht, auf Grund dieser Ausnahmebestimmung die Befreiung von der Versicherungspflicht zu beantragen, dem Arbeitgeber und nicht dem Arbeiter zustehen.

Die Sozialdemokraten stellten sofort fest, daß, wenn die Ausnahmebestimmung bestehen bleiben würde, der angeblich so große Fortschritt mit der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter für die Bezirke der ostelbischen Großgrundbesitzer nichts als eine Komödie sein würde.

Das Zentrum und die Nationalliberalen mühten sich ab, durch eine ganze Reihe von „Verbesserungsanträgen" wenigstens die schlimmsten Mißstände zu beseitigen, die sich aus der Ausnahmebestimmung ergeben könnten. Einer dieser Anträge, der von Herrn Erzberger ausging, verlangte, daß der Arbeitgeber, der von der Ausnahmebestimmung Gebrauch machen wollte, bei der Krankenkasse eine Kaution in der Höhe des doppelten Betrages der Höchstleistung der Kasse für jeden Versicherten stellen soll. Dieser Antrag wurde mit 14 gegen 12 Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und der Abgg. Hitze und Trimborn angenommen. Darauf stimmte auch die Minderheit gegen den so abgeänderten Paragraphen, so daß die Ausnahmebestimmung einstimmig abgelehnt wurde.

Endlich wurde als neuer Paragraph beschlossen, daß Lehrlinge, die in dem Betriebe ihrer Eltern beschäftigt sind, auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit sind.

Fortsetzung morgen.

Soziales.

Schadenersatz wegen eines Vermerks im Arbeitszeugnis.

Auf Zahlung einer Entschädigung von 86,70 M. klagte gestern der Zigarrenmacher N. gegen die Firma Engelhardt, Zigarrenfabrik. N. hatte bei seiner Entlassung am 14. Februar ein Zeugnis erhalten, welches sich zwar über die Führung und Leistungen nicht erstreckte, dafür aber den Vermerk trug: „Wegen Lohndifferenzen entlassen". Am 15. Februar wurde der Kläger mit seiner Bewerbung um eine offene Stellung bei einem anderen Arbeitgeber abgewiesen, nachdem er diesem das Zeugnis auf Verlangen vorgezeigt hatte. Das Gewerbegericht hielt einen Entschädigungsanspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt, da dieser nach Ansicht des Gerichts unzulässige Vermerk im Zeugnis die Möglichkeit, Arbeit zu bekommen, wesentlich herabgemindert hätte; jedoch sei der Entschädigungsanspruch der Höhe nach nicht anzuerkennen, da die Möglichkeit, anderweitige Arbeit zu erhalten, durch den Vermerk nicht gänzlich aufgehoben worden sei.

Der Kläger ermäßigte seinen Entschädigungsanspruch auf 22,95 M. für die Zeit vom 15. bis 24. März, dem Tage, an dem er durch gerichtliche Hilfe ein ordnungsmäßiges Zeugnis erhalten hat. **Die Beklagte wurde darauf zur Zahlung dieser Summe verurteilt.**

Kampf um die Invalidenrente.

Die Arbeiterin W. aus G. stellte im Februar 1909 bei der **Landesversicherungsanstalt Brandenburg** den Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente. Derselbe wurde im November 1909 abgelehnt, weil Frau W. die **Wartezeit nicht erfüllt** habe. Denn obwohl sie 348 Beitragsmarken geklebt habe, wären die in den ersten drei Karten verwendeten 104 Marken nicht anrechnungsfähig. Die Antwartschaft daraus sei erloschen, weil Frau W. in der Zeit vom Dezember 1899 bis ebendahin 1901 anstatt 20 Marken, wie es das Gesetz vorschreibt, keine Beiträge geklebt habe. Auch für die Zeit vom Dezember 1901 bis 1908 seien Marken nicht verwendet werden. Des weiteren könnten die für die Zeit **seit dem 31. Dezember 1906 nachgewiesenen 100 Marken nicht angerechnet werden, weil Frau W. bereits seit dieser Zeit als dauernd erwerbsunfähig anzusehen sei.** Mithin bleiben nur 144 Beiträge anrechnungsfähig, während die Antwartschaft zur Voraussetzung hat, daß 200 Marken geklebt sind.

Frau W. legte beim **Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam** gegen den Bescheid der Landesversicherungsanstalt **Berufung** ein. Sie stützte sich darauf, daß sie in ihrer eigenen Landwirtschaft nach dem Dezember 1906 tätig gewesen sei. (Die Leute besaßen 9 Morgen Land, hatten außerdem 6 Morgen Pfarrland in Pacht, 3 bis 4 Ziegen, 4 Schweine sowie ein Pferd.) Diese Tätigkeit könne doch nicht von einer Person ausgeübt werden, die als invalide, mithin als erwerbsunfähig zu erachten sei. Durch Auskunft des Amtsvorstehers und eines Bauerngutsbesitzer, bei dem sie in Arbeit stand, wurde festgestellt, daß Frau W. sehr wohl imstande war, noch nach dem Dezember 1906 mehr noch als das gesetzliche Lohndrittel zu verdienen.

Der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts kam zu dem Ergebnis, daß Frau W. erst seit dem 1 Oktober 1909 als erwerbsunfähig zu erachten sei. Das **Schiedsgericht verurteilte** daraufhin die **Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Invalidenrente** vom 1. Oktober 1909 ab.

Dieser Fall ist leider nicht der einzige, in dem eine Landesversicherungsanstalt versucht, die Erwerbsunfähigkeit des Versicherten soweit zurück feststellen zu lassen, daß dadurch die Anwartschaft nicht erfüllt wird. Auf der einen Seite hat man das Bestreben, erwerbsunfähige Personen für erwerbsfähig zu erklären, auf der anderen Seite dagegen wieder, erwerbsfähige für erwerbsunfähig zu erklären, — je nachdem, wie es für den Zweck paßt, den Versicherten möglichst um seine Rechte zu bringen.

Aus Industrie und Handel.

Diskontermäßigung.

Die Bank von England, die erst vor einer Woche ihren Diskont von 4 auf 3½ Proz. ermäßigt hatte, setzte die Rate am Donnerstag auf 3 Proz. herab. Erhebliche Goldzuflüsse aus dem Auslande haben den Metallbestand der Bank sehr gestärkt.

Zündhölzchenmonopol in Oesterreich. Der Industrierat des österreichischen Handelsministeriums beschäftigte sich mit den Monopolplänen der Regierung in bezug auf die Zündhölzchenindustrie. Die Projekte der Banderole- und Fabrikationssteuer gelten als abgetan. Gegen das Handelsmonopol wird eingewendet, daß es schier unmöglich sei, einen Kontingentierungsschlüssel für die 52 Fabriken zu finden; es sei auch ausgeschlossen, daß alle Fabriken die gleiche Qualität liefern. Die kleinen und mittleren Fabriken würden beim Handelsmonopol zugrunde gehen. Der Industrierat wünscht das Erzeugungsmonopol.

Ein Notstandsantrag. Die Genossen Hornof und Heinrich Beer brachten im österreichischen Abgeordnetenhaus einen Dringlichkeitsantrag in Notstandsangelegenheiten ein, der sich mit der erfolgten Entlassung von 2000 Arbeitern der Prager Maschinen- und Waggonfabrik Ringhoffer und der Schmälerung der übrigen Arbeiterschaft durch Feierschichten und Lohnkürzungen befaßt. Die Regierung wird in dem Antrag insbesondere aufgefordert, die Unterbehörden von der schikanösen und durchsichtslosen Eintreibung der Personaleinkommensteuer abzubringen. Ferner werden Unterstützungen aus Staatsmitteln für diese, wie für die norderzböhmischen Braunkohlenbergarbeiter gefordert, welch letztere durch die selbstmörderische Tarifpolitik der Staatsbahnverwaltung ruiniert werden.

Der siebente Internationale Baumwollkongreß, der in Brüssel tagte, drückte in seiner Schlußsitzung den Wunsch aus, daß alle der Union angehörigen Vereinigungen ihre Regierungen zum Zwecke der Förderung der Baumwollkultur auf die Berichte des Kongresses hinweisen möchten. Mit Bezug auf die Konnossemente gab der Kongreß dem Wunsche Ausdruck, daß mit den Bankiers aus den Baumwollbörsen Vereinbarungen getroffen werden möchten, um den Verkauf falscher Konnossemente unmöglich zu machen. Der Kongreß befürwortete weiter Einschränkung des Betriebes der Spinnereien, bis Produktion und Konsum ins Gleichgewicht gekommen seien. Hinsichtlich der internationalen Verträge für Garne und Gewebe wurde die sogenannte Frankfurter Klausel gebilligt. Ferner sollen Abmachungen mit den Börsen in Liverpool, Havre und Bremen getroffen werden zum Zwecke eines Meinungsaustausches über allgemein interessierende Fragen.

Aus der Frauenbewegung.

Das kommunale Wahlrecht der Ehefrauen in Schweden.

Der von der ersten Kammer des schwedischen Reichstages angenommene Antrag, der den Ehefrauen mit weniger als 100 Kronen eigenem Einkommen das Gemeindewahlrecht rauben sollte, ist am Dienstag bei der gemeinsamen Abstimmung beider Kammern des Reichstages mit 104 gegen 91 Stimmen abgelehnt worden. Somit ist trotz aller Anstrengungen der Reaktion den Proletarierfrauen das Wahlrecht gesichert.

Gewerkschaftliches.

Schlechter Köder!

Von seiten der Fortschrittlichen Volkspartei wird jetzt mit allen Mitteln versucht, die angeblich unparteiischen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in ihre Netze zu ziehen. Im „Berliner Tageblatt" hat dieser Tage der freisinnige Abgeordnete Stadtrat Dr. Flesch in einem fast drei Spalten langen Aufsatz versucht, die Notwendigkeit darzulegen, daß die neue geeinigte Partei, wenn sie lebenskräftig werden wolle, sich auf die breiten Massen stützen müsse und diese breiten Massen seien die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Nun kann man ja bei den Hirschen an und für sich wenig von „Massen" reden, immerhin aber sind doch die Versuche, die Gewerkvereine als die Gefolgschaft der „Unentwegten" zu gewinnen, interessant. Wenn ein Freisinnsmann für seine unfähige, wandlungsreiche Partei wirbt, so ist es selbstverständlich, daß er der erfolgreicheren Konkurrenz der Sozialdemokratie erst einige bissige Bemerkungen sagt. Die Ursache dazu gab ihm die Tatsache, daß auf der letzten Tagung der Gewerkvereine von einigen Delegierten erklärt worden war, daß ein Teil der sächsischen Mitglieder offiziell unparteiisch sei, bei den politischen Wahlen aber regelmäßig für die Sozialdemokratie stimme. Dazu bemerkt nun Herr Flesch:

„Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften wetteifern darin, die Gewerkvereine mit Hohn und Spott und Gehässigkeiten aller Art zu überschütten. Sozialdemokraten, die in einen Gewerkverein eintreten, können kein anderes Ziel als die Schädigung der Gewerkvereine haben."

Herr Dr. Flesch kann ruhig sein, Sozialdemokraten werden in einen Hirsch-Dunckerschen Verein überhaupt nicht eintreten, wohl aber ist zuzugeben, daß Gewerkvereinler bei den politischen Wahlen teilweise für die Sozialdemokratie eintreten. Und dieses einfach deshalb, weil sie erkannt haben, daß die Fortschrittliche Volkspartei für die Arbeiter überhaupt nicht in Frage kommen könne und zwar ihrer Anpassungsfähigkeit und ihres gelegentlichen Byzantinismus wegen. Wurde doch auf der letzten Tagung Herr Goldschmidt, der jetzt die Rolle eines Streikers mimt, wegen seiner Hoffnung auf den Linksliberalismus offen verhöhnt. Wobei Herr Flesch, der jetzt im „B. T." die traurige Situation zu retten sucht, Zeuge war. Herr Flesch hat auf der Tagung selbst ein Referat über den Arbeitsvertrag gehalten, vergaß aber dabei zu erwähnen, daß sich der Deutsche Handelstag unter Führung des freisinnigen Abgeordneten Kämpf gegen jede weitere Reform des Arbeitsrechtes erklärt hat. Daß die Freisinnsmannen auch in der Frage des Koalitionsrechtes die unzuverlässigsten Elemente sind, ist zur Genüge bekannt. Ferner war es auch dieser Partei vorbehalten, unter der den Arbeitern soviel Unheil gebrachten Aera Bülow das Reichsvereinsgesetz durchbringen zu helfen, auf Grund dessen jetzt die widerlichsten Schikanen an den gewerkschaftlichen Verbänden verübt werden. Herr Flesch und Herr Goldschmidt sollten einmal in die Gegenden gehen, wo der ominöse Sprachenparagraph angewendet wird, um zu hören, mit welchen Liebenswürdigkeiten die dortigen Arbeiter die Vertreter der jetzigen Fortschrittlichen Volkspartei bedenken.

Auch die „Frankfurter Zeitung" hat in einem langen Artikel bedauert, daß auf der Tagung nicht offiziell festgelegt wurde, die Mitglieder hätten sich bei den Wahlen zum Freisinn zu bekennen. Wer die Vorgänge mit angesehen hat, wird wissen, daß dagegen eine scharfe Opposition vorhanden war, nicht wegen Aufhebung der politischen Neutralität, sondern wegen der Aufhebung zugunsten einer der Arbeiterschaft feindlich gesinnten Partei, einer Partei, der anzugehören heute, nach allem was geschehen ist, außerdem die Gefahr der Lächerlichkeit heraufbeschwört. Das sonst so gut beschlagene Frankfurter Blatt sollte doch wissen, daß auf einem Verbandstag, wo einzelne Delegierte offen erklären, zahlreiche Mitglieder stehen bei den politischen Wahlen zur Sozialdemokratie, und wo der Verbandsvorsitzende wegen seiner geäußerten Hoffnungen auf die Volkspartei von den Vertretern der größten Ortsvereine offen ausgelacht wird, nicht die günstige Situation ist, einen solchen Beschluß zu fassen. Wer weiß, welche Konsequenzen ein solcher Beschluß gezeitigt hätte! Vielleicht wäre er grade für die Sozialdemokratie günstig gewesen. — Wenn die freisinnige Ohnmacht Herrn Flesch nichts anderes sagen läßt, als der Terrorismus der „sozialdemokratischen Kirche" führe dieser die Arbeitermassen zu, so können wir unmöglich glauben, daß Herr Flesch auch innerlich so denkt. Für so einsichtslos halten wir den Mann nicht, daß er nicht wissen sollte, daß es die offene, ehrliche, zielbewußte Politik ist, die der Sozialdemokratie ihren Anhang in Arbeiterkreisen sichert und in der sie sich vortrefflich von dem Chamäleoncharakter der „unentwegten" und „voll und ganz" ihren Mann stehenden Freisinnshelden unterscheidet. Wäre es so, wie Herr Flesch meint, dann wäre es der Partei ein leichtes, durch ihren „Terrorismus" auch die kleine Gruppe der Hirsch-Dunckerschen noch aufzusaugen. Zum Schluß heißt es in dem Artikel im „B. T.":

„Die Partei, die auf dem Gebiet zur Reform des Arbeitsvertrages die Vorarbeit leistet, und den Schutz der Schwachen gegen die Starken als Kern- und Angelpunkt ihres Programms erklärt hat (welche schönen Eigenschaften sie bisher nur leider sehr wenig gepflegt hat. D. Red. d. „B."), könnte allerdings verlangen und erwarten, daß die Gewerkvereine zu ihren Gunsten die Neutralität aufheben und sich ihr anschlössen. Es wäre wünschenswert, daß die Fortschrittliche Volkspartei ihren Willen diese Partei zu sein, bald und unzweideutig kund gäbe."

Inzwischen hat diese Partei „ihren unzweideutigen Willen" bereits dadurch kundgegeben, indem sie sich mit den grimmigsten Arbeiterfeinden zum „Byzantinerblock" vereinigte und auf Kosten der Arbeiter die königliche Zivilliste erhöhen half. Da in der gesamten liberalen Presse jetzt die Fangnetze ausgeworfen werden, wird es gut sein, wenn die Hirsch-Dunckerschen Arbeiter auf die erwähnten Tatsachen aufmerksam gemacht werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In der Neuen Automobilgesellschaft (A. E.-G.), Ober-Schöneweide, ist ein Streik ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt!

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der an den Schraubenautomaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichter.

Die Streikenden hatten sich am Donnerstag früh zusammengefunden, um ein Situationsbild zu geben. Die Situation ist nach allen Bekundungen für die Streikenden günstig. Die Bewegung hat zweifellos im geeignetsten Zeitpunkt eingesetzt. Während einzelne Firmen noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, ist die Mehrzahl allem Anscheine nach mehr denn je geneigt, eine Basis zur Verständigung zu schaffen. Die Arbeitsniederlegung kam ihnen allen völlig unvermutet, so daß sie ihre Bestürzung nicht verbergen konnten. Eine Firma hat ein Formular verlangt, das sie bedingungslos unterzeichnen will, sofern ihre Arbeiter sofort wieder in den Betrieb kommen, während andere die Werkstubenkommissionen noch einmal am Vormittag zu einer Besprechung einluden, so daß auch da noch eine Verständigung zu erhoffen ist.

Da die Arbeitgeber den Einwand vorbringen, daß sie sich auf den Anfangslohn nicht festlegen können, weil es keinem Arbeiter bei seiner Einstellung an der Nasenspitze anzusehen sei, ob er perfekt arbeite oder nicht, schlug Handke vor, den betreffenden Passus dahin abzuändern, daß für die erste Arbeitswoche der Lohn nach Vereinbarung zu zahlen sei, dann aber der Mindestlohn in Geltung zu treten habe. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage einstimmig zu. An den übrigen Punkten soll jedoch, wie Handke erklärte, nichts geändert werden.

Ein arbeitswilliger Messerstecher.

Seit zwei Wochen liegen die in der Transformatoren-Abteilung der Firma Bergemann A.-G., Seestraße, beschäftigten 18 Arbeiter im Streik. Am gestrigen Tage ereignete sich nun ein empörender Vorfall, der die arbeitswilligen Elemente wieder einmal im hellsten Lichte zeigt. Einem organisierten Arbeiter, der in der vom Streik nicht betroffenen Ankerwickelei arbeitete, wurde von einem vorübergehenden Arbeitswilligen offenbar absichtlich ein Stück Werkzeug vom Tische geworfen. Als nun der Arbeitswillige aufgefordert wurde, den Gegenstand wenigstens wieder an seinen Platz zu legen, wurde er frech, auch rief er höhnisch: „Wir Arbeitswillige werden mit „Sie" angeredet". Es kam daraufhin zwischen den beiden zu einer Prügelei, als der Meister eintrat. Das Ende vom Liede war, daß der organisierte Arbeiter entlassen wurde. Abends stellte nun der Entlassene am Ausgange den Arbeitswilligen zur Rede wegen seines Verhaltens. Nach einem kurzen Wortwechsel zog der Streikbrecher das Messer und stieß es seinem Gegner zweimal mit aller Wucht in den Schenkel. Dann wollte er schnell in den Betrieb flüchten, wurde aber von den empörten Zuschauern gepackt und erhielt für seine Roheit eine fühlbare Lektion. Er verschwand daraufhin und ward nicht mehr gesehen. Bei der Polizei ist Anzeige erstattet und das Mordwerkzeug niedergelegt. Die Firma kann auf derartige „Stützen" wahrlich stolz sein!

Die Frage der „englischen" Geschäftszeit in der Konfektion

beschäftigte eine öffentliche Handlungsgehilfenversammlung in den „Arminhallen", die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin (Bureau Neue Königstraße 30) veranstaltet worden war. Der Referent Georg Ucko beleuchtete die „Wohltaten", die den Handlungsgehilfen durch die Verkürzung der Tischzeit und Einführung des Sechsuhr-Schlusses beschieden worden sind. Eine ganze Reihe von Firmen kehren sich einfach nicht an die Innehaltung dieses Geschäftsschlusses. Wenn jedoch die Kollegen ihre Interessenlosigkeit abstreifen und einig sind, so werden auch hier geregelte Verhältnisse möglich sein. Die Diskussion förderte noch manches Material zutage und bestätigte, welch tatsächlich unerhört lange Arbeitszeiten, und zwar nicht nur in der Saison, in der Konfektion vorkommen. Wir sind überzeugt, daß derartige Zustände naturgemäß die Handlungsgehilfen mehr und mehr der Organisation zuführen müssen, damit sie durch diese weitere Schritte tun können.

Achtung, Steinarbeiter! Der Streik bei der Firma Gebr. Friesecke, Kunststeinfabrik, ist aufgehoben, da unter den gegebenen Verhältnissen das Zustandekommen eines für uns annehmbaren Tarifvertrages nicht zu erwarten war. Der Kampf um die Anerkennung unseres Tarifes wird damit bis zu einer uns günstigeren Zeit vertagt. Die von uns im Interesse eines friedlichen Abschlusses gemachten Konzessionen sind zurückgezogen. — Das Mißlingen des Kampfes ist in erster Linie den Streikbrechern August Bofinger, Otto und Peter Glor (nicht zu verwechseln mit Richard und Wilhelm Glor), Anton Dollak, Rudolf Panzer und der Zwischenfirma Schille u. Jüngers zuzuschreiben. Das Scheitern der Verhandlungen kommt jedoch auf das Konto des Verbandes der Baugeschäfte, dessen Leitung aus prinzipiellen Gründen dem Inhalte unseres Tarifes seine Anerkennung versagt, obgleich der Tarif mit einem dem Kartell der Baugeschäfte angehörigen Verbande, dem der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin, zu Recht besteht. — Organisierte Kollegen, welche bei der Firma Friesecke in Arbeit treten, sind verpflichtet, die tariflichen Bestimmungen streng einzuhalten.

Zentralverband der Steinarbeiter.
Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer! Da die Firma Kain u. Remus Wilde beschäftigt und 10 Proz. vom Tarif abzieht, verhängen wir hiermit über dieses Geschäft die Sperre. In Frage kommt der Bau Dossestraße in Rummelsburg, Bauherren E. u. O. Kaulisch.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe

scheinen sich keineswegs glatt zu gestalten. Die Unternehmer scheinen bei diesen noch einen letzten verzweifelten Widerstand zu leisten. Allerdings sehr zu ihrem eigenen Schaden, wenn sich der Kampf dadurch noch länger ausdehnen sollte. In Essen sind die Verhandlungen, wie wir gestern durch Privattelegramm melden konnten, gescheitert. Dasselbe ist auch in Magdeburg der Fall. Dort scheiterten die Verhandlungen an unausgleichbaren Differenzen über den Stundenlohn. Die Unternehmer zogen auch noch die vor der Aussperrung gemachten Zugeständnisse zurück. In Essen wurde nur Einigung über die Regelung der Akkordarbeit erzielt. Ueber alle anderen Fragen, Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Ueberstunden usw. wurde man nicht einig.

Die deutsche Arbeiterschaft hat offenbar alle Ursache, dem Kampfe im Baugewerbe unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Bäckerstreik in Stettin.

Stettin, 9. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) In Stettin haben die Bäcker den Streik erklärt. Außer der Konsumbäckerei und fünf Brotfabriken haben bereits 16 Meister bewilligt. Zuzug ist fernzuhalten.

Im Betriebe der Maschinenfabrik Naxos-Union zu Frankfurt a. M. ist am 8. Juni ein Streik ausgebrochen, da die Firma Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß über Forderungen der Arbeiterschaft zur Regelung der Akkordverhältnisse, Bezahlung der Wartezeit, die auf ein Verschulden der Firma zurückzuführen ist, Freigabe des Sonnabendnachmittags und einer allgemeinen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung glatt ablehnte. Sie gab den Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß sie die gesamten Vorschläge ablehnen müsse. Sie erwarte von dem gesunden Menschenverstand ihrer Arbeiter, daß diese sich wieder einmal der Vorteile erinnern, welche sie bei der Firma angeblich durch gewisse Wohlfahrtseinrichtungen genießen. Auch ein nochmaliger Versuch der Arbeiterschaft, eine Verständigung zu erzielen, scheiterte an dem total ablehnenden Verhalten der Firma. Da die Verhältnisse des Betriebes als recht rückständige bezeichnet werden müssen, blieb der Arbeiterschaft nur der Weg der Arbeitsniederlegung. Zuzug von Schlossern, Drehern und sonstigen Metallarbeitern ist unbedingt fernzuhalten.

Ausland.

Kinder setzen eine Grube still.

Wie eine Depesche der „Daily Mail" aus Henley bei Staffordshire meldet, ist in den Gruben von Whitefield ein Ausstand ausgebrochen. **Vierhundert Kinder, die mit dem Auslesen der Kohlen und der Weiterbeförderung der Tragkörbe beschäftigt sind, haben die Arbeit eingestellt und verlangen eine Erhöhung ihres Lohnes. Der gesamte Grubenbetrieb hat infolgedessen eingestellt werden müssen und ungefähr tausend Grubenarbeiter sind zur Stunde ohne Arbeit.** Der Streik hat sich auch auf die Gruben von Blackbull und Kimsgrove ausgedehnt. **Die Polizei ist verstärkt worden; sie hatte große Mühe, die Kinder, die vor den Minenwerken manifestierten, zurückzudrängen.**

Die Stichwahl in Jauer-Landeshut-Bolkenhain.

Die eine reaktionäre Masse hat sich — wie vorauszusehen war — in der Stichwahl in dem schlesischen Reichstagswahlkreise Jauer-Landeshut-Bolkenhain gegen die Sozialdemokratie zusammengefunden.

Ueber den Ausfall der Wahl meldet uns folgende Privatdepesche:

Landeshut, 9. Juni. Bei der heutigen Reichstagsstichwahl wurden bis abends 11 Uhr für **Büchtemann** (fortschr. Volksp.) **9442** und für **Proll** (Sozialdemokrat) **7916** Stimmen gezählt.

Der Fortschrittler siegte demnach mit einer Majorität von 1526 Stimmen über den Sozialdemokraten.

Das Resultat des ersten Wahlganges am 1. Juni war:

Proll (Sozialdemokrat) **6483**, **Büchtemann** (fortschr. Volkspartei) **6429**, **Strosser** (konservativ) **3878**, **Herschel** (Zentrum) **3823** Stimmen.

Der Stimmenzuwachs des sozialdemokratischen Kandidaten beträgt demnach 1433.

Die Nachwahl in Ueckermünde-Usedom-Wollin.

Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und konservativen Kandidaten!

Swinemünde, 9. Juni. Privatdepesche des „Vorwärts". Die heutige **Reichstagsersatzwahl** im Wahlkreise **Ueckermünde-Usedom-Wollin** (Stettin 2) endete mit einer Stichwahl zwischen **Kuntze** (Soz.) und **Böhlendorff** (konservativ).

Bis 10½ Uhr abends wurden gezählt für **Böhlendorff-Kölpin** (konservativ) **6065**, für Justizrat **Herrendörfer** (fortsch. Volkspart.) **4299**, für Parteisekretär **Kuntze** (Soz.) **7787** Stimmen. Die Resultate aus vier kleinen Bezirken stehen noch aus, dürften jedoch an dem Resultat nicht viel ändern.

Das Wahlresultat des Jahres 1907 lautete: 1. Wahlgang: Konservativ 8156, Freisinnige Vereinigung 6353, **Sozialdemokratie 6113** Stimmen. 2. Wahlgang: Konservativ 9415, Freisinnige Vereinigung 11 011.

Auch bei dieser Wahl haben die bürgerlichen Jammerlappen eine wuchtige Niederlage erlitten. Während sich unsere Stimmen seit 1907 um **1674** vermehrten, haben die Fortschrittler einen Stimmenverlust von **1654** zu verzeichnen. Die Konservativen verloren 2091 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahnunfall.

Amtlich wird gemeldet: Donnerstag nachmittags stieß der **Vorortzug 3223** bei der Einfahrt in den Bahnhof **Hennigsdorf** in der Weiche 2 auf eine auf dem Gleis 2 vorziehende Rangierabteilung. **Beide Lokomotiven und drei Wagen wurden stark beschädigt.** Als Ursache wird angegeben: Ausführung einer Rangierfahrt gegen Anordnung des Fahrdienstleiters. Zugführer Petermann aus Berlin erlitt einen **Bruch beider Unterschenkel**, Lokomotivführer Scholz aus Berlin eine **Quetschung der linken Hüfte**, Arbeiterfrau Grothe aus Tegel **Quetschung des linken Knies und Beule an der rechten Kopfseite**, Kaufmann Lamprecht aus Berlin **Verletzungen der Stirn**, Fabrikant Döring aus Rixdorf **Quetschung des linken Beckenknochens** und des linken Ellenbogens, Maler Schmidt aus Rixdorf **Verletzung des Kopfes** und des rechten Ellenbogens, Frau Sergeant Hartebrodt aus Perleberg **Verletzungen des Hinterkopfes**, Zimmerer Harloff aus Tegel **Verletzungen des Kopfes.**

Durch einen Aeroplan getötet.

London, 9. Juni. (W. T. B.) Als der Assistent des Aviatikers Clayton heute auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung zu Worcester einen **Aufstieg unternommen hatte, stürzte der Aeroplan plötzlich in die Menge nieder. Eine Frau wurde getötet und mehrere Zuschauer wurden verletzt.** Der Assistent blieb unverletzt.

•

Budapest, 9. Juni. Bei dem heutigen Wettfluge stürzte der Aviatiker Frey mit seiner Flugmaschine so heftig gegen die Barriere, daß **sechs Personen verletzt wurden**, unter ihnen **zwei Damen schwer.**

Boykott griechischer Waren in der Türkei.

Konstantinopel, 9. Juni. Der **Boykott griechischer Waren ist nunmehr für die gesamte Türkei proklamiert worden.**

Aus Saloniki meldet eine Depesche: Hier hat sich das **Boykottkomitee** konstituiert. Ueber **alle griechischen Schiffe** ist die **Sperre verhängt** und den Ausladern und Bootsleuten ist unter **Bedrohung ihres Lebens** untersagt worden, die **griechischen Schiffe zu bedienen** und die Passagiere zu befördern. Die **Erregung** in der Bevölkerung wächst.

Russische Schergendienste.

Helsingfors, 9. Juni. (W. T. B.) Auf Weisung aus Petersburg sind hier **acht** und in Wiborg **neun Personen** nichtfinnländischer Herkunft **verhaftet worden.**

450 Häuser niedergebrannt.

Borissow (Rußland), 9. Juni. (W. T. B.) Die Feuersbrunst ist nunmehr unterdrückt. Das ganze **Handelsviertel mit mehr als 450 Häusern ist niedergebrannt.**

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Bethmann Hollweg, Freiherr v. Schoen, v. Trott zu Solz.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen über die

Borromäus-Enzyklika

vom 26. Mai 1910.

Die Interpellation Ahrens (k.) lautet: „Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu tun, um durch die preußische Gesandtschaft beim Vatikan oder auf anderem Wege solchen Beschimpfungen der evangelischen Kirche, wie sie in der Enzyklika des Papstes vom 26. Mai enthalten sind und die den konfessionellen Frieden ernstlich gefährden, wirksam entgegenzutreten?"

Die Interpellation Graf Moltke (fk.) lautet: „In der päpstlichen Enzyklika vom 26. Mai 1910 sind unerhörte Beschimpfungen der Reformation, der Reformatoren und der evangelischen Kirche enthalten. Ist es der königl. Staatsregierung bekannt, daß ein Teil der katholischen Presse Preußens diese Enzyklika im Wortlaut abgedruckt hat und daß sie zweifellos bestimmt ist, allen Katholiken bekannt gemacht zu werden? Welche Schritte gedenkt die königl. Staatsregierung zu tun, um diesem öffentlichen Aergernis zu steuern und um für die Zukunft derartigen Störungen des konfessionellen Friedens innerhalb der preußischen Machtgrenzen vorzubeugen?"

Die Interpellation Dr. Hackenberg (natl.) hat folgenden Wortlaut: „Die in dem „Osservatore Romano" Nr. 146 dieses Jahres veröffentlichte Borromäus-Enziklika enthält Schmähungen der evangelischen Kirche, ihrer Reformatoren und der der Reformation zugetanen deutschen Fürsten und Völker. Welche Maßregeln gedenkt die Königliche Staatsregierung zu ergreifen, um den durch die Veröffentlichung dieser Enzyklika bedrohten konfessionellen Frieden in Preußen zu sichern?"

Abg. v. Pappenheim (k.): Kein Land hat so unter inneren Kriegen gelitten wie Deutschland. Deshalb ist auch bei uns das Gefühl für die Notwendigkeit des inneren konfessionellen Friedens besonders stark. Dieser bedarf bei uns besonderer Pflege, denn der Reibungsflächen gibt es so manche. (Sehr richtig!) Wir haben stets alles getan, um diesen Frieden aufrechtzuerhalten. (Sehr richtig! rechts.) Als am 29. Mai bekannt wurde, daß der Papst eine Enzyklika erlassen habe, in der verletzende und beleidigende Aeußerungen enthalten wären, haben wir sofort unsere Interpellation eingebracht. Wenn behauptet wird, daß diese Enzyklika nichts Beleidigendes enthalte, so steht das mit den Tatsachen in Widerspruch. Es handelt sich tatsächlich um Beschimpfungen der evanglischen Kirche, wie sie ernster und schlimmer die Geschichte nicht zu verzeichnen hat. (Sehr richtig! rechts.) Und das alles gegenüber den edlen Bestrebungen unseres Königshauses, den konfessionellen Frieden zu befestigen! Es sind mir eine Anzahl Zuschriften zugegangen, die beweisen, daß auch die Katholiken empfinden, wie schwer dieser Schlag unseren inneren Frieden gefährdet. Ich hoffe, daß die königliche Staatsregierung sich ihrer schweren Verantwortung in dieser Sache bewußt ist, daß sie alles, was an ihr liegt, tun wird, um zu verhindern, daß in Zukunft solche schweren Gefährdungen des inneren Friedens wiederkehren. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Hackenberg (natl.) geht auf den Inhalt der Borromäus-Enzyklika ein. Die Anhänger der Reformation werden dort verderbte Fürsten und Völker genannt. (Hört! hört!) Die Reformation selbst wird als „Pest" bezeichnet (Hört! hört!), ein Ausdruck, den einst Bismarck durch die Vorstellungen des Gesandten am päpstlichen Stuhl noch hintanzuhalten wußte. Es ist begreiflich, daß diese Angriffe Befremden, Unbehagen und Entrüstung in weitesten Kreisen hervorgerufen haben. Nun behauptet man, es handele sich nur um historische Urteile und Vorgänge zur Zeit des Borromäus. (Lachen links.) Aber der leidenschaftliche Streit, der damals tobte, hat doch im Laufe der Jahrhunderte einer gerechteren Beurteilung Platz gemacht. Es ist unerhört, daß heute noch den Kämpfern der Reformation der Vorwurf gemacht werden kann, sie hätten den Kampf aus frechem Uebermut und sinnlicher Leidenschaft geführt. (Sehr wahr! links.) Das deutsche Volk hat seine Existenz in jenem Kampf aufs Spiel gesetzt, das tut man nicht aus sinnlicher Leidenschaft. (Lebhafter Beifall links.) Von allerhöchster Stelle ist das Wort gefallen, daß unter dem Kreuze sich alle Christen vereinigen. Ist das eine Antwort auf dieses kaiserliche Wort, daß man nun die Protestanten als Feinde bezeichnet? (Sehr gut! links.) Daß man uns als Ketzer bezeichnet, verstehen wir, aber wir dürfen verlangen, daß wir nicht beschimpft werden in unserer Ueberzeugung. (Sehr richtig!) Eine schwere Gefährdung des konfessionellen Friedens aber müssen wir vor allem darin erblicken, daß ein Zentrumsblatt das sogenannte historische Urteil der Enzyklika als wahr hinstellt. (Hört! hört!) Aber wir werden uns nicht erbittern und hinreißen lassen zum Kampfe durch diese Stimme, die von jenseits der Berge zu uns herübertönt. (Bravo!) Es fragt sich nun, ob der Regierung staatsrechtliche Mittel zur Verfügung stehen, um solchen Beschimpfungen entgegen zu treten. Eine ruhige klare Stellungnahme der Regierung dürfte wohl dazu beitragen, die Wogen zu glätten. Man hätte wohl auch durch den Gesandten beim päpstlichen Stuhl Vorstellungen erheben können. Wenn aber der Gesandte in diesem Falle nicht vorstellig wird, dann dürfte wohl seine Existenzberechtigung zu bezweifeln sein. (Bravo! und Sehr richtig!) Der Papst will als weltlicher Souverän anerkannt werden, dann muß er aber auch die Formen eines solchen Souveräns annehmen. (Heiterkeit und Bravo!) Ich schließe mit der Frage unserer Interpellation: „Was gedenkt die Regierung zu tun, um einer solchen Gefährdung des konfessionellen Friedens in Zukunft vorzubeugen?" (Bravo! links.)

Abg. Graf Moltke (fk.) begründet die dritte Interpellation, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Zur Beantwortung der Interpellationen nimmt das Wort:

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: Die Enzyklika, die heute den Gegenstand der Interpellation bildet, enthält Urteile über die Reformation und die ihr zugetanen Fürsten und Völker, welche unsere evangelische Bevölkerung sowohl in ihrer religiösen, als auch in ihren staatlichen und sittlichen Empfindungen schwer verletzen. (Sehr wahr!) Die auch in ihrer Form verletzenden Urteile erklären die tiefgehende Erregung weiter Kreise des Volkes und schließen in ihrer Wirkung eine ernste Gefährdung des konfessionellen Friedens in sich. (Sehr richtig!) Ich habe deshalb unmittelbar, nachdem mir der offizielle lateinische Wortlaut der Enzyklika zugegangen war, unseren Gesandten am Vatikan beauftragt, in amtlicher Form bei der päpstlichen Kurie Verwahrung einzulegen und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die Kurie Mittel und Wege finden werde, die geeignet wären, die aus der Veröffentlichung der Enzyklika sich ergebenden Schäden zu beseitigen. Diese Erwartung ist um so berechtigter, als die Kurie nach den gestern im „Osservatore Romano" veröffentlichten Mitteilungen nicht im entferntesten die Absicht gehabt hat (Heiterkeit), die evangelischen Völker und ihre Fürsten zu kränken. Der Gesandte hat seinen Auftrag gestern ausgeführt, eine abschließende Antwort der Kurie ist noch nicht erfolgt, hat bei der Kürze der Zeit auch nicht erfolgen können. Bei diesem Stande der Angelegenheit muß ich mich jetzt weiterer Erklärungen enthalten. (Lachen links.) Es schien mir aber notwendig, die Interpellation schon heute zu beantworten, weil angesichts der Beunruhigung, die sich im ganzen Lande bemerkbar gemacht, das Verlangen berechtigt war, ohne Verzug über die Stellungnahme der königlichen Staatsregierung unterrichtet zu werden. Das hohe Haus wolle aus meiner Erklärung entnehmen, daß die königliche Staatsregierung im allgemeinen staatlichen Interesse entschlossen ist, das ihrige zu tun, um den konfessionellen Frieden im Lande zu wahren und zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. v. Pappenheim (k.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Herold (Z.): Namens meiner politischen Freunde gebe ich die nachfolgende Erklärung ab: Die Zentrumsfraktion lehnt es ab, über eine Kundgabe des Oberhauptes der katholischen Kirche, welche kirchliche Angelegenheiten behandelt (Lachen links), ein Urteil abzugeben und auf dem politischen Boden des Hauses der Abgeordneten in eine Diskussion darüber einzutreten. Zugleich sprechen wir die Hoffnung aus, daß die Beziehungen der Katholiken zu den evangelischen Mitbürgern nicht leiden. Wir werden, getreu unseren Traditionen und unserer bisherigen Haltung nach besten Kräften stets bemüht sein, den konfessionellen Frieden zu wahren und in jeder Weise zu fördern. Daher werden wir uns auch an der Debatte nicht beteiligen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Jazdzewski (Pole) schließt sich dieser Erklärung an.

Abg. Gyßling (Vp.): Den Standpunkt des Zentrums, sich an der Debatte über diese Interpellationen nicht zu beteiligen, verstehe ich nicht. Es kann keine Rede davon sein, daß die Enzyklika lediglich dogmatische kirchliche Angelegenheiten behandelt. (Sehr wahr! links.) Wir müssen lebhaft Protest einlegen dagegen, daß der Papst es wagt, gegen das protestantische Volk und seine Fürsten solche Beschimpfungen zu richten. Diese Beschimpfungen waren um so weniger angebracht, als der Träger der Krone bei uns alles getan hat, um den konfessionellen Frieden zu fördern.

Präs. v. Kröcher: Ich bitte Sie, den Träger der Krone nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Gyßling (fortfahrend): Ich spreche nur von dem Träger der Krone als „summus episcopus" (Oberhaupt der evangelischen Kirche). (Heiterkeit.) Von der Vorstellung des preußischen Gesandten verspreche ich mir ja nicht viel. Der Papst wird im Interesse seiner Autorität unter den Katholiken seine Worte aufrechterhalten. Jedenfalls hat der preußische Gesandte beim Vatikan seinen Zweck verfehlt, wenn es nicht gelingt, solche Beschimpfungen in Zukunft zu verhüten. Wir trauen der Regierung nicht die Kraft zu, um eine wirkliche Sühne vom päpstlichen Stuhl zu verlangen. Herrn v. Heydebrand möchte ich bei dieser Gelegenheit fragen: Wie steht es denn jetzt mit der gemeinsamen christlichen Weltanschauung der Konservativen und des Zentrums, die er neulich proklamiert hat? (Sehr gut! links.) Diese Brücke ist schwach, und die Herren Konservativen dürfen sich nicht wundern, wenn in der Oeffentlichkeit die Anschauung Boden gewinnt, sie hätten ihre Interpellation nur eingebracht, weil infolge dieser Bundespolitik mit dem Zentrum ihre protestantischen Anhänger von ihnen abrücken. (Zustimmung links. Große Unruhe rechts; Zurufe: Wahlrede! Abg. Hoffmann (Soz.) ruft in den Lärm: Der Leutnant kommt! Große Heiterkeit.) Unbestreitbar ist, daß das Zentrum durch die Politik der Konservativen und der Regierung zur ausschlaggebenden Partei gemacht worden ist. Daher kommt das erhöhte Machtgefühl des Zentrums und auch des päpstlichen Stuhles.

Ein Schlußantrag der Konservativen wird gegen die Stimmen der Linken angenommen, das Zentrum hat den Saal verlassen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich konstatiere vor dem Lande, daß Sie es durch diesen Schlußantrag mir unmöglich gemacht haben, die Ansicht meiner Partei hier zu vertreten. Gegenüber den Ausführungen der anderen Redner habe ich alle Ursache gehabt, den ganz abweichenden Standpunkt meiner Partei darzulegen. Nachdem Sie es mir unmöglich gemacht haben, zum Wort zu kommen, verspreche ich Ihnen dafür, hundert Versammlungen abzuhalten, die zum Austritt aus der Kirche auffordern. (Heiterkeit.)

Abg. Winckler (k.): Wir wollen, daß, wenn in diesem Hause über religiöse Dinge geredet wird, das in Formen geschieht, die der Würde des Gegenstandes entsprechen. (Sehr richtig! rechts; große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, mußten wir annehmen, daß die Ausführungen des Redners, der zunächst zum Wort gemeldet war, dieser Würde nicht entsprechen würden. (Sehr wahr! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen, daß die Debatte in dem Ernst, wie sie bisher verlaufen ist, ins Land geht und nicht durch einen Mißklang gestört werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Herr Winckler hat durch die Worte: „Wir wollen" wohl am besten gekennzeichnet, worauf es ihm ankommt. Nebenbei hat er sich noch als Spiritist produziert, der vorher wußte, was ich reden würde. Was jetzt von ihm als Grund angeführt wird, ist nichts als eine faule Ausrede, weil die Herren fürchten, ihr Techtelmechtel mit dem Zentrum könnte in das richtige Licht gestellt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präs. v. Kröcher: Dieser Ausdruck war doch etwas unfreundlich! (Heiterkeit.)

Abg. Fischbeck (Fortschr. Vp.): Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, die Beziehungen der Konservativen und des Zentrums näher zu beleuchten. So sehr nötig ist es allerdings auch nicht, denn die Abmachung, die bei dieser Abstimmung zwischen dem Zentrum und den Konservativen wieder zu Tage getreten ist, spricht Bände. (Sehr wahr! links.) Das Volk wird danach über diese Interpellation zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) stellt fest, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert worden ist, zu der Erklärung des Ministerpräsidenten namens seiner Freunde Stellung zu nehmen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Graf Praschma (Z.) bestreitet gegenüber dem Abg. Fischbeck, daß eine Abmachung zwischen dem Zentrum und den Konservativen vorgelegen hat. Das Zentrum habe von vornherein erklärt, sich an der Debatte nicht zu beteiligen.

Abg. Dr. Lehmann (natl.): Ich bedauere, verhindert zu sein, auf den letzten Teil der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu antworten und vor allem die Erklärung des Zentrums in das rechte Licht zu setzen, daß es verhindert sei, sich an der Debatte zu beteiligen. Das Zentrum ist ja bekanntlich keine konfessionelle Partei. (Sehr gut! und große Heiterkeit links.)

Damit sind die Interpellationen erledigt. Es folgt die zweite Lesung der Vorlage, betreffend die

Erhöhung der Zivilliste.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Freunde, wenn auch angesichts der Polenpolitik der Regierung nur

Kleines Feuilleton.

Pearys Nordpolfahrt. Ausgerechnet in dieser Hundstagshitze! Und, so unglaublich es scheinen mag, der Vortrag des wagemutigen Commanders, der fünfzehn Jahre beharrlich das Sternenbanner mit sich herumgeführt hat, bis er es auf dem Ziel seiner Wünsche aufpflanzen konnte, wirkte stark abkühlend. Wenn er Selbsterkenntnis genug hat, auf Peary selbst! Der große Saal der Philharmonie war nicht einmal zu zwei Dritteln besetzt. Trotz Massenaufgebots der hiesigen amerikanischen Kolonie, trotz einer sicherlich nicht geringen Zahl in letzter Stunde vergebener Freibilletts. Vor allem in den Logen und auf dem vornehmen Balkon gähnende Leere. Mister Peary, was hätte das für eine häuserfüllende Sensation gegeben, wenn Sie vor einem halben Jahre hierhergekommen wären! Aber so, wo „man" schon längst in den fashionablen Bädern sich wohlig am Strande dehnt, da mußten Sie schon auf das Publikum, das sonst „überall dabei sein" muß, auf die Premierentigerinnen mit den unheimlichen Turbanfrisuren und den noch unheimlicheren Hüten verzichten. Berlin vergißt eben zu auch leicht. Und wissenschaftliche Entdeckungen erst recht. Als Peary, der gar nicht den Eindruck eines eingebildeten Poltrons, wie man nach der Cook'schen Stimmungsmache annehmen müßte, sondern viel eher den eines sympathisch-bescheidenen Mannes machte, mit den Worten schloß: „So erreichte ich den Pol!" — da fühlten wir für den Entdecker eine gar deprimierende Enttäuschung: „Ist der Erfolg in Wahrheit so viele Anstrengungen wert gewesen?" Daß die Strapazen schier übermenschlich waren, das zeigten uns die technisch vollendeten und sehr geschmackvoll kolorierten Bilder, die verschiedenen Phasen der Schlittenexpeditionen, ihre Arbeiten und Gefahren, die Eskimoteilnehmer vor und nach der Hauptschlittenfahrt darstellten. Außerordentlich gelungen waren die Aufnahmen von Eskimotypen, jenes am höchsten nördlich lebenden Menschenstammes von Etah mit ihrem stark ausgeprägten mongoloiden Charakter; auch die Tieraufnahmen waren als Natururkunden trefflich gelungen. Der Vortrag Pearys selbst, der mehr schlecht als recht von Artur Lindenstead ins Deutsche übertragen wurde, wirkte eintönig; diese steten Wiederholungen und Aufzählungen, selten von einem noch dazu gezwungen klingenden Humor unterbrochen, spiegelten so recht jene unermeßliche, trostlose Einöde wieder, in die sie uns führen wollten.

eg.

Humor und Satire.

Die Pariser „Assiette au Beurre" hat eine Spezial-Nummer „Georg der Fünfte" (von England) herausgegeben, der wir das folgende — in freier Uebersetzung — entnehmen:

Einfache Feststellung. Georg der Fünfte: Es ist wahr: ich sehe meinem Vetter, dem Zaren Nikolaus, sehr ähnlich; aber ich glaube, es wird gescheidt sein, wenn ich ihm nicht zu sehr ähnele . . ."

Die wahre Popularität. Ein englischer Soldat zum anderen: „Als wir nach den Kolonien gingen, hat man uns gesagt: wir müßten auf alle Weise dazu beitragen, England größer, stärker und bevölkerter zu machen." — Der andere Soldat: „Na was denn, Kamerad! hat der große König Eduard nicht selber das schönste Beispiel gegeben?"

Diplomaten-Schwatz. Wilhelm: „Mein lieber Pichon, nennen Sie mir eine Verständigungsbasis, und es wird mir ein Vergnügen sein, Frankreich zu beweisen, daß Ich sein ergebener Freund bin." — Pichon: „Eine Verständigungsbasis? — Wie wär's, wenn wir ein bißchen von Elsaß-Lothringen redeten?"

Die Schutzmänner: So lange er Prinz von Wales war, ist Eduard ein toller Hecht gewesen, und dann wurde er ein solider König. Wenn nur Georg der Fünfte, der ein solider Prinz von Wales gewesen ist, als König kein toller Hecht wird!

— Im Elysée. Der Präsident der französischen Republik: „Da hat mir dieses Vieh von Bureauchef zwei Telegramme aufgesetzt: eins zum Kondolieren und eins zum Gratulieren. Aber er hat mir nicht gesagt, welches ich zuerst absenden soll!"

Notizen.

— Die Alkoholverbotsabstimmung in Schweden. Im November vorigen Jahres beschlossen die Vertreter aller großen Abstinenzorganisationen Schwedens, eine allgemeine Volksabstimmung über die Frage zu veranstalten, ob es an der Zeit sei, mit der Durchführung eines allgemeinen dauernden Alkoholverbotes zu beginnen. Da man mit dem für die Zeit des Generalstreiks durchgeführten, allerdings nicht übermäßig strengen Alkoholverbot selbst nach Ansicht trinklustiger Leute gute Erfahrungen gemacht hatte, machten sich die Alkoholgegner um so mehr Hoffnung auf ein ihrer Sache günstiges Ergebnis der Abstimmung, an der alle über achtzehn Jahre alten Männer und Frauen teilnehmen sollten. Das Endergebnis der Abstimmung liegt jetzt vor. Es haben 1 845 249 Personen mit Ja, also für das Alkoholverbot, gestimmt und nur 16 471 mit Nein. Schweden hat rund 5 300 000 Einwohner, und von ihnen sind 3 388 000 über 18 Jahre alt. Somit haben 54 Proz. der Gesamtzahl der Erwachsenen sich für das Alkoholverbot erklärt und nur 0,5 Proz. dagegen. Die übrigen sind teils von den Listenführern, die von Haus zu Haus gingen, um die Stimmen einzusammeln, nicht angetroffen worden, teils sind es Leute, die sich weigerten, an der Abstimmung teilzunehmen, teils solche, die in Kommunen wohnen, welche von der Abstimmung nicht erreicht wurden.

— Zunz-Kaffee im Roman. Ein gewisser Ludwig Bendler hat einen sogenannten Theaterroman („Moderne Sklavinnen") verfaßt. Das fünfte Kapitel dieses Romans bringt u. a. einen plumpen Hymnus auf — den Zunzschen Kaffee! Da heißt es:

„Tante Christine . . . hatte besten Zunzschen, das Pfund zu 2 M., herbeigeschafft . . ." — „Zunzscher Kaffee ist eine vorzügliche Marke," ereiferte sich die Tante für ihr allerdings herrlich duftendes Gebräu. „Das Beste vom Besten. Wir ziehen ihn allen anderen Sorten vor." — „Ich weiß, ich weiß," erwiderte vollauf überzeugt Stolzenberg, „meine Schwester ist gleicher Ansicht."

Leider hat unser Kieler Parteiblatt, das den Roman abdruckt, den widerlichen Reklamepassus auszumerzen vergessen, so daß „Der Zeitungsverlag" sich erlauben zu dürfen meint, in seiner Nummer vom 3. d. M. die „Schlesw.-Holst. Volksztg." zu bespötteln. Dieser Vorfall sollte unsere Parteiredaktionen jedenfalls veranlassen, in diesen Dingen recht vorsichtig zu sein.

— Gegen einen technischen Sprachunfug hat sich der berühmte Metallurg Professor Arnold mit aller Schärfe erklärt, nämlich gegen die Gewohnheit, neue Erzeugnisse der Industrie mit Bezeichnungen zu belegen, die nach dem Namen des Erfinders gebildet sind. Die Technik ist auf diesem Wege schon mit Sprachungeheuern wie „Martensit", „Austensit", „Osmandit", „Westrumit" und so weiter „bereichert" worden. Solange sich diese Mode nur auf Parfüms und Schuhcrême bezieht, brauchte man sich nicht um sie zu bekümmern. Dagegen sollte für wichtigere Dinge der Grundsatz in Geltung bleiben, ihnen einen Namen zu geben, der nach Möglichkeit über ihre eigentliche Natur und Verwertung etwas aussagt.

— Eine Kinderlesehalle. Einen Versuch mit einer Kinderlesehalle machte man in Wiesbaden. Die Halle wurde vom dortigen Volksbildungsverein in einem vom Magistrat zur Verfügung gestellten Lokal eingerichtet. Im ganzen enthält sie vorläufig 170 Bände, vornehmlich Bilderbücher, ferner Märchen, Sagen, Schwänke, auch einiges aus dem Gebiete der Naturkunde, Geographie und Geschichte. Um den Kindern das sinnlose Blättern und das flüchtige Lesen abzugewöhnen, werden die Bücher an einem Lesetag überhaupt nicht oder höchstens einmal gewechselt. Zum Nachzeichnen liegen 25 Zeichenblocks nebst Bleistiften, Gummi, Vorlagen usw. aus. Die Beschaffung von plastischer Knetmasse ist für die Folgezeit vorgesehen. Ferner ist ein Revolverstereoskop mit verschiedenen Bilderserien vorhanden. Am Ende der Besuchszeit finden regelmäßig Projektionsvorführungen mit Lichtbildern nach Märchenillustrationen oder in einer dem kindlichen Fassungsvermögen angepaßten Form aus den Gebieten der Hygiene, Länderkunde, Astronomie usw. statt. Im Durchschnitt wurde die Lesehalle, die wöchentlich zweimal geöffnet war, von 85 Kindern — hauptsächlich Volksschülern — besucht; infolge Raummangels mußte häufig eine ganze Anzahl zurückgewiesen und auf das nächste Mal vertröstet werden.

schweren Herzens, so doch aus sachlichen Erwägungen heraus der Vorlage zustimmen würden, um dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: **Und wo bleibt das Volk?**)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.): Nachdem uns in der Budgetkommission eine Reihe von Fragen ausführlich beantwortet sind, haben wir daraus **die Ueberzeugung** geschöpft, daß die geforderte Erhöhung der Zivilliste gerechtfertigt ist.

Abg. **Hoffmann** (Soz.):

Sie sehen, die **Einigkeit** ist wiederhergestellt. (Heiterkeit.) Alle bürgerlichen Parteien sind bei dieser Nummer wieder **unter einem Szepter vereinigt**, sogar von den **Polen** wird um gut Wetter gebeten — na, und für 3½ Millionen wird ja wohl ein klein bißchen abfallen.

Ich muß auf die Ausführungen des **Herrn Finanzministers** bei der ersten Lesung eingehen. Ich stelle fest, daß es uns gar nicht eingefallen ist, von der Regierung zu verlangen, daß sie uns zu den vertraulichen Besprechungen hinzuziehe. Wir haben im Gegenteil dagegen **protestiert**, daß solche vertraulichen Besprechungen stattgefunden haben. Auch in der **Budgetkommission** ist ja übrigens die Sozialdemokratie — das paßt auch zu diesem Hause — **nicht vertreten**, und so kann die größte Zahl der Wähler, die hinter uns steht, nicht erfahren, **welche Gründe eigentlich für die Durchpeitschung dieser Vorlage bestimmend sind.** Bei der großen Heimlichkeit und Eile, mit der gearbeitet wird, muß man annehmen,

daß Gründe dahinterstecken, welche die Parteien und die Regierung scheuen, der Oeffentlichkeit preiszugeben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um eine Illusion bin ich seit der ersten Lesung ärmer: ich glaubte, daß die **Polen** und **Dänen** mit uns stimmen würden. Die Dänen haben es vorgezogen, **gar nicht zu erscheinen**, und waren darin jedenfalls schlauer als die Polen. Die Polen werden ja erkennen, daß sie auch hier, wie so oft, die Genasführten sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, daß Ihre Wähler sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen werden,

wenn Sie den Gardekürassierstiefel küssen,

mit dem sie **getreten sind**. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatsminister hat dann von der englischen Dotation gesprochen, hat sich aber wohl gehütet, auf die bayerische, sächsische und die Dotation des französischen Präsidenten einzugehen. Er meinte, der **König von England** habe als Herzog von Lancaster noch bedeutende Einnahmen. Ja, wir möchten doch einmal darüber Klarheit haben, **welche bedeutenden Einnahmen denn für unsere Krone als Nebeneinnahmen zu registrieren sind.** Ich sprach schon neulich von den 40 Pferden, die jährlich aus Trakehnen kostenfrei nach Berlin zu liefern sind. Außerdem kommt das ungeheure Einkommen, das die Krone durch ihre Güter hat, in Betracht. Was die angebliche Selbstlosigkeit der Krone im Jahre 1820 anbetrifft, so schreibt die **nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Ztg.“**: „Es ist eine **starke Leistung**, die Vorlage mit der Abtretung der Krondomänen am Anfang des vorigen Jahrhunderts zu begründen. Die Krondomänen gehörten von Rechts wegen **überhaupt nicht dem Monarchen, sondern dem Staat** und sind von den einzelnen Fürsten **widerrechtlich an sich gebracht.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch sonst wäre mancherlei über die finanzielle Verlegenheit der Krone zu sagen. Sie entspringt zum Teil einer Repräsentation, die **keine sachliche Berechtigung hat.**“ Und die „**Vossische Zeitung**“ stellt gegenüber der Berufung des Finanzministers auf Gneist und Treitschke fest, daß Herr v. Rheinbaben sie offenbar mißverstanden habe, wenn er zu ihren Füßen gesessen hat. Ich würde eher annehmen, er hat **nicht gut aufgepaßt.** Weiter hat Herr v. Rheinbaben behauptet, die Krone erziele aus ihren Gütern nicht 8 Millionen, sondern nur 1 700 000 M. Das ist recht merkwürdig: aus nahezu 90 **Gütern nur** 1 700 000 M. Erträgnis!

Das muß ja eine furchtbare Wirtschaft sein, die dort herrscht! (Heiterkeit.) Vielleicht läßt die Krone ihre **beschäftigungslosen Mitglieder** einmal Unterricht in der Verwaltung nehmen. Wenn aus 96 216 Hektar — so viel beträgt ja der Grundbesitz der Krone — nur 1 700 000 M. herauskommen sollten, so wären das pro Hektar 17¾ M. Ich frage die Herren Rittergutsbesitzer — die Hand aufs Herz — **nicht nach der Steuereinschätzung, sondern nach dem Portemonnaie** — ob sie mit 17¾ M. pro Hektar zufrieden sind? (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht nimmt man den nun bald stellungslosen Dernburg und läßt auch da etwas Ordnung in die Finanzen bringen. (Heiterkeit.) Dann könnten wir die 3½ Millionen sparen. Ein bürgerliches Blatt schrieb vor kurzem: Vor 50 Jahren betrug die Domänenpacht pro Hektar 4 Taler 10 Groschen, gegenwärtig etwa 39 M. pro Hektar, der Ertrag der Güter der Krone ist mit 8 Millionen **nicht zu hoch** geschätzt. Also auch in einem bürgerlichen Blatt wird sogar von dem Inhaber eines Majoratsgutes meine Angabe bestätigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 11. Dezember 1901 hat Singer im Reichstag unwidersprochen festgestellt, daß die letzte **Zollerhöhung** auch den Krongütern allein eine

Mehreinnahme von 476 280 M. für Getreide

eingebracht habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da wollen Sie uns glauben machen, daß der Gesamtertrag 1 700 000 M. beträgt?! Dazu kommen ja noch die 150 000 **Morgen Wald**, die doch auch keinen geringen Ertrag bringen. Aus den staatlichen Forsten wurde 1908 an Holzverkäufen ein Reinerlös von 106 Millionen Mark erzielt. Da die Krone den 70. **Teil** der Waldungen des Fiskus besitzt, so müßte sie 1 400 000 M. aus ihren Forsten einnehmen. Da würden also die ganzen Güter der Krone nur 300 000 M. einbringen. Das ist eine Rechnung, die dem Volke zu denken geben wird. Auch das **Privatvermögen**, der Krontresor usw. kommen doch noch in Betracht, wenn es sich um Erhaltung der Familienmitglieder der Krone handelt. Was die Theater und die Schlösser anbelangt, so habe ich schon gesagt, **man sollte sie dem Staate, den Provinzen oder Gemeinden überlassen.** Sie werden sie gern nehmen, wenn sie ihnen unentgeltlich überantwortet werden. (Zuruf rechts.) Selbstverständlich: etwas, was einem nur Kosten macht, muß man doch froh sein, loszuwerden. (Sehr richtig!) Aus den „alten Kasten“, wie der Finanzminister die Schlösser nannte, könnten **Stätten der Bildung und der Volkswohlfahrt** gemacht werden, aus den Theatern **örtliche Kunsttempel**, die nicht von der Laune eines Einzelnen geleitet werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Zum soundsovielsten Male hat dann der Herr Finanzminister das

Märchen von der sozialen Fürsorge der Krone

uns vorgehalten und behauptet, daß die Krone den Gedanken der sozialen Fürsorge gehabt hat. (Sehr richtig! rechts.) Nein, das ist sehr falsch, wie ich beweisen werde. Am 27. Februar 1879, also einige Jahre vor dem ersten kaiserlichen Erlaß über die soziale Fürsorge, wurde in der 8. Kommission des Reichstages eine Resolution, die von dem Freiherrn v. **Stumm** herrührte, vorgeschlagen auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend Errichtung von Invaliden-, Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter mit obligatorischer Beitragspflicht. Die Resolution wurde in der Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller am 22. September 1879 beraten und dazu folgende Resolution des Generalsekretärs **Bentler** einstimmig angenommen: „Die Versorgung bezw. Unterstützung invalider und altersschwacher Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen darf nicht lediglich den bisherigen Verpflichteten, insbesondere den betreffenden politischen Verbänden überlassen werden, es muß vielmehr für diesen Zweck daneben die Errichtung besonderer Kassen, bei welchen Arbeitgeber und Arbeiter durch Beiträge und an der Verwaltung beteiligt sind, angestrebt werden.“ Also schon damals hat, wenn Sie die **sozialdemokratische Priorität** nun einmal nicht anerkennen wollen, der Verband der Industriellen Rheinland und Westfalens diesen Antrag aus

Furcht vor der Sozialdemokratie

gestellt. (Lachen rechts.) Auch Ihr Liebling **Bismarck** hat ja erklärt, **ohne Sozialdemokratie hätten wir noch nicht die geringsten Anfänge einer sozialen Reform.** (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Also man sollte endlich aufhören, mit solchen sozialen Märchen zu kommen. Man sagt, ein Drittel zahlt der Arbeiter, ein Drittel der Arbeitgeber und ein Drittel das Reich zu der sozialen Versicherung. Das zweite Drittel aber wird doch gezahlt von dem, **was der Arbeitgeber den Arbeitern vom Lohne abzieht**, und was das Drittel des Reiches anbelangt, so ist es wieder die Arbeiterschaft, die infolge der **indirekten Steuern** auf die notwendigsten Lebens- und Gebrauchsartikel diese Beiträge **mitbezahlt**. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiter bekommt keinen Pfennig, den er nicht selber aufgebracht hätte, direkt oder indirekt. Er unterhält aus den Summen, die er aufbringen muß, **noch eine ganze Reihe Ihrer Söhne** in höheren Verwaltungsstellen. (Lachen rechts.) Ich will Ihnen als Beweis die Aeußerung eines Konservativen anführen. Der Abg. **Schmidt**-Altenburg — er ist allerdings freikonservativ, aber auf den kleinen Schönheitsfehler werden Sie ja kein Gewicht legen (Heiterkeit) — führte in der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins am 24. November 1907 in Dresden aus: „Heute werden die Beiträge für die soziale Versicherung auf das **Unkostenkonto** oder **Lohnkonto** gebucht, sie werden selbstverständlich mitkalkuliert und erscheinen im Preise der Waren schließlich wieder. Jedenfalls ist soviel sicher, **daß man von einem besonderen Drücken dieser Belastung kaum reden darf.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Namentlich, wenn man diese Summen einmal ausrechnet als Prozentteil des Jahresumsatzes, wobei nicht mehr als ½ Proz. herauskommt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kann man wirklich dem Finanzminister sagen: viel Geschrei und wenig Wolle. (Als der Redner eine Pause macht, um Wasser zu trinken, wird ihm aus den Reihen der Rechten **Prost** zugerufen.) Die Herren scheinen das Preußische Abgeordnetenhaus mit einem

Operettentheater

zu verwechseln. (Heiterkeit.) (Der Redner wird von dem Abg. **Liebknecht** darauf aufmerksam gemacht, daß der Finanzminister vor sich eine Anzahl „**Sozialistische Monatshefte**“ liegen hat.) Ja, ich weiß ja, daß uns nun hinterher wieder aus den „Sozialistischen Monatsheften“, **der einzigen**

Fundgrube für unsere Gegner

Vorlesungen gehalten werden werden. Wir stehen den „Sozialistischen Monatsheften“ so skeptisch gegenüber, daß wir beinahe schon glauben, daß, wenn auch nicht direkt, aber indirekt, vielleicht auch ohne Wissen der Herren, das **Material dort hineinlanziert wird**, daß Sie hier **gebrauchen können.** Ich verweise ferner darauf, daß nach der Produktionsstatistik von den 10 M., die die Herren Großindustriellen durch den Schutzzoll in ihre Taschen bekommen haben, nur 27 Pf. für Arbeiterversicherung hergegeben werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Herrn Finanzminister erwidere ich weiter, daß ich durchaus nicht die Höhe der Bezüge der Hofbeamten bemängelt habe, sondern verlangt habe, daß die Krone diese Gehälter aus ihrem **Privateigentum** bezahlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die soziale Versicherung anlangt, so kommt noch hinzu, daß die Arbeiter außer ihren Beiträgen auch noch bei der Arbeit

Leben und Gesundheit einsetzen.

Das ist ein ganz anderes Risiko als das der ab- und aufsteigenden Konjunktur für die Unternehmer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat der Finanzminister betont, daß 19 Millionen unserer Bevölkerung überhaupt nicht zur Steuer herangezogen würden. Ist das etwa eine rühmenswerte Tatsache, oder ist es nicht **vielmehr beschämend**, daß 19 Millionen ein so geringes Einkommen haben? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner führte Herr v. Rheinbaben preisend an, der Durchschnittslohn der Arbeiter wäre gestiegen von 2,89 M. auf 3,18 M. Wegen der

79 Pf. Steigerung

wirft man sich also noch lobend in die Brust! Und wegen dieser Lohnsteigerung verlangt man die Bewilligung der 3½ Millionen! Daß aber das Vermögen einer Handvoll **Millionäre** sich seit 1895 **um jährlich**

700 Millionen

vermehrt hat, sagt der Finanzminister nicht. Damit hat er recht! ein tiefer Abgrund gähnt zwischen unserer und seiner Weltanschauung. **Sie meinen, das Volk ist da zur Erhaltung des Wohllebens, der Ueppigkeit und Verschwendung der Besitzenden, wir meinen, wer alles schafft, hat auch das Recht, seinen Platz zu verlangen an dem mit seiner Hilfe von der Natur gedeckten Tisch.**

Die Arbeit, die marmorne Paläste baut, muß oft in den elendesten Hütten verkommen,

sie schafft seidene Gewänder und hat häufig **nicht Lumpen genug, um ihre Blößen zu decken.** Sie bringt die größten Luxuswaren hervor und hat oft für sich und ihre Kinder **nicht das trockene Brot.** Wir meinen, daß auf Grund dieser Tatsache alle geistig und physisch Arbeitenden in unserem Volke sich

dem Banner der Sozialdemokratie anschließen müssen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Rheinbaben behauptete dann, wir hätten kein Recht, im Namen der Arbeiter zu sprechen und sprach von 1 800 000 Arbeitern, die wir hinter uns hätten, während es 19 Millionen Arbeiter gäbe. Die **Statistik** scheint bei ihm **schwach zu sein, Kopfrechnen ebenfalls.** (Heiterkeit.) Nach der letzten amtlichen Statistik von 1907 gab es in Preußen 11 950 618 Arbeitsgehilfen aller Art. Davon sind männliche 6 982 888, **also 12 Millionen sind schon von den 19 Millionen abzuziehen**, außerdem gehören zu den Arbeitsgehilfen auch das **Aufsichtspersonal**, die **Werkmeister**; das **kaufmännisch gebildete und Verwaltungspersonal** usw., und ferner sind alle aus irgend welchen Gründen nicht wahlberechtigte Personen abzuziehen. Herr Finanzminister, mit solcher Rechenkunst ständen Sie im bürgerlichen **Privatleben** nicht einmal an letzter Stelle als

Buchhalter eines kleinen Geschäfts.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Heiterkeit.) **Aber zum Finanzminister in Preußen da langts noch!** Herr v. **Gwinner** hat ja im Hause da drüben das Nötige darüber gesagt. Mit solchen Mitteln sucht man die Erhöhung der Zivilliste durchzusetzen. Nein,

das Gros der Industriearbeiter gehört zu uns,

und dafür, daß wir die **Landarbeiter** gewinnen, sorgt schon die Tätigkeit der Konservativen, besonders in diesem Hause. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, wie man im Zentrum über die Bewilligung der 3½ Millionen denkt. So bezeichnete es die „**Westfälische Rundschau**“ als eine **Dreistigkeit**, daß man als Grund der Erhöhung für die Zivilliste die allgemeine Lebensverteuerung anführt. Sie schreibt: „Die offiziöse Berufung auf die allgemeine Lebensverteuerung ist auch eine **dreiste Unwahrheit**, weil diese allgemeine Lebensverteuerung der Krone weit mehr Einnahmen bringt, als sie ihr Ausgaben verursacht. Die künstliche Preissteigerung aller Lebensmittel durch Zölle, das Steigen des arbeitslosen Einkommens aus der Bodenrente, kommt der Krone als einem der größten Grundbesitzer des Reiches in besonders hohem Maße zugute.“ (Zuruf im Zentrum: Das ist kein Zentrumsblatt!) Zum Schluß heißt es aber ausdrücklich: „Selbstverständlich wird das **Zentrum als rechte Volkspartei** gegenüber dieser ganz unnötigen neuen Belastung nur ein **glattes Nein haben.**“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun, Sie stimmen ja für die Erhöhung,

um den Block nicht auseinander zu treiben,

der jetzt in die doppelte Gefahr gekommen ist durch die Sache, die Sie vorhin so hübsch abgetan haben. Ich bin noch sehr im Zweifel, ob, was der **Papst** gesagt hat, nicht eine **bestellte Arbeit war.** Jedenfalls können wir das zur Wahl sehr gut brauchen. Nun, die Bewilligung dieser 3½ Millionen in der überstürzten Hipp-Hipp-Hurra-Stimmung durch das Zentrum wird Ihren Wählern die Augen öffnen. Bei Philippi sehen wir uns wieder! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Frhr. v. **Rheinbaben**: Ich stelle nochmals fest, daß die Krone seinerzeit zweifellos das Verfügungsrecht über die Revenüen der Domänen und Forsten hatte. Wenn sie sich darauf beschränkt hatte, nur eine Revenüe von 2½ Millionen Taler zu beziehen und den übrigen wertvollen Besitz für den Staatskredit herzugeben, so war das in der Tat ein **großer Akt der Selbstlosigkeit** dem Staate gegenüber. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Daß die Krone aus ihren Gütern nur 1 700 000 M. bezieht, ist festgestellt, mag sich auch Herr Hoffmann auf Autoritäten wie Herrn **Singer** und das „**Berliner Tageblatt**“ berufen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit rechts.) Von einer Mißwirtschaft ist keine Rede. **Die Schlösser sind eine schwere Last für die Krone**, aber solche Schlösser wie in Zelle und Osnabrück **kauft uns niemand ab.** Und wer übernimmt die Kosten für Theater wie in Hannover und Kassel? Und wie kann man die Autorschaft der Krone an unserer sozialen Fürsorge bestreiten? Kaiser **Wilhelm** der Große und **Bismarck** haben die soziale Gesetzgebung durch Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit geschaffen. Unsere ganze Gesetzgebung ist im Interesse der Arbeiter gegeben. (Sehr richtig! rechts; Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Selbst von sozialdemokratischer Seite ist anerkannt worden, daß sich die Lage unserer Arbeiter in den letzten Jahren erheblich gebessert hat. Der Sozialdemokrat **Schippel** hat zugegeben, daß die Belastung der Arbeiter durch indirekte Steuern in anderen Ländern **weit größer ist als bei uns.** Die Arbeitgeber wälzen nicht die Kosten unserer Sozialpolitik auf die Arbeitnehmer ab, sondern sie tragen vielmehr auch ihrerseits in den erhöhten Löhnen noch die Beiträge der Arbeiter. (Abg. **Leinert** ruft: Er hat ja keinen Schimmer von Ahnung! Präsident v. **Kröcher** ruft den Abg. Leinert zur Ordnung.) Wenn die Löhne wirklich so unerhört schlecht wären, so wäre es unerhört, daß die **Gewerkschaften so hohe Abgaben erheben.** (Sehr richtig! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Von 1881 bis 1907 sind die Gewerkschaftsbeiträge von 6,68 auf 27 M. gestiegen. (Hört! hört! rechts. Zuruf des Abg. **Liebknecht**: Was geschieht mit dem Gelde?) **Damit wird sozialdemokratische Agitation gemacht.** (Zuruf bei den Sozialdemokraten: **Unverschämte Behauptung.**) Ich behaupte auch nach wie vor, daß die Sozialdemokratie kein Recht hat, sich als Vertreter der preußischen Arbeiter zu gerieren. In den Gewerkschaften sind 1 800 000 Arbeiter organisiert, während 19 Millionen in Betracht kommen. Von den Wählern hat die Sozialdemokratie nur 23 Proz. auf sich vereinigt, von den Urwahlberechtigten in Preußen haben nur 7 Proz. für die Sozialdemokratie gestimmt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bei dem Dreiklassenwahlrecht!) Einstweilen wählen wir nach diesem Wahlrecht und die Sozialdemokratie hat kein Recht, namens der preußischen Arbeiter zu sprechen. (Bravo! rechts.)

Die Abgg. Frhr. v. **Zedlitz** (fk.), **Fischbeck** (Fortschr. Vp.) und **Herold** (Z.) erklären ihre Zustimmung zu der Vorlage.

Die Vorlage wird hierauf in zweiter Lesung **gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.**

Es folgt die dritte Lesung.

Abg. **Hirsch** (Soz.):

Die entstellenden Ausführungen des Finanzministers über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zwingen mich noch zu einigen Bemerkungen. Dieselbe Rede hat der Finanzminister schon 1908 im November im Reichstag **beinahe wörtlich so gehalten.** Die Erwiderung meines Parteifreundes **Südekum** von damals hat er ignoriert, weil sie ihm jedenfalls nicht in den Kram paßte. Die Zahlen über die Gewerkschaften, die er anführte sind richtig, aber die Folgerungen daraus sehr oberflächlich. Zunächst gibt es keine sozialdemokratischen Streiks, sondern nur **Streiks der einzelnen Gewerkschaften.** Sodann scheint der Herr Finanzminister nicht zu wissen, daß ein großer Teil der Beiträge, die der Arbeiter an die Gewerkschaften zahlt, zu **Unterstützungen** verwendet werden. Er weiß offenbar nicht, daß gerade die Gewerkschaften, die seiner Meinung nach sozialdemokratisch sind, dem Staate große Aufgaben abnehmen und mit Hilfe der Beiträge der Arbeiter Pflichten erfüllen, denen sich der Staat entzieht. So sind

900 000 M. Reiseunterstützung,

die die Gewerkschaften in einem Jahre gezahlt haben, sicher eine wesentliche Entlastung der **Armenbudgets.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter haben die Gewerkschaften

3½ Millionen für Krankenunterstützung

in einem Jahre ausgegeben. (Abg. Dr. **Liebknecht**: Davon weiß der Herr Finanzminister nichts!) Ferner sind nicht weniger als

6½ Millionen für Arbeitslosenunterstützung

von den Gewerkschaften ausgegeben. (Abg. Dr. **Liebknecht**: Auch davon weiß der Finanzminister nichts!) Der Staat kümmert sich um die Opfer der Arbeitslosigkeit nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt dann

1 400 000 M. Unterstützungen in Not- und Sterbefällen.

Für Streiks sind im ganzen nur 13 Millionen Mark ausgegeben. Dabei kommt in Betracht, daß die Gewerkschaften auch vor allem Kampforganisationen sind, die die Arbeiter zu Klassenkämpfern schulen sollen. Den **Kämpfen der Gewerkschaften ist es** zu verdanken, wenn die Löhne der Arbeiter heute höher sind als vor 10 und 20 Jahren, nicht etwa der weisen Sozialpolitik unserer Regierung (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter zahlen ihre Beiträge an die Gewerkschaften mit Freuden, weil sie wissen, daß diese Beiträge tausendfache Früchte tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Finanzminister auf die Steigerung der Löhne hinweist, die niemand bestreitet, so fragt es sich auf der anderen Seite, wie ist die **Kaufkraft des Geldes?** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zieht man diesen Vergleich, so kommt man zu dem Schluß, daß die Lage der Arbeiter **eher schlechter als besser geworden ist.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch diejenigen meiner Parteifreunde, die der Ansicht sind, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich gehoben hat — es sind ja nur sehr wenige —, weisen darauf hin, wie gewaltig groß der Unterschied zwischen den **Einkommen der Besitzenden** und denen **der Arbeiter** geworden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Kluft wird immer größer. Solche Aeußerungen wie die des Herrn v. Rheinbaben sind nur möglich in diesem Hause, wo man das Wesen der Arbeiterklasse, die Arbeiter überhaupt nicht kennt, wo man sich nur für sie interessiert, wenn man um ihre Stimmen bei den Wahlen buhlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vorgänger des Herrn v. Rheinbaben haben gerecht über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften geurteilt. So hat Herr v. **Berlepsch** anerkannt, daß bei Tarifverhandlungen von seiten der Führer der Gewerkschaften alles geschieht, um bestehende Differenzen **in Frieden auszugleichen**, und Streiks und Aussperrungen zu vermeiden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Männer, die sich ernsthaft mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt haben, die das Wesen der Gewerkschaften studiert haben, können eben nie und nimmer ein solches Urteil abgeben, wie wir es heute und vorgestern vom Ministertisch unter dem Jubel der Mehrheit dieses Hauses gehört haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister scheint auch nicht zu wissen, daß viel öfter als Streiks von den Gewerkschaften inszeniert werden, die Gewerkschaften selbst **von den Unternehmern ausgesperrt werden.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiß der Herr Minister nichts von dem gewaltigen

Kampf im Baugewerbe,

wo brutal Hunderttausende von Arbeitern und Handwerkern, auch Christliche, von den Bauunternehmern auf das Pflaster geworfen

worden sind? Damit diese Opfer des Kapitalismus nicht Hungers sterben, dazu sind die Kassen der Gewerkschaften da. Sie sind für die Arbeiter die besten Spareinlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Minister behauptet demgegenüber, wir hätten kein Recht, uns als Vertreter der Arbeiterklasse aufzuspielen. Wie froh wäre er, wenn auch nur der zehnte Teil der Preußen, die auf unserer Seite stehen, seinen Ansichten folgen würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er stützt sich auf die Landtagswahlstatistik. Der Minister weiß doch aber, daß wir das geheime Wahlrecht noch nicht haben, und daß unter dem

Terrorismus der herrschenden Klassen

eine große Zahl von Arbeitern nicht wagen kann, öffentlich zu stimmen. Bei den Reichstagswahlen traten trotz des Hochdrucks, mit dem man gegen uns arbeitete, 23 Proz. aller an der Wahl Beteiligten für uns ein. Das ist etwas mehr als 7 Proz. Die Zahl paßt dem Herrn Minister nicht in den Kram. Der Minister behauptet dann, daß in der Sozialdemokratie niemand seine Ansichten vertreten könne. Er hat jedenfalls hier die Sozialdemokratie mit den Staatsbetrieben verwechselt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer dort seiner Ueberzeugung entsprechend wählt, **fliegt hinaus.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade in unserer Partei herrscht eine Meinungsfreiheit wie in keiner anderen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Selbstverständlich ist, daß diejenigen, die erklären, nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms zu stehen, die Konsequenzen zu ziehen haben, und daß man sie im anderen Fall die Tür von draußen zumachen läßt. (Aha! rechts.) Sie mögen ja auch Leute in Ihren Reihen behalten, die bei den Wahlen gegen Sie stimmen. **Wir können nur überzeugte Anhänger gebrauchen.** Und gerade weil die Begeisterung der sozialdemokratischen Arbeiter für ihre Partei so groß ist, haben wir so gewaltige Erfolge errungen, die uns auch der Herr Finanzminister nicht wird wegreden können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage wird hierauf in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung **gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.**

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die öffentlichen Versicherungsanstalten wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. **Wendtlandt** (natl.) und des Ministers **v. Moltke** vertagt auf Freitag 11 Uhr. (Außerdem Wahlprüfungen, zweite Lesung des Wohnungsgeldzuschußgesetzes, Initiativanträge.)

Schluß 4½ Uhr.

Verbandstag der Brauereiarbeiter.

Berlin, 9. Juni.

In der heutigen Sitzung wurde die Diskussion über die Frage der Verschmelzung mit dem Verbande der Mühlenarbeiter fortgesetzt, doch wurden neue Gründe für und gegen die Verschmelzung nicht mehr vorgebracht. — Ehel sagte in seinem Schlußwort, seine gestrige Bemerkung über die Generalkommission sei von Sassenbach mißverstanden. Die Generalkommission könne sich den Einflüssen, welche die auf den Gewerkschaftskongressen und Vorständekonferenzen zum Ausdruck kommenden Machtverhältnisse ausüben, nicht entziehen. Sie sei allerdings bei Entscheidung von Grenzstreitigkeiten in einer schwierigen Lage. Dem Brauereiarbeiterverbande gegenüber habe sie bei Entscheidung von Grenzstreitigkeiten stets loyal gehandelt.

Wegen der Abstimmung über die Verschmelzungsfrage entstand eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Mehrere Delegierte erheben Einspruch dagegen, daß jetzt schon die endgültige Abstimmung vorgenommen werde, ehe das gemeinsame Statut beraten und angenommen sei, denn von der Gestaltung des Statuts, besonders der Unterstützungseinrichtungen, hänge es ab, ob der Verschmelzung endgültig zugestimmt werden könne. Ein von Tröger-Berlin gestellter Antrag, die Abstimmung bis nach Fertigstellung des Statuts auszusetzen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, das Statut ohne Hinzuziehung der Mühlenarbeiter zu beraten. Dann erklärte sich der Verbandstag mit 43 gegen 14 Stimmen im Prinzip für die Verschmelzung mit dem Verbande der Mühlenarbeiter. Weiter wurde beschlossen, die Statutenberatung gemeinsam mit den Delegierten des Mühlenarbeiterverbandes vorzunehmen, die zu diesem Zweck heute abend in Berlin eintreffen.

Hierauf hielt der Verbandstag eine geschlossene Sitzung ab, aus der auch die Vertreter der sozialdemokratischen Presse in einer nicht gerade taktvollen Weise hinausgewiesen wurden.

Als nachmittags die Oeffentlichkeit wieder hergestellt war, hielt Genosse Robert Schmidt einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Seine Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Ohne Debatte stimmte der Verbandstag der vom außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zur Reichsversicherungsordnung angenommenen Resolution zu.

13. Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands.

Köln, 8. Juni.

Der Mittwoch vormittag brachte die Schlußworte von Simon und Haupt und die Abstimmung über die zum Vorstandsbericht gehörigen Anträge. Beide Referenten gingen in langen Ausführungen auf die Ausstellungen der Delegierten ein, und Simon zeigte an drastischen Beispielen, daß viele Ortsverwaltungen ihre Formeln im brieflichen Verkehr mit dem Vorstande wirklich nicht aus Knigges Umgang mit Menschen schöpfen. Simon trat warm für die Entsendung der Studienkommission nach England und Amerika ein. Die Möglichkeit, die im gestrigen Bericht gezeichneten Flunkereien der Unternehmer mit einwandfreiem Material über Technik, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schuhindustrie der Konkurrenzländer zurückzuweisen, wiege die Kosten der Studienreise sicher auf. — Die Generalversammlung nahm denn auch den bezüglichen Antrag an. Ferner zwei Anträge, nach denen der Vorstand für die Zahlstellenfunktionäre laufend ein geeignetes Agitationsmaterial beschaffen und des weiteren eine Lohnstatistik unter sämtlichen Arbeiterkategorien des Berufs veranstalten soll. Der Antrag, der Berliner Zahlstelle jährlich 1000 M. Extrazuschuß zu bewilligen, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Abgelehnt wurde, der Filiale Wermelskirchen ein von der Hauptkasse empfangenes Darlehen zu streichen, in Rheydt einen besoldeten Beamten anzustellen, den Vorstand zu beauftragen, der nächsten Generalversammlung ein neues Schema für die Gewährung von Unterstützungen vorzulegen.

Mittags wurde mit der Begründung der vielen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Statutenberatung

gestellten Anträge begonnen. Die vielen zum Kapitel Krankenunterstützung gehörenden und ähnliche Anträge wurden schließlich einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen. Ueber einige andere erfolgte die Abstimmung, so über die zur Jugendfrage gestellten Anträge. Die Generalversammlung lehnte sie ab und erklärte, daß es wenigstens vorläufig noch nicht angebracht sei, eine Jugendabteilung mit geringen Beiträgen oder überhaupt feste statutarische Bestimmungen in bezug auf die Jugendlichen zu treffen. Die Verhältnisse lägen so verschieden in den einzelnen Orten, daß mit einer Schematisierung nicht das Richtige zu treffen sei. Der Vorstand solle bis zur nächsten Generalversammlung geeignete Vorschläge unterbreiten. Die älteren Arbeiter sollen sich aber mehr um die Jugendlichen bemühen und sie für die Organisation gewinnen.

Bei diesen Erörterungen wurde berichtet, daß das Offenbacher Gewerkschaftskartell eine Jugendorganisation mit 10 Pf. festen Wochenbeiträgen errichtet habe, für die eine wöchentliche Krankenunterstützung von 3 M. geleistet würde.

Eine Anzahl Redner mißbilligten diese Unterstützung scharf, da sie sie für geeignet hielten, nicht die jungen Leute zur Organisation heranzuziehen, sondern sie eher von ihr fernzuhalten. Auch Simon wandte sich entschieden gegen diese Art der Jugendorganisation, die nicht den Beschlüssen des Parteitages und Gewerkschaftskongresses entspreche und wünschte, daß die Generalkommission Schritte dagegen unternehmen würde. In ihrem größten Teil bezogen Beratungen und Abstimmungen sich auf interne Verbandsangelegenheiten. Ein Beschluß spricht allen Mitgliedern das Anrecht auf Unterstützung ab, die länger als vier Wochen ohne Stundung mit den Beiträgen im Rückstande sind. Für halbe Tage wird keine Unterstützung gewährt.

Ein Antrag, den männlichen verheirateten Mitgliedern die Streikunterstützung pro Woche um 2 M. zu erhöhen, wurde nach lebhaftem Für und Wider abgelehnt.

Am Donnerstag werden die Abstimmungen weitergeführt.

Zehnte Generalversammlung des Zentralvereins der in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter.

Altenburg, 8. Juni 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Auf der Tagesordnung steht die **Beratung von Anträgen** auf Statutenänderung. Soweit Beschlüsse gefaßt werden, betreffen sie rein geschäftliche Angelegenheiten. Die

Arbeitsnachweisfrage

wird nochmals aufgerollt. Es wird dabei festgestellt, daß mit den Verbandsarbeitsnachweisen vielfach keine guten Erfahrungen gemacht sind. Nur die Berliner sind mit ihrem Nachweis zufrieden. Sie haben die Unternehmer zur vollen Anerkennung des Nachweises gezwungen. Die hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung hätten in den besonderen Umständen, Saisonarbeit usw., ihren Grund, nicht im Arbeitsnachweis. Allseitig wird anerkannt, daß die Art der Arbeitsvermittelung nur nach den örtlichen Verhältnissen gewählt werden müsse und die unbedingte Verpflichtung zum Verbandsnachweis nicht mehr zu halten sei. Es wurde deshalb folgendem Antrage zugestimmt:

„Für gewisse Branchen und Orte kann vom Vereinsvorstand auf Antrag der betreffenden Mitglieder resp. Mitgliedschaften unser Arbeitsnachweis aufgehoben und der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise zugestimmt werden.

Die wichtigste der vorgeschlagenen Statutenänderungen ist die

Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Schon die Gubener Generalversammlung beschäftigte sich mit dieser Frage und vor der jetzigen ist schon eingehend in der Presse und in Versamlungen über die Frage debattiert worden. Der Verbandsvorstand schlägt vor, den Wochenbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen und dafür die Krankenzuschußkasse nach drei Jahren in den Verband aufzunehmen. Die hohen Unterstützungen dieser Kasse können natürlich dann nicht weiter gezahlt werden. Es soll nach Zahlung von 52 Wochenbeiträgen maximal für 26 Wochen 124,80 M. Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Arbeitslosenunterstützung soll erst vom vierten Tage ab gezahlt werden. Von Berlin liegen Anträge vor auf Staffelung der Unterstützung gemäß der Dauer der Mitgliedschaft, Einverleibung der Invalidenkasse in den Verband. Die Berliner beantragen auch die höchste Erhöhung der Beiträge.

Metzschke-Altenburg begründet in einem längeren Referat die vom Vorstand gemachten Vorschläge. Es komme vor allem darauf an, nachdem im Beruf der Großbetrieb und die Arbeit der Ungelernten überhand genommen habe, sich diesen neuen Verhältnissen anzupassen und vor allem diese breiten Schichten Ungelernter zu organisieren. Vielfach hätten die aber ein größeres Interesse an einem Krankenzuschuß als an der Arbeitslosenunterstützung. Dem müsse Rechnung getragen werden. Die Zuschußkasse könne nicht mehr aufrechterhalten werden, da sie nicht mehr zu halten sei und bis jetzt nur noch dadurch existiert habe, daß der Verband Zuschüsse und die Verwaltungskosten begahlt habe. Es sei auch notwendig, die Unterstützungen etwas zu schmälern und dadurch den Kampfcharakter der Organisation zu stärken. Von der dreitägigen Karenzzeit für Arbeitslose erhofft er unter anderem auch eine Sanierung der Berliner Kassenverhältnisse.

In der Debatte erklären sich alle Redner (mit Ausnahme von Köhler-Berlin, der von der Organisierung der „Massen", die keine guten Mitarbeiter in der Organisation werden, nicht viel und eine kleinere, aber entschlossene Truppe für besser hält) für die Erwerbslosenunterstützung. Viele Redner wenden sich aber zum Teil recht heftig gegen die dreitägige Karenzzeit und die Aufhebung der Zuschußkasse. Sie wollen lieber höhere Beiträge zahlen, als auf die Kasse verzichten. Nur einige Redner erklären sich mit den Prinzipien der Vorstandsvorlage einverstanden. Die Debatte wird weitergeführt.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung beantragte der **erste Staatsanwalt Schweitzer den völligen Ausschluß der Oeffentlichkeit für die Presse**, da einige Dinge sexueller Art doch in den Zeitungen gestreift seien. Die **Verteidigung widerspricht** diesem Antrag. **Das Gericht beschloß, die Presse auch weiter zuzulassen.** Der Vorsitzende richtete jedoch an die Presse das Ersuchen, nichts von dem, was das sexuelle Gebiet berührt, zu veröffentlichen.

Einem solchen Wunsch kann bei einem Prozeß, in dem das Sexualleben eine außerordentlich wesentliche Rolle spielt, natürlich nicht entsprochen werden. Gemeint ist vom Vorsitzenden wohl nur, daß nach Möglichkeit **Namen und Details** nicht mitgeteilt werden — ein Verlangen, das auch ohne besonderen Wunsch von uns stets erfüllt wird.

Die

Vernehmung der Angeklagten

bezieht sich auf ihr **Verhältnis zum Hauptmann von Göben** und auf die **Vorgänge vom 25. Dezember.** Der **Vorsitzende** will den Widerspruch aufklären, der darin liege, daß die Angeklagte sagte, sie habe das ernstliche Bestreben, sich mit Hauptmann **von Göben zu verheiraten**, nie gehabt, während sie früher das Gegenteil gesagt habe. **Angeklagte:** Wenn er mich drängte, hatte ich wohl den Gedanken, mich mit ihm zu verheiraten. Später habe ich davon wieder Abstand genommen. Ich sagte mir, nein, ich kann nicht, und bat den Hauptmann von Göben, mich in Ruhe zu lassen. Das hing immer von meinen Stimmungen ab. Der Vorsitzende hält der Angeklagten vor, daß in ihrem

Briefwechsel mit der Mutter des Hauptmanns

von der Verheiratungsabsicht die Rede gewesen sei. **Angeklagte:** Göben hatte ich lieb und er liebte seine Mutter außerordentlich. Er sprach sehr oft von seiner Mutter zu mir und äußerte, er würde sich riesig freuen, wenn ich an die alte Dame schriebe. Das tat ich, sie antwortete furchtbar nett und da habe ich wieder geschrieben, ohne zu überlegen, was ich tat. Wenn ich der alten Dame schrieb, die Scheidung sei bereits eingeleitet, so tat ich es, weil Göben das an die Mutter geschrieben hatte und es ein Schlag ins Gesicht der alten Dame gewesen wäre, wenn ich ihr gesagt hätte, das sei nicht wahr.

Auf die Vorhaltung, sie habe Göben gegenüber erklärt, ihr

Mann sei unerträglich,

erwidert die Angeklagte: Nicht ich habe das gesagt, sondern Göben fragte fortwährend und da habe ich ihm das zugegeben, um Ruhe zu haben.

Der Vorsitzende hält der Angeklagten über

Fluchtpläne

folgendes vor: Göben habe an einen Freund, der Direktor einer afrikanischen Gesellschaft war, geschrieben und ihn gefragt, ob er ihn unterbringen könne. Ferner hat er in einem Brief um die nächsten Reiserouten nach Schweden und Norwegen ersucht. Endlich seien 1300 M. in Göbens Wohnung in der Diele unter dem Teppich gefunden. Freilich habe Göben erklärt, das Geld sei für einen Pferdekauf bestimmt gewesen. **Angeklagte** erwidert: Ueber das Geld hat Göben mir dieselben Angaben gemacht. Von einem Fluchtplan weiß ich nichts; Göben hat nie über einen solchen mit mir gesprochen.

Es wird dann auf die

Vorgänge am 25. Dezember

eingegangen. Angeklagte: An diesem Tage war Hauptmann v. Göben bei uns von ½2 Uhr bis 9 Uhr ununterbrochen. Am Morgen hatte ich meinen Mann gefragt, ob wir nicht lieber die Einladung an Göben absagen sollten. Ich glaubte, daß mein Mann vielleicht lieber an diesem Tage allein sein wollte. Ich wußte auch, daß er besserer Laune sei, wenn nicht Fremde da seien, und ich hatte ein Interesse daran, ihn in bester Stimmung zu erhalten. Ich sagte zu ihm: Wenn es Dir lieber ist, schreibe ich ab. Er erwiderte: Nein, da er einmal eingeladen ist, soll er kommen. Bei Tisch hatten wir eine sehr angeregte Unterhaltung. Mein Mann legte sich dann hin und wir spielten mit den Kindern. Ich habe mich sehr viel mit den Kindern beschäftigt und nicht viel um Göben gekümmert. Am Abend gegen 5 Uhr hat dann der Bursche, als er wegging, die Fensterladen geschlossen. — Vors.: Nun sagt Göben, daß, ehe der Christbaum angezündet worden war, das Gespräch geführt worden ist, das wir gestern eingehend erörtert haben. Haben Sie sich das noch einmal überlegt? — Angekl.: Ja überlegt habe ich es mir, das Gespräch kann aber unmöglich stattgefunden haben. — Vors.: Sie haben aber bei einer Vernehmung gesagt, Sie glauben sich zu besinnen, daß Göben davon gesprochen habe, er wolle Sie jetzt befreien. — Angekl.: Das müßte doch in Gegenwart der Kinder gesagt worden sein. Ich habe ja sogar gebeten, daß mir **Göben gegenübergestellt** werde. Warum hat man das nicht getan? **Staatsanw. Rat Poschmann:** Sanitätsrat Stoltenhoff hatte dem Untersuchungsrichter mitgeteilt, daß eine Gegenüberstellung unmöglich sei. — **Verteidiger R.-A. Salzmann: Ich hatte sofort nach der Verhaftung der Frau v. Schönebeck Konfrontation** beantragt. **Rechtliche Bedenken lagen nicht vor,** man hätte sehr wohl sofort die Gegenüberstellung vornehmen können. Nachher war es ja unmöglich. — **Erster Staatsanwalt Schweitzer:** Es lag aber auch kein Grund vor, sofort die Gegenüberstellung vorzunehmen. Im Gegenteil, es war im Interesse der Untersuchung besser, daß es nicht gleich geschah. Nachher war es aber unmöglich. — **Verteidiger R.-A. Bahn:** Gerade von Göben hat auch dringend um die Gegenüberstellung gebeten. — **Erster Staatsanwalt Schweitzer:** Da muß ich widersprechen. **v. Göben hat es ausdrücklich nicht gewünscht.** Er wurde dann auch ruhiger, als die Gegenüberstellung unmöglich geworden und ihm diese Last vom Herzen genommen war.

Auf Befragen erklärt dann die Angeklagte: Als wir zu Abend gegessen, brachte ich die Kinder zu Bett. Als ich wieder herunterkam, war Göben mit meinem Mann in angeregtem Gespräch. Gegen 9 Uhr merkte ich, daß mein Mann anfing, müde zu werden. Ich stand auf und ging im Zimmer umher, um Göben anzudeuten, daß es Zeit sei zu gehen. Er verstand es auch und ging. Mit meinem Mann sprach ich dann darüber, daß er am nächsten Morgen zur Jagd fahren wollte. Wenn Göben mit meinem Mann die Jagd vorher vereinbart hatte, so war mir davon nichts bekannt. Am Abend wurden Türen und Fensterläden nachgesehen, ob sie geschlossen, v. Göben hielt mir dabei die Lampe.

Mit aller Entschiedenheit **bestreitet** die Angeklagte, **daß sie die Haupttür wieder aufgeschlossen hätte.** Das hätte auch gar keinen Zweck gehabt, da die äußere Türe mit dem Schnepperschloß zugewesen sei. Göben habe, soviel sie wisse, dazu einen Schlüssel nicht besessen. Göben hat auch, wie der **Verteidiger** feststellt, selbst erklärt, daß er keinen Schlüssel besessen habe. Auf die Frage,

ob das Fenster vom Gang aus leicht zu öffnen

war, erwidert die Angeklagte: Das weiß ich nicht, ich bin niemals durchgestiegen und habe nie jemand durchsteigen sehen. Das Fenster war dicht zugefroren. Wenn der Bindfaden nicht hielt, so hielt das Eis. Der **Vorsitzende** stellt fest, daß nach der Auskunft des Berliner Meteorologischen Instituts um **7 Uhr abends plus ein Grad Celsius, am anderen Morgen minus 14 Grad gewesen** war. Es handelte sich also um einen der Wetterstürze, die wir vor einigen Jahren hatten.

Ueber den

späteren Verlauf

gibt Angeklagte an: Ich legte mich zu Bett, las dann noch Zeitungen und bin dann wohl eingeschlafen. Den **Schweißhund** hatte ich mit hineingenommen, weil der Ofen auf dem Korridor ausgegangen war, und der Hund nicht frieren sollte. Wenn Göben behauptet hat, ich hätte den Schweißhund mit ins Zimmer genommen, um nicht zu stören, so ist diese Aussage mir unbegreiflich. Wenn der Hund nicht in meinem Zimmer gelegen hätte, hätte er eben vor meinem Zimmer auf dem Korridor gelegen. Der Schweißhund kannte Göben genau und hat nie gebellt. Der einzige Hund, der bellte, war der **Dachs**, der unten blieb. Nachts wachte ich auf. Es war mir, als ob ich die Haustür zuschlagen hörte. Ich nahm an, mein Mann, der zur Jagd gehen wollte, wollte nachsehen, ob neuer Schnee gefallen sei. Ich habe dann weiter geschlafen. Einen Schuß habe ich und, soviel ich weiß, auch die Mädchen nicht gehört. Der **Vorsitzende** hält es für eigentümlich, daß der Knall der

Suhler Mensurpistole,

deren sich Hauptmann v. Göben bediente, nicht gehört seien. Eine Probe, wie man den Schuß höre, soll noch vorgenommen werden. Auf die Bemerkung des Verteidigers Bahn, es sei doch auffällig, daß der Hund nicht angeschlagen habe, da Hunde nach dem Schießen doch anschlagen, meint ein **Geschworener**, das ist nicht richtig, ein Hund wird zwar nach dem Schuß unruhig, aber niemals laut. —

Die Frage, ob die Angeklagte nochmals in der Nacht aufgestanden und heruntergegangen sei, verneint sie. Sie sei **gegen 8 Uhr durch Fräulein Eue geweckt.** — Angeklagte erzählt hierüber: Fräulein Eue kam mit der Lampe in der Hand und mit schrecklich verweintem Gesicht. Ich dachte erst, den Kindern sei etwas passiert. Da sagte Fräulein Eue: **Der Herr Major hat sich erschossen.** Auf das folgende kann ich mich nicht mehr besinnen, ich **verlor die Besinnung** und verfiel in einen **Schreikrampf.** Davon, daß Fräulein Eue mir dann gesagt habe, der Major sei längst zur Jagd, daß ich aber gar nicht hingehört hätte, sondern nur immer erklärt, man solle ihn mir heraufholen, ich wolle ihn sehen, weiß die Angeklagte nichts. Unwahr ist, daß Göben an mein Bett getreten und ich mit ihm leise gesprochen, insbesondere gleich gefragt habe: war er gleich tot? Wenn diese Worte gefallen wären, hätte sie ja auch Fräulein Eue hören müssen.

Vors.: Richtig ist, Sie haben es immer bestritten. Der Vorsitzende führt dann weiter aus: Als alter Militär erscheint es mir sehr auffallend, daß Hauptmann v. Göben zur Exzellenz hingehen wollte, um Meldung zu erstatten. Das ist doch beim Militär nicht üblich, daß ein Offizier unaufgefordert zur Exzellenz geht, um etwas zu melden. — **Verteidiger Rechtsanwalt Salzmann:** Was soll damit der Angeklagten vorgehalten werden? — **Vors.:** Herr v. Göben hat als seine persönliche Wahrnehmung mitteilen wollen: Ich habe die Frau im Wahnsinn gefunden. Und das ist mir jedenfalls gleich aufgefallen. — **Verteidiger Rechtsanwalt Salzmann:** Ach so, dahinter bin ich allerdings nicht gekommen. — **Vors.:** Natürlich, Sie sind eben nicht Soldat gewesen. — **Verteidiger Rechtsanwalt Bahn:** Diese Vermutung würde aber im Widerspruch mit den Angaben des Hauptmanns v. Göben stehen, er habe niemals etwas gesagt, daß er bei der Angeklagten Irrsinn gefunden habe. — **Vors.:** Es ist ja auch nur eine Vermutung von mir, daß er auf diese Weise vorbeugen wollte. — **Verteidiger Rechtsanwalt Bahn:** Aber eine solche Vermutung kann leicht bei den Geschworenen Eindruck machen. — **Vors.:** Das sollte absolut nicht der Fall sein. Wir werden das alles eingehend durchsprechen. Es soll nichts überstürzt werden und ich bin nicht gewillt, die Angeklagte irgend wie hineinzulegen.

Es bringt dann der Vorsitzende einen

Brief der Angeklagten an ihren Vater

zur Verlesung, der aus dem ersten Jahre ihrer Ehe herrührt. Der Brief lautet: „Lieber Papa! Ich muß Dir etwas Furchtbares

mitteilen. Ich kann nicht mehr bei Gustel bleiben. Es ist das für Dich sehr unangenehm, für mich aber ist es namenlos schrecklich und traurig, denn ich habe kein Heim mehr, keinen Menschen auf der ganzen Erde und überhaupt keinen Halt mehr. Es geht über mein Gefühl, wenn ich bleibe. Denn es ist immer und immer wieder als eine Gnade hingestellt worden, daß ich noch hierbleiben kann und ich danke für diese Gnade. Ich habe eine Dummheit gemacht ohne jede böse Absicht, ohne jemals eine Ahnung zu haben, daß ich so eine Dummheit machen würde. Ich habe auch vor meiner Verheiratung schon Dummheiten gemacht und sie meinem damaligen Bräutigam gebeichtet, weil ich es für anständig hielt und ihn für zu anständig, als daß er je darüber sprechen könnte. Aber es wird mir nicht nur immer wieder vorgeworfen, sondern sogar als triftiger Scheidungsgrund hingestellt. Ich bin an allem schuld, ich bin launisch, eigensinnig. Aber ich habe es auch in der Hand, es nicht zur Scheidung kommen zu lassen. Ich kann aber nicht mehr, lieber Papa. Bitte verzeihe es mir, aber ich kann nicht mehr hier bleiben, um nur aus Gnade geduldet zu werden. Das geht gegen mein Gefühl, alles in mir sträubt sich dagegen an. Meinen Jungen werde ich auch nicht behalten können. Nicht eine Seele. Nichts. Ich werde es auch nicht lange merken, denn ich werde wahnsinnig werden. Bitte gib mir wenigstens etwas Geld, damit ich nicht ganz finke. Aber ich werde ja wahnsinnig . . ." — **Vors.:** Von nun an ist der Brief nur noch schwer zu lesen. Es heißt immer wieder: Ich werde wahnsinnig. Keine Seele habe ich mehr. Ganz allein auf der Welt. Gebt mir Gift, denn ich werde wahnsinnig usw. Zum Schluß wird noch die Frage aufgeworfen: warum muß ich nun wahnsinnig werden? (Zur Angeklagten) Erinnern Sie sich, diesen Brief geschrieben zu haben? Wenn man so einen Brief schreibt, dann hat man ihn doch im Gedächtnis. — **Angekl.:** Ich weiß es nicht. — **Vors.:** Ihr Vater muß doch den Brief Ihrem Mann geschickt haben. — **Angekl.:** Das weiß ich nicht. — **Vors.:** Haben Sie Ihrem Mann erzählt, daß Sie vor der Ehe ganz unschuldige Verhältnisse gehabt haben. — **Angekl.:** Jawohl. — **Vors.:** Hat er Ihnen das vorgehalten? — **Angekl.:** Zuerst nicht, erst später. — Der Vorsitzende überreicht den Brief den Geschworenen.

Einen breiten Raum in der Verhandlung nahm sodann das Durchgehen früherer Aussagen der Angeklagten und der des Hauptmann v. Göben ein. Aus den

Vernehmungen des Herrn v. Göben

leitet die Anklagebehörde die

Hauptbelastungsmomente der Angeklagten

her. Erst morgen wird die Angeklagte auf die „Stimme aus dem Grabe" antworten können. Wir geben die Durchnahme der Protokolle ausführlich wieder. Zunächst geht der Vorsitzende die

erste Vernehmung des Herrn v. Göben

durch. Sie fand am Morgen nach der Tat statt. v. Göben sagte in derselben:

„Ich ging am ersten Feiertag von der Familie Schönebeck direkt nach Hause und kam um ½10 Uhr abends zu Hause an. Ich ging dann noch einmal weg, um etwas zu besorgen, kam aber bald nach Hause zurück. Ich blieb nur etwa 10 Minuten weg. Ich legte mich dann schlafen. Mein Bursche will mich 10 Minuten vor 6 Uhr geweckt haben. Meiner Ansicht nach muß es später gewesen sein. Ich fuhr dann zur Villa Schönebeck. Dort erzählte man mir, **daß der Major sich erschossen habe.** Ich hielt das für unwahrscheinlich, da ein Selbstmord nicht im Charakter des Majors lag. Ich ging dann ins Eßzimmer und sah von dort aus die Leiche des Majors liegen. Als ich in den Hausflur kam, hörte ich Frau v. Schönebeck laut schreien. In der Meinung, es könnte ein Unglück passieren, lief ich direkt in ihr Zimmer hinein. Ich versuchte sie zu beruhigen und schlug ihr vor, mit den Kindern zu der befreundeten Familie des Rittmeisters v. Graetz zu gehen. Die Leiche des Majors sah ich erst wieder bei der gerichtlichen Leichenschau, als ich als Zeuge vernommen wurde. **Meiner Ansicht nach ist der Major von einem Dieb oder Einbrecher erschossen worden,** der es auf das Silberzeug im Salon abgesehen hatte. . . . Ich war manchmal im Hause des Herrn v. Schönebeck auch wenn der Major nicht zu Hause war. Mit Frau v. Schönebeck habe ich nur einmal eine Tour gemacht, im übrigen nur mit der Familie und mit Gästen. In dem einen Fall, in dem ich mit Frau v. Schönebeck allein fuhr, war ursprünglich auch geplant worden, den Major und die Kinder mitzunehmen, was in letzter Stunde aber unmöglich wurde." — Auf die Frage des Kriegsgerichtsrat Conradi, wo er die **drei Schrammen** auf der Nase bekommen habe, antwortete Göben, daß er sich die Schrammen beim Befestigen des Weihnachtsbaumes in der Schönebeckschen Wohnung zugezogen habe. Gegen die **Haussuchung** hatte Göben nichts einzuwenden, er bat sogar darum. — **Vorsitzender:** In dieser Aussage wird ja auch mit dem Gedanken des Diebstahls operiert und der Diebstahl als Silberdiebstahl spezialisiert. Das ist eine **nach der Anklage auffallende Uebereinstimmung,** die beweisen soll, daß Sie Kenntnis von dieser Sache hatten und daß eine vorherige Vereinbarung stattgefunden hat. Was haben Sie dazu zu sagen? — **Angeklagte:** Ich sage, es lag keine vorherige Vereinbarung vor. — Die weitere Vernehmung beschäftigt sich eingehend mit Versuchen v. Göbens, trotz Verbots des Gerichtsherrn, sich der Angeklagten zu nähern. Die Angeklagte hat an Göben damals einen Brief geschrieben, in dem sie eine Zusammenkunft ablehnte. — **Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn:** Können wir denn die Oeffentlichkeit nicht wieder herstellen? — **Vorsitzender:** Ich möchte die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wissen, bis die Vernehmung der Angeklagten beendet ist. Nachher wird in breitester Oeffentlichkeit verhandelt.

Brief von Göben.

Es kommt dann der Brief zur Verlesung, den Hauptmann v. Göben an die Angeklagte abgeschickt hat, der dieser aber nicht ausgehändigt worden war. Hauptmann v. Göben hatte, als die Angeklagte sich im Hause des Rittmeisters v. Graetz befand, diesen gefragt, ob er Frau v. Schönebeck sprechen könne. Als das von ihm verneint wurde, gab er dem Rittmeister den Brief. — **Vorsitzender:** Die Handschrift des Herrn v. Göben kennen Sie ja? — **Angeklagte:** Ja, das ist seine Handschrift. — **Vorsitzender:** Die Vorderseite des Briefes ist an sich abgeschlossen, so daß derjenige, der kein Mißtrauen hat, nicht merkt, daß auf der **Rückseite** auch noch etwas steht. Die **Vorderseite** lautet: „Sehr verehrte gnädige Frau! Mir ist für die Dauer der Untersuchung jeder „intime" Verkehr mit Ihnen untersagt. Deshalb muß ich mich beschränken, Ihnen schriftlich tiefstes Beileid auszusprechen und Ihnen zu danken für Ihre liebenswürdigen Zeilen. Seien Sie versichert, gnädige Frau, daß ich jederzeit bereit bin, Ihnen zu dienen. Ihr sehr ergebener Göben." — **Vorsitzender:** Klappt man nun aber den Brief auseinander, so sieht man, daß noch sehr viel mehr drin steht. Die **Rückseite** lautet: „Gestern vernommen, nichts herausgekommen. Dabei natürlich auf Frage, wie wir ständen, gesagt, freundschaftlich. Hätte nach eigenem Augenschein und Andeutungen von Frau v. Schönebeck Eindruck gehabt, Ehe nicht ganz glücklich. War häufig im Hause, auch wenn Ehemann nicht da war. Auch gesagt, daß ich auf Zimmer gewesen, als Ehemann im Hause war. Weiter gesagt, auch einige Partien mitgemacht, hinzugefügt, eigentlich sollten auch da Bekannte und Kinder mitkommen. Von Herthainsel nichts mitgeteilt. Nach Schrammen an Nase gefragt, gesagt, die hätte neulich beim Tannenbaumputzen gekriegt. Als wahrscheinlichen Grund Einbruchsdiebstahl, auch Silberzeug erwähnt. Bitte baldige Nachricht, wenn ich mich irgendwie geirrt. Erwünscht, Näheres über Ihr Befinden und Aufenthalt." — **Vorsitzender:** Nun, Frau Weber, **auf diesen Brief baut die Anklage sehr viel auf.** — **Angeklagte:** Ich konnte doch nicht zugeben, daß das Verhältnis herauskam. Ich hätte dann sofort auf der Straße gestanden. (Weinend.) Ich wollte zu meiner Mutter nach Görlitz, die mich und die Kinder aufnehmen wollte. Wenn meine Mutter gewußt hätte, daß ich mit Göben ein Verhältnis hatte, dann wäre das unmöglich gewesen. Ich wollte nichts als meine **Frauenehre** retten. — **Vorsitzender:** Aus dem Briefe wird ganz etwas anderes gefolgert. — **Angeklagte** (mit erregter Stimme): Es steht doch nichts drin, was nicht zum Schutz meiner Frauenehre geschrieben wäre. — **Vorsitzender:** Nein, es **steht** mehr drin. Es stehen Andeutungen über die Aussage des **Herrn** v. Göben drin. — **Angeklagte:** Der Brief ist doch ein **Beweis dafür, daß kein Einverständnis zwischen uns bestanden hat,** denn dann brauchten wir uns doch keine Mitteilungen zu machen, dann wäre das Einverständnis doch schon vorher zustande gekommen. — **Vorsitzender:** Es steht doch am Schluß: „Ich bitte um Nachricht, wenn ich mich irgendwie geirrt habe." Da sagt die Staatsanwaltschaft eben, daß deutet auf eine Verabredung hin. — **Angeklagte:** Nein, es bezog sich nur darauf, ob er schon bei mir im Zimmer gewesen ist und es galt doch nur allein, meine Frauenehre zu retten. — **Vorsitzender:** Auf Ihre Frauenehre kommen wir noch. Sie sind doch die Erste gewesen, die Ihre Frauenehre preisgegeben hat, nicht Göben. — **Angeklagte:** Das war aus einem anderen Anlaß geschehen. Kriegsgerichtsrat Conradi sagte zu mir, Sie werden vereidigt, und da sagte ich mir: Um Gotteswillen, Du darfst keinen Meineid schwören. — **Vorsitzender:** Auf diesen Brief kam dann der **Haftbefehl gegen Göben.** — **Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn:** Ich bemerke, daß die Angeklagte die wiederholten Versuche Göbens, sich ihr zu nähern, abgelehnt hat. Wenn sie sich mit ihm hätte verabreden wollen, hätte sie ihn doch bloß zu empfangen brauchen. — **Vorsitzender:** Ich bitte jetzt nicht zu plädieren. — **Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn:** Da hier der Standpunkt der Staatsanwaltschaft hervorgehoben wird, halte ich für nötig, auch das entlastende Moment zu betonen.

Hierauf wird der

Haftbefehl gegen Hauptmann v. Göben

verlesen.

Der Haftbefehl wird begründet damit, daß Hauptmann von Göben dringend verdächtig sei des Mordes, und daß die Gefahr der Verwischung von Spuren sowie der Beeinflussung von Zeugen und etwaiger Mitschuldiger, falsche Aussagen zu machen, bestehe.

Verantwortliche Vernehmung v. Göbens.

Vors.: Nun wurde Hauptmann v. Göben verhaftet und im Arrestlokal am 28. Dezember vom Kriegsgerichtsrat Conradi verantwortlich vernommen. Nach dem Protokoll hat er damals ausgesagt: Ich bestreite, daß meine Beziehungen zu Frau v. Schönebeck über das Maß eines freundschaftlichen Verkehrs hinausgehen; wenn ich auch zugeben muß, daß ich sie lieb habe und schätze. Ich bestreite, versucht zu haben, mich ihr zu nähern, ich wollte mich nur nach ihrem Befinden erkundigen. Ich war Major v. Schönebeck nicht feindlich gesinnt, wenn auch auf Grund der Mitteilungen der Frau v. Schönebeck bei mir eine gewisse Erbitterung gegen ihn herrschte. Ich habe ihr keine Verhaltungsmaßregeln geben wollen. — **Vors.:** Da kommt zum ersten Male die Erbitterung gegen den Ehemann zutage. — Weiter wird ein Brief verlesen, den Hauptmann v. Göben einen Tag später an Kriegsgerichtsrat Conradi geschrieben hat, in dem er seine Angaben zu ergänzen sucht.

Erste Vernehmung der Angeklagten.

Vors. (zur Angeklagten): Als nun Göben verhaftet war, wurden Sie am 29. Dzember, also einen Tag nach der Beerdigung, als Zeugin vernommen. Wissen Sie, was Sie da gesagt haben? — **Angekl.:** Nein, daran habe ich keine Erinnerung; ich wußte auch gar nicht, weshalb ich vernommen wurde. Mir war nicht gesagt worden, daß Göben verhaftet war. — **Vors.:** Das mußte Ihnen gesagt werden, denn es entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Da sagten Sie wieder: „Wer meinen Mann erschossen hat, davon habe ich nicht die geringste Ahnung. Wenn nicht ein Dieb in Frage kommt, kann ich mir nicht denken, wer es gewesen sein sollte." Es mußte Ihnen doch da aber schon der Gedanke an Hauptmann v. Göben auch aufgestoßen sein. — **Angekl.:** Ich habe nur den einen Gedanken gehabt, meine Frauenehre zu retten. — **Vors.:** Ist Ihnen denn gar kein Verdacht gegen Hauptmann v. Göben aufgestoßen? — **Angekl.:** Nein, ich dachte nur daran, daß meine Beziehungen zu ihm nicht herauskommen. — **Vors.:** Sie haben doch aber in Ihrer Vernehmung den Verdacht wegen des Diebstahls noch weiter ausgesponnen und ein Mädchen als verdächtig bezeichnet. Auch von einem Silberdiebstahl haben Sie dabei gesprochen. — **Angekl.:** Das alles weiß ich nicht mehr.

v. Göbens Geständnis.

Am 31. Dezember wurde nun Hauptmann v. Göben wiederum verantwortlich vernommen und legte an diesem Tage zum erstenmal ein zusammenfassendes Geständnis ab. In diesem Geständnis gibt Hauptmann v. Göben an, daß er Frau v. Schönebeck von Anfang an geliebt habe, ohne sich dessen bewußt zu sein. Er habe sie täglich immer mehr geliebt und habe sich bestrebt, sie aus den unglücklichen Banden zu befreien. Sie habe ihm fortgesetzt Mitteilungen gemacht über Mißhandlungen von seiten ihres Mannes, denen er selbstverständlich Glauben schenkte.

Hauptmann v. Göben fährt dann fort: Ich habe die Absicht gehabt, Frau v. Schoenebeck später zu heiraten, wenn die Ehe geschieden war. Ich war mir wohl bewußt, daß es dann mit meiner Karriere aus sein würde. Aber sie sagte mir immer wieder, sie könne es nicht länger aushalten, sie würde sonst fortlaufen. Alle paar Tage sagte sie das. Ich faßte darauf den Entschluß, Major v. Schoenebeck auf der Jagd mit der Waffe in der Hand zur Ehescheidung zu zwingen. Im Weigerungsfalle wollte ich ihn nötigenfalls niederschießen. Frau v. Schoenebeck wußte davon und war damit einverstanden. Sie drängte aber immer, sie könne es nicht länger aushalten. Sie erklärte, sie sei damit einverstanden, daß es in der Wohnung stattfinde. Diese letzte Unterredung fand einige Tage vor Weihnachten statt. Ich war Weihnachten bei der Familie Schoenebeck zu Besuch. Frau v. Schoenebeck sah mich den ganzen Abend bedeutungsvoll an; ich merkte, was sie von mir haben wollte. Sie sagte: Mach, was Du willst, aber ich will nichts davon wissen. Ich selbst faßte dann den Entschluß, die Tat auszuführen. Ich schnitt den Bindfaden am Fenster durch, um mir Eingang zu verschaffen, und wollte ins Schlafzimmer dringen, mir von Major v. Schoenebeck die schriftliche Versicherung geben lassen, daß er mit der Ehescheidung einverstanden sei. Ich war mir bewußt, daß Major v. Schoenebeck stets eine geladene Waffe bei der Hand hatte. Ich ging am ersten Weihnachtstagabend nach Hause, dort kämpfte ich noch mit mir. Dann dachte ich aber wieder an die arme Frau und ihre unglückliche Lage, und ich faßte deshalb den Entschluß, die Frau zu befreien. In einem **Zustand halber Raserei** verließ ich meine Wohnung und ging in die Wohnung des Majors v. Schoenebeck. Auch hier lief ich noch lange Zeit auf und ab und kämpfte mit mir, bis ich mich entschloß, die Tat auszuführen. Der Gedanke, am nächsten Tage vor Frau v. Schoenebeck hintreten zu müssen und die Tat nicht ausgeführt zu haben, siegte und zwang mich, zum Schoenebeckschen Hause zurückzukehren. Der Major hörte mich, er öffnete das Schlafzimmer und erhob sofort die Waffe gegen mich. Ich sah an seinen Gesichtszügen, daß er abdrücken wollte. In diesem Moment, während ich die Worte sprach: „Herr Major", erhob ich die Pistole und drückte ab. Der Major brach sofort zusammen. Ich sah, daß er tot war. Das war zwischen 3 und ¾4 Uhr. Frau v. Schoenebeck wußte **nicht** bestimmt, daß ich in dieser Nacht die Tat ausführen würde, aber sie konnte es ahnen. Meiner Ansicht nach hat sie den Schuß gehört, denn sie sagte am nächsten Morgen zu mir, sie leide schon seit 4 Uhr. — **Vorsitzender:** Das ist das **erste Geständnis Göbens.** Von dem **Schwur unterm Tannenbaum** und von vielen anderen Abweichungen ist **hier noch nicht die Rede.** Hauptmann v. Göben wurde, wie auch die Angeklagte, später der Irrenanstalt Kortau zur Beobachtung überwiesen. Er hat auch dort eingehende Bekundungen über die Tat gemacht. Frau Weber, was sagen Sie nun zu diesem Geständnis? — **Angeklagte** (sichtlich erregt, nach langer Ueberlegung): So weit ich folgen konnte, ist einiges richtig, einiges nicht richtig. Der **Vorsitzende** hält der Angeklagten vor, daß es in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Göbenschen Geständnisses und des noch folgenden Teiles ihrer Vernehmung wohl doch richtiger sei, abzubrechen und erst am Freitagmorgen fortzufahren.

Die Sitzung wurde darauf auf heute vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Frau mit zwei Männern

mußte sich gestern in der Person der Frau Josefa **Szay** unter der Anklage der **Bigamie** vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Die jetzt in den fünfziger Jahren stehende Angeklagte heiratete vor etwa 30 Jahren einen gewissen Stender, welcher nach fünfjähriger Ehe plötzlich verschwand und seitdem unauffindbar war. Nach 15jähriger Wartezeit, in welcher die Angeklagte immer noch getreulich auf die Wiederkehr des Verschollenen wartete, erfuhr sie eines Tages auf dem Jahrmarkt in Groß-Wartenberg, daß ihr Ehemann verstorben sei. Nachdem sie nochmals zehn Jahre gewartet hatte, ging sie mit ihrem jetzigen Ehemann Szay eine neue Ehe ein. Die eigentliche Veranlassung dazu war, daß sie während ihrer unfreiwilligen „Witwenzeit" mehreren Kindern das Leben gegeben hatte und sie vom Vormundschaftsgericht aufgefordert wurde, den Vater dieser Kinder zu heiraten. Eines schönen Tages — nach 25 Jahren — langte der angeblich verstorbene Ehemann gesund und munter wieder in seinem „Heim" an, in welchem sich inzwischen recht erhebliche Veränderungen vollzogen hatten. Als er seine ehelichen Rechte geltend machen wollte, wurde er von dem „Manne seiner Frau" an die frische Luft gesetzt. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagte der Doppelehe für schuldig und beantragte 8 Monate Gefängnis. Das Gericht nahm jedoch an, daß die Angeklagte, als ihr vom Vormundschaftsgericht nahegelegt wurde, den Vater ihrer Kinder zu heiraten, bei ihrem niederen Bildungsgrade geglaubt habe, daß keine gesetzlichen Hinderungsgründe zur Eingehung einer neuen Ehe beständen. **Das Urteil** lautete deshalb auf **Freisprechung.**

Diebereien in Uniform.

Ein Postbeamter, der in seiner vollen Uniform nächtliche Raubzüge ausgeführt hatte, mußte gestern seine recht umfangreichen Diebereien mit einer empfindlichen Strafe büßen. Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls waren der frühere Postbote **Ewald Schröder** und der Produktenhändler Hermann **Schmidt** angeklagt, während sich die Ehefrau Frida **Schröder** wegen Hehlerei zu verantworten hatte. Im Februar und März d. J. liefen bei der Polizeibehörde zahlreiche Anzeigen aus dem Westen Berlins, hauptsächlich auch aus **Charlottenburg** ein, in welchen Diebstähle von messingenen und kupfernen Türschildern gemeldet wurden. So wurden unter anderem mehrere Messingschilder bei dem griechischen Generalkonsulat, bei dem Regierungsbaumeister Dernburg, bei dem Professor Dr. Hammerschlag gestohlen. In einer Nacht wurden nicht weniger wie zwanzig derartige Schilder entwendet, die gewöhnlich nur leicht mit einigen Schrauben befestigt waren. Als Diebe wurden schließlich die beiden Angeklagten Schröder und Schmidt ermittelt. Schröder, der zuletzt auf dem Postamt 37 beschäftigt war, hatte die Diebstähle, um recht unauffällig und sicher arbeiten zu können, in seiner vollen Briefträgeruniform verübt. Die Messingschilder wurden dann von Schmidt eingeschmolzen und für 35 Pf. pro Pfund als Altmetall weiter verkauft. Schröder wurde ferner noch beschuldigt, Briefe und Pakete, mit denen er in seiner amtlichen Tätigkeit in Berührung kam, unterschlagen zu haben. Das Gericht hielt es für angebracht, gegen Schröder eine empfindliche Strafe zu verhängen und auch auf längeren Ehrverlust zu erkennen, da er sich nicht gescheut habe, seinen Beamtenrock als Deckmantel für seine Straftaten zu benutzen. Gegen ihn lautete das Urteil auf **2 Jahre Gefängnis** und 3 Jahre Ehrverlust und gegen **Schmidt** auf **1½ Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Die Frau Schröder wurde freigesprochen.**

Vermischtes.

Gefährliche Nachbarschaft.

Zu der Explosion in der Pulverfabrik in Dahlerbrück, über die wir in der Dienstagnummer berichteten, wird uns geschrieben: Die Explosion erregt die Gemüter in der Gegend von Hagen und Lüdenscheid in Westfalen auf das lebhafteste. Die gesamte Presse fordert schleuniges Eingreifen der Behörde, da eine Unmenge Pulver durch die Entfernung der Dächer der zur Pulverfabrik gehörigen Schuppen jetzt frei liegt und 80 Meter davon die stark benutzte Eisenbahnstrecke vorbeiführt! Schon seit Jahren wird von den Bewohnern, die mit den Verhältnissen vertraut sind, das Verlangen nach Beseitigung dieser Pulverfabrik erhoben. Früher, vor etwa 150 Jahren, als diese Fabrik errichtet wurde, ging durch das Volmetal noch nicht die Chaussee und natürlich auch keine Eisenbahn. Jetzt hat sich daselbst nicht nur ein starker Verkehr entwickelt, sondern auch die Menschen haben sich zahlreicher angesiedelt. Mehr als 80 Personenzüge und eine fast gleichgroße Anzahl Güterzüge fahren Tag und Nacht talaufwärts nahe an der Pulverfabrik vorbei!! Die Hauptstraße ist gar nur 50 Meter von diesem gefährlichen Betriebe entfernt. Vor zehn Jahren, am 1. Juni 1900, ist der Pulvertrockenraum, der jetzt ohne Dach mit vielen Zentnern Pulver stehen geblieben ist, mit neun Arbeitern in die Luft geflogen. Wenn von einer Lokomotive aus ein Fünkchen in das Pulver fliegt, ist unermeßliches Unheil zu befürchten. Es kommt hinzu, daß seit 14 Tagen täglich Gewitter durch die Gegend ziehen.

Noch keine Bergung des „Pluviose".

Der Einschleppung des gesunkenen Unterseebootes in den Hafen von Calais stellen sich immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Am Mittwoch war es den Tauchern gelungen, den „Pluviose" mit acht Ketten an den Schleppschiffen zu befestigen. Jetzt hat die Strömung zwei dieser Ketten zerrissen, mehrere andere haben sich verwickelt. Es wird daher wohl noch einige Tage dauern, bis es gelingt, das Tauchboot einzuschleppen.

Wer da hat, dem wird gegeben.

Ein Rentier in Mentone, der vor einigen Jahren starb, hat sein gesamtes Vermögen den Gebrüdern Rothschild in Paris vermacht. Wie die französischen Zeitungen melden, handelt es sich bei der Erbschaft um die Kleinigkeit von sieben Millionen Franks.

Ein brennender See.

Unbekannte Täter durchbohrten in der Nähe der Station Notanebý der transkaukasischen Eisenbahn das Rohr der Petroleumleitung, um Petroleum zu entwenden. Das ausrinnende Petroleum bildete einen See, den die Uebeltäter anzündeten. Das Feuer nahm eine große Ausdehnung an, umfing den Eisenbahndamm und zerstörte die Bahnbrücke. Der Verkehr mußte infolgedessen eingestellt werden. Aus Batum wurden Arbeiter für die Löscharbeiten und die Wiederherstellung der Brücke entsendet.

Kleine Notizen.

Vom Blitz erschlagen wurde ein auf einem Felde arbeitender Knecht aus Hohendodeleben bei Magdeburg. Zwei andere Arbeiter wurden betäubt. — Auch in Welschingen bei Konstanz wurde ein Knecht vom Blitzstrahl getötet, als er vom Felde heimkehrte.

Bei einem Uebungsmarsch im südtirolischen Grenzgebiet versagte beim Herunterfahren von einem Abhange die Bremse eines Artilleriefahrzeuges. Der Wagen fuhr gegen eine Mauer und stürzte um. Ein Soldat wurde hierbei getötet, während andere schwer verletzt wurden.

Ein Dementi. Die Nachricht, daß ein Wirbelsturm einen Teil von Sardinien verwüstet habe, wird von der italienischen Regierung für unrichtig erklärt.

Beraubte Post. Unweit der russischen Stadt Bjelsk wurde ein Postwagen von Räubern überfallen. Nachdem die begleitende Mannschaft getötet war, raubten die Täter 55 000 Rubel.

Abgestürzte Touristen. Wie die Blätter aus Innsbruck melden, ist bei einem Gesellschaftsausflug auf den Schrammacher die Tochter eines Bankdirektors abgestürzt. Am Gamsfanger im Kaisergebirge stürzte der Münchener Student Ludwig Szapinski ab. Beide erlitten schwere Kopfverletzungen.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr. — Wiederum gelangt eine stattliche Reihe von Urlaubsanzeigen zur Verlesung.

Die erste Beratung des Entwurfes einer

Lustbarkeitssteuerordnung

wird fortgesetzt.

Stadtv. Ladewig (N. L.): Die große Mehrheit meiner Freunde steht der Vorlage unfreundlich gegenüber und wünscht ihre Ablehnung. Ihre Annahme würde für ganze Klassen der Bevölkerung den Ruin darstellen, für andere große Klassen eine schwere Belästigung bedeuten. An sich hat der Gedanke der Lustbarkeitssteuer etwas Verlockendes. In Paris werden seit napoleonischer Zeit Abgaben von denjenigen, die sich ein Vergnügen leisten können, für die Armenkasse erhoben. Aber liegen die Dinge bei uns analog wie in Paris? Ein Fachmann wie Antoine hat behauptet, daß zahlreiche Pariser Theater an der Billettsteuer zugrunde gegangen sind. Wir leben nicht in Frankreich, wir leben in Deutschland; wir wissen, daß die Münchener Theaterdirektoren über ihre Billettsteuer sehr skeptisch denken. In Berlin vollends sind die Theaterdirektoren zum großen Teil nicht auf Rosen gebettet; sie fristen die Existenz ihrer Institute nur noch durch Vereinsbilletts zu ermäßigten Preisen. Um der Misere ein Ende zu machen, wollen sie die Vereinsbilletts aufhören lassen; die Lustbarkeitssteuer stürzt das alles wieder über den Haufen! Viel schlimmer noch steht es um die Saalbesitzer, denen die wunderbare Pauschalsteuer zugedacht ist, die sie absolut nicht abwälzen können. Viele Saalbesitzer werden die Musik, die sie bisher ihrem Publikum boten, aufhören lassen müssen und damit ihre Gäste und ihre Einnahmen verlieren. **Steuerprojekte mit solcher Wirkung finde ich geradezu himmelschreiend.** Was für andere Städte paßt, braucht noch lange nicht für Berlin zu passen. Auf der Frankfurter Allee z. B. würden die Saalbesitzer auf der einen Seite die Steuer zu zahlen haben, auf der anderen nicht. Und die Frage der königlichen Theater muß doch auch ernsthaft erörtert werden. Können wir die Intendanz zur Erhebung der Steuer zwingen? Das wird nicht der Fall sein, weil der König, dem die Theater gehören, steuerfrei ist. (Die Unruhe im Saal hält an und wird immer stärker.) Sollte uns wirklich eine Konzession gemacht werden, die Rechnung würde uns alsbald präsentiert werden bei der Uebernahme der Alten Oper durch die Stadt. (Sehr gut!) Auch die Rechnung auf die Fremden hat ein Loch; der größte Teil des Aufkommens der Steuer wird von Berlinern aufgebracht werden müssen. (Der Vorsteher sucht wiederholt Ruhe zu schaffen.) Unter den vielen Eingaben gegen die Steuer befindet sich auch eine des Berliner Handwerkervereins, der von ihr seinen Ruin und die Entwertung seines Grundstückes befürchtet; in diesem wie in zahlreichen anderen Fällen würden schließlich die Hausbesitzer die einzig Leidtragenden sein. Die Tatsache, daß der Kämmerer eine Bibliothek steuer vorgeschlagen hat, fordert zu der Erklärung heraus, daß ein solches **kulturfeindliches Attentat** bei uns auf Entgegenkommen nicht rechnen kann; dasselbe muß von der Lustbarkeitssteuer gelten: **Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht!** (Großer Lärm.)

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortschr.): Daß die Theaterdirektoren Gegner der Steuer sind, bedeutet nicht mehr, als daß die Terrainspekulanten Gegner der Wertzuwachssteuer sind. Daß die Steuer nicht abwälzbar sein soll auf das Publikum, hat Herr Ladewig behauptet, aber nicht bewiesen. Ich bedaure sehr, daß ich jetzt mit dem Kollegen Heimann auseinandergehen muß, mit dem ich Arm in Arm bisher für die durchaus indirekte Wertzuwachssteuer gewirkt und gekämpft habe. Der Resolution von 1905 entspricht das heutige Steuerprojekt nicht; wir haben also freie Hand, denn es ist hier von Freilassung der gemeinnützigen Bestrebungen und der billigeren Plätze keine Rede. Auch der Zeitpunkt ist heute erheblich ungünstiger als der von 1905. Wie die Vorlage liegt, scheint sie auch mir nicht annehmbar. Wir können die Vorlage nicht ohne Ausschußberatung ablehnen, weil sie zur Zeit die einzige neue Einnahmequelle darstellt, die für die Stadt noch disponibel ist. Die Theaterbillettsteuer allein würde durchaus nicht so abschreckend wirken wie in der Verbindung mit der Besteuerung aller Lustbarkeiten überhaupt. Eine Theaterbillettsteuer ist keine Gefährdung der Kunst oder Kultur, sondern kann unter Umständen eine sehr erzieherische Wirkung haben. Die Frage der königlichen Theater ist keine Frage (Zustimmung und Widerspruch); das Kommunalsteuergesetz gibt für deren Steuerfreiheit absolut keine Handhabe. Eine Besteuerung der Privattheater bei Steuerfreiheit der Königlichen ist für uns alle unannehmbar. Der Ausschuß wird den Entwurf umzuarbeiten haben; das ist schwierig und nicht so bequem, wie „das Scheusal in die Wolfsschlucht zu werfen", aber es entspricht unserer Pflicht. Es wird schließlich nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): **Noch recht viel solche gegnerischen Reden wie die des Herrn Ladewig, und der „Sieg" der Steuer ist entschieden.** Seine Gegengründe widersprechen sich alle untereinander. Wir sind mit ganz wenigen Ausnahmen grundsätzliche Anhänger der Lustbarkeitssteuer. Wir kriegen aus dieser eine dauernde, nicht unerhebliche, wahrscheinlich auch dauernd steigende Einnahme, und das brauchen wir in erster Linie; wir müssen auf alles die Hand legen, was wir einnehmen können. Ob indirekte Steuer oder nicht, ist hier ganz unerheblich. Gegen die Billettsteuer habe ich kein Bedenken, wenn sie richtig und mit richtigen Sätzen konstruiert wird. Daß Theaterdirektoren, Grundbesitzer, selbst Wirte dagegen sind, ist doch selbstverständlich. Die Pauschalsteuer soll offenbar die Umgehung der Billettsteuer verhindern; hier wird man die Vorlage so modifizieren müssen, daß nicht die Unternehmungen, sondern die Privatpersonen von der Steuer getroffen werden. (Zuruf: Keine Ahnung von der Praxis!) Von diesem Standpunkt aus löst sich auch die Frage der Königlichen Theater ganz glatt; wir besteuern ja nicht den Unternehmer, in diesem Fall den König, sondern denjenigen, der das Billett kauft. Wir werden alles tun, die Steuer zur Verabschiedung zu bringen. Das geht nicht ohne Ausschußberatung, und vor den Ferien werden wir damit leider nicht fertig. (Beifall und Zischen.)

Stadtv. Feuerstein (N. L.): Sollten nur die Theaterbilletts besteuert werden, dann hätte der Kämmerer die Vorlage gar nicht erst eingebracht. Wenn Sie die großen Bälle besteuern würden, die die oberen Zehntausend besuchen, da würde ich sofort dabei sein. Aber der Mittel- und Arbeiterstand kann die Lustbarkeitssteuer nicht tragen. Ueberall, wo Musik ist in den Lokalen, und sie muß heute sein, sonst kommen die Inhaber gar nicht mehr durch, soll jetzt auch Steuer bezahlt werden. Die kleinen Cafés, die kleinen Kinematographentheater werden ruiniert. Ich unterschreibe Wort für Wort fast alles, was Kollege Heimann Ihnen gesagt hat, denn er hat Ihnen mehr oder weniger die Wahrheit gesagt. (Große Heiterkeit.) Die Gastwirte und die Grundbesitzer werden die Steuer tragen müssen. Schon jetzt stehen 1500 bis 1600 Lokale in Berlin leer, die werden sich um tausende vermehren, wenn die Steuer eingeführt wird. Wir sind doch nicht dazu da, unsere Mitbürger zu ruinieren. Und wie soll das werden mit der Steuer nach dem Raumgehalt, nach den Kubikmetern in den Sälen? Welche Steuerschererei! Man wird für das neue Beamtenheer ein neues kleines Rathaus brauchen. (Heiterkeit.) Die größeren und die kleinen Vereine, deren Mitglieder sich nach mühseliger Arbeit einmal ihres Lebens freuen wollen, die sollen besteuert werden! Die Steuer ist so ungeheuerlich, wie gar keine andere Steuer sein kann; Hunderte und Tausende von Existenzen werden von ihr ruiniert werden. (Beifall und Unruhe.)

Stadtv. Haberland (A. L.): Die Vorlage von 1906 wurde abgelehnt, weil die städtischen Finanzen eine neue Steuer nicht notwendig machten. Wir wollen also nur Steuern haben, wenn die Finanzlage der Stadt es unbedingt fordert. Diese Notwendigkeit liegt jetzt entschieden vor. Eine unverantwortliche Uebertreibung ist es aber, wenn Herr Heimann von einer Prohibitivsteuer auf Kulturveranstaltungen spricht. Gehen Sie doch einmal in den „Lunapark" hinein und sehen Sie sich die Leute an, die da das Gros bilden. Ich wollte auch einmal mit der Berg- und Talbahn fahren, aber da standen dreihundert Mann davor, nicht die „jeunesse dorée", sondern Leute, die zum großen Teil Angehörige der Arbeiterklasse waren und solche, die kein höheres Einkommen haben. Bei den Theaterkarten ist nicht bloß der Kassenpreis maßgebend, denn es gibt auch Vorverkaufsgebühren und einen sehr florierenden Billetthandel. Im Opernhaus ist von 1870 bis 1910 der Preis eines Parquetplatzes von 3,50 M. auf 8 M., im Schauspielhaus von 2,50 M. auf 6 M. gestiegen; ähnlich ist es bei den übrigen Plätzen, auch bei den billigen. (Stadtv. Hoffmann: Und doch müssen wir 1½ Millionen Zuschuß leisten!) Die sogenannte Trampellage — das wird auch Sie interessieren, Herr Hoffmann (Heiterkeit), ist von 1 M. auf 1,50 M. erhöht worden. Bei solchen Preissteigerungen ist eine Billettsteuer von 50 Pf. wahrlich keine Gefährlichkeit; sie wird vom Publikum gern getragen werden (!!!) **Für die Kunst etwas zu tun, hat die Stadt Berlin nicht nötig (!!!)**; in einem Raum, auf dem sich drei Millionen zusammendrängen, unterhalten sich solche Dinge von selbst. Es ist auch keine kommunale Aufgabe, für die Vergnügungen der Bevölkerung zu sorgen. Auch die Vororte werden diese Steuer einführen. Steuern gleichen einem Infektionsbazillus; das haben wir an der Wertzuwachssteuer gesehen. Daß für jeden Phonographen Steuer gezahlt werden soll, scheint auch uns übertrieben. Die Gastwirte haben noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, und wir sind geneigt, im Ausschuß Erleichterungen für sie zu erwägen. Herrn Heimann danke ich besonders für das wohlwollende Interesse, das er den Hausbesitzern bewiesen hat; ich hoffe, daß er mit seinen Freunden auf diesem Wege fortschreiten wird. (Heiterkeit.) Ich betrachte die Steuer als eine bittere Pille, aber wir werden sie so umformen können, daß sich die Bevölkerung nicht den Magen dran verdirbt. (Beifall.)

Stadtv. Borgmann (Soz.): Die Vorlage ist sehr schnell an uns herangekommen und scheint auch im Magistrat so übers Knie gebrochen worden zu sein, daß nicht einmal die **zuständige Verwaltungsdeputation** gehört worden ist. (Hört! hört!) Wäre das geschehen, so wären zahlreiche Mängel in der Vorlage nicht enthalten gewesen. Ich glaube, gegen ein solches Verfahren Verwahrung einlegen zu müssen. Die Vorlage verwies darauf, daß nur wenige der dem Städtebund angeschlossenen Städte keine Lustbarkeitssteuer erheben; man hätte uns aber doch auch sagen sollen, welche Gemeinden sie haben und welche Steuerzuschläge dort erhoben werden. Eine Gemeinde, wie Berlin, die nur 100 Proz. Zuschlag erhebt, braucht mit einer solchen Steuer **nicht bedacht zu werden**, um so weniger, als der ganze Zweck der Steuer nur ist, die 100 Proz. nicht zu überschreiten. Das will man nicht, um nicht den Einspruch der staatlichen Aufsichtsinstanz in die Etatsgestaltung herbeizuführen. Die Behörde, die das tut, würde doch auch in demselben Augenblick eine **schwere Verantwortung** für die Führung des Gemeinwesens übernehmen; die Regierung hat ja auch schon durch ihr Anleihegenehmigungsrecht genügenden Einfluß in dieser Richtung.

Unser **Beamtenheer** müßte bei der neuen Steuer **bedeutend vermehrt werden**; das ist bei den ungemein detaillierten Einzelvorschriften unumgänglich. Erheben wir einen Zuschlag zur Einkommensteuer, so brauchen wir dazu keinen einzigen Beamten mehr; wir brauchten keinen Pfennig mehr auszugeben, wenn wir diese 2 Millionen auf dem Wege des Zuschlags einzögen. (Stadtv. Schulze: „Kommt noch!") Nun, da sollten wir uns doch **erst recht vor einer solchen Lustbarkeitssteuer hüten!** Ist es so absolut sicher, daß von der Steuer auch die Königlichen Theater betroffen werden? Wir sehen doch, daß der Minister **Eingemeindungen nicht genehmigt**, bevor sich die betreffenden Orte mit den Kreisen auseinandergesetzt haben, obwohl ein oberverwaltungsgerichtliches Erkenntnis diese Praxis verwirft. Alle Machtmittel, die der Staat und die Aufsichtsinstanzen in der Hand haben, werden angewendet werden, um diese Heranziehung der Königlichen Theater zu verhindern.

Der Kämmerer erwartet einen hohen Betrag von der Steuer. Von den teuren Billetts ist der nicht zu erwarten, sondern erst recht von den **kleinen Unternehmungen**, von dem kleinen Mann; es wird da gehen, wie es bei der Fahrkartensteuer kommen wird: Soll sie etwas Ordentliches bringen, dann muß auch die **vierte Klasse dran glauben**, und so wird man auch hier die vierte Klasse der Lustbarkeiten belasten. Wenn wir das Interesse der Bürgerschaft, namentlich der **kleinen Geschäftsleute**, schützen, so schützen wir auch das

Interesse der Allgemeinheit.

Wir befinden uns durchaus auf dem rechten Wege, wenn wir die Bürgerschaft vor der Vexation mit einer solchen Steuer, die eines großen Gemeinwesens, wie Berlin, durchaus unwürdig ist, bewahren. (Große Unruhe.) Mit Rücksicht auf alle diese Erwägungen werden wir auch **gegen Ausschußberatung** stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirschner: Der Magistrat soll zu rasch, nach einem andern Redner zu langsam gearbeitet haben; wir können es nicht allen recht machen. Wir haben die Steuerdeputation nicht gehört, weil es sich nicht um etwas Neues handelt, sondern nur um die Erneuerung einer altbekannten Vorlage. Die Details werden Sie ja gewiß in einem Ausschuß noch prüfen. Den Nachweis des Bedürfnisses haben wir geführt; von keiner Seite ist widersprochen worden. Es fragt sich nur, was zweckmäßiger ist, diese Steuer oder eine andere. Eine andere als die Einkommensteuer kann nicht in Frage kommen. Für die Erhöhung der Einkommensteuer spricht ja vieles, und lebten wir nicht in den Verhältnissen von Groß-Berlin, so würde ich damit nicht gezögert haben. Aber unter den tatsächlichen Verhältnissen ist eine Ueberspannung über die hundert Prozent so bedenklich, daß wir erst dazu greifen dürfen, wenn alle andern Mittel erschöpft sind. Von einem großen neuen Beamtenheer kann keine Rede sein. Die Erhebung der Billettsteuer ist außerordentlich leicht. Die Russen, Amerikaner, Engländer, die unsere Theater und Konzerte besuchen, auf die macht unsere Steuer keinen Eindruck. Den Interessenten verdenke ich gar nicht, wenn sie ihr Interesse wahrnehmen; aber augenscheinlich ist so viel Einseitiges untergelaufen, so viel übertrieben, daß es recht schwer sein wird, herauszuschälen, was sachlich der Berücksichtigung bedarf. Im Ausschusse wird der Magistrat bemüht sein, berechtigte Interessen soweit wie möglich noch zu schonen. (Beifall.)

Stadtv. Wilke (Soz.): Ich habe in der Vorlage lange nach der Begründung gesucht; aber es stand nur drin: **wir brauchen Geld, und andere Städte haben die Steuer auch!** Ja, die haben sie vor der sog. Finanzreform unter Dach gebracht; heute würden sie kaum noch wagen, sie vorzulegen. Was hat denn in Wirklichkeit die Finanzreform gebracht? Wenn der Kollege Mommsen von dem Betriebe der **kleinen Gastwirtschaften** so viel verstände wie von den Bankgeschäften, dann hätte er eine **andere Meinung vertreten.** Er erklärt die Abwälzung für leicht; auf seinen Beweis warten wir immer noch. Wer im praktischen Leben drin steht, weiß es besser. Ein mittlerer Gastwirt mit einem Saal von 300 Quadratmeter Fläche wurde durch die Finanzreform im Reiche und in Preußen mit der Biersteuer, der Zündholzsteuer, den Stempelsteuern für dreimal wöchentlich Tanz, Verlängerung der Polizeistunde usw. und mit der erhöhten Branntweinsteuer im ganzen mit 2200 Mk. **belastet.** Und nun kommen Sie — „ein Unglück kommt nie allein" und „wer nichts hat, dem wird auch noch genommen, was er hat" — mit Ihrer Lustbarkeitssteuer, die ihm weitere 3700 Mk. jährlich kostet! Meinen Sie, daß sich das so im Handumdrehen abwälzen läßt? Mancher wirds versuchen, aber da muß er es schon verflucht schlau anfangen, sonst geht es ihm, wie bei der Biersteuer, an den Kragen.

Ja, Herr Mommsen, gehen Sie mal da in diese Kreise hinein, es wird Ihnen nicht schaden. (Große Heiterkeit.) Mit dieser neuen Last wollen Sie einen Stand treffen, der schon so schwer zu kämpfen hat? Soviel Anstandsgefühl traue ich Ihnen zu, Sie würden das unter anderen Umständen nicht tun; aber es fehlt nun einmal das Geld, und das genügt Ihnen. Wollen Sie wirklich den Leuten, die doch am Tage ihre **Arbeitskraft Ihnen zur Verfügung stellen (Unruhe), das bißchen Fröhlichkeit auch noch um ein paar Pfennige verderben?** Ich gebe Ihnen den guten Rat: Werfen Sie das Ding in die Wolfsschlucht. **Wer dafür stimmt, den werden die Wähler hoffentlich nachwerfen.** (Große Unruhe; Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In namentlicher Abstimmung wird der **Antrag auf Ausschußberatung** mit 58 gegen 40 Stimmen angenommen.

Mit Ende 1910 läuft die Wahlzeit der **unbesoldeten Stadträte** Mielenz, Rast, Rumschöttel, Selberg, Wagner, Dr. Weigert und Dr. Wiemer ab. Es wird beschlossen, die Vorbereitung der Neuwahl dem Ausschusse zu übergeben, der für die Vorbereitung der Neuwahl eines besoldeten und eines unbesoldeten Stadtrats bereits besteht.

Die übrigen Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt und die öffentliche Sitzung nach ½9 Uhr geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Heiratsschwindler.

Das Geschäft der Heiratsschwindler blüht trotz aller Warnungen, die durch viele Gerichtsverhandlungen heiratslustigen und vertrauensseligen Personen weiblichen Geschlechts erteilt werden, unvermindert weiter. In recht ausgedehntem Maße ist auf diesem Gebiet der Selterwasserfabrikant Oscar Schulz tätig gewesen, der gestern wegen 5 Fälle des Heiratsschwindels vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow, stand. Seinetwegen ist eine wohlhabende Hausbesitzerin in Tegel in große Ungelegenheiten gekommen. Sie war zu einer Zeit, als der Angeklagte mit einer anderen „Braut" in feste Verbindung getreten war, auf Grund einer Heiratsannonce in Beziehungen zu dem Angeklagten gekommen, war mit ihm in Theater, zu Kempinski usw. gegangen und ist, als das Strafverfahren gegen den Angeklagten eingeleitet worden war, vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Dabei hat sie aus Schamgefühl einige unzutreffende Aussagen gemacht und ist nun in der üblen Lage, daß ein **Verfahren wegen wissentlichen Meineids** gegen sie eröffnet worden ist. Der Angeklagte war zweimal verheiratet; die erste Frau, von der er vier Söhne hat, ist gestorben, von der zweiten ist er geschieden. Er hat mit einer kleinen Selterwasserfabrik sich langsam emporgearbeitet, so daß er schließlich Besitzer eines Hauses in der Exerzierstraße wurde. Dann entdeckte er, wie er behauptet, im Harz am Fuße des Ilsenstein eine „wunderbare" Quelle und ging mit einem gewissen Katz zusammen, mit dem er die **„Prinzeß Ilse-Quelle, Harzer Sauerbrunnen G. m. b. H."** begründete. Er kam mit seinem Sozius in Differenzen, ging mittellos aus dem Geschäft heraus und mußte auch sehen, daß das Haus in der Exerzierstraße zur Subhastation kam. Während die Ehescheidungsklage, die seine Ehefrau gegen ihn eingeleitet hatte, noch schwebte, suchte er schon nach einer anderen weiblichen Person, mit der er angeblich eine Ehe schließen wollte. Seine Heiratsannonce, welche er erließ, klang sehr seriös und für ältere Jungfrauen und Witwen so verlockend, daß er tagelang mit dem Sortieren der Bewerbungen zu tun hatte, die ihm darauf zugingen. Die Annonce lautete: „Witwer mit sehr einträglicher Fabrik, mit ausgeprägtem Sinn für **traute Häuslichkeit**, sucht für seinen zehnjährigen Sohn eine Mutter, die diesem die so lange entbehrte **Mutterliebe** gewährt, und ihm selbst eine treue Lebensgefährtin sein will. Sie darf nicht immer fragen: **„Wo gehen wir morgen hin?"**, sondern muß eine **echte deutsche Hausfrau** und keine Flirte sein. Bringt diese zum Ueberfluß noch ein kleines Kapital mit, so können zwei Leute recht glücklich werden." Auf diesen Köder bissen zahlreiche ältere Jungfrauen an, die dem Angeklagten ihr schönes Geld opferten, und erst zu spät erfuhren, daß der Angeklagte schon neunmal vorbestraft ist. Einem 41jährigen Mädchen nahm er nach und nach 18 000 M. ab und begründete mit einem Teile dieses Geldes eine Selterwasserfabrik in der Gerhardstraße. Das Mädchen hat die ganze Summe eingebüßt. Eine 51jährige Buchhalterin, die auf ihren alten Tagen noch gern heiraten wollte, hat ihm 3000 M. geopfert. Diese Zeugin war trotz aller Warnungen ihrer gesamten Familie völlig vernarrt in den Angeklagten und ist so gutmütig, daß sie noch jetzt, nach der Verhaftung des Angeklagten, dem Sohne, der jetzt als Einjähriger dient, Geldunterstützungen zuteil werden läßt. Ihr als Zeuge vernommener Bruder bekundete, daß die Schwester sich in der ganzen Affäre so betragen habe, **„als hätte sie ein zolldickes Eichenbrett vor dem Schädel"**. Einer Witwe kostete die zum Zwecke einer Heirat angeknüpfte Verbindung mit dem Angeklagten 2000 M., eine andere hoffnungsfreudige Braut ist mit 350 M. davongekommen. — Die Verhandlung brachte wieder erbauliche Bilder von der Leichtgläubigkeit und Liebesblindheit weiblicher Personen, die „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege" unter die Haube kommen möchten. Der **Staatsanwalt** beantragte, den Angeklagten in vier Fällen für schuldig zu erklären und ihn zu **1 Jahr 6 Monaten** Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust zu verurteilen. Das **Gericht** verurteilte den Angeklagten in drei Fällen der Anklage zu **1 Jahr Gefängnis** und 2 Jahre Ehrverlust, und rechnete 3 Monate auf die Untersuchungshaft an. Ein Fall der Anklage mußte wegen Erkrankung der Belastungszeugin vertagt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

K. K. 15. 1. Ja und 2. Ja. Es können aber auch Zurückweisungen erfolgen. 3. Im Adreßbuch, Band II, Teil IV, Seite 207, finden Sie derartige Firmen. — **H. S. 33.** 1. Amtsgericht Blankenhain. 2. Fragen Sie bei dem Gemeindevertreter Grunow dort, Edisonstr. 10 an. — **W. M. 26.** 1. und 2. Diese Fragen sind im Briefkasten der Nr. 111 des „Vorwärts" vom 14. Mai beantwortet. 3. Ja. — **K. W. Zella Stbl.** „Seifensieder-Zeitung", Verlag für chemische Industrie H. Ziolkowsky, Augsburg. — **H. 1984.** Ein solcher Verein ist uns nicht bekannt. — **W. S. 74.** 1. Ja. 2. Nicht notwendig. — **Willi Keiner.** 1. Im allgemeinen gelten Zuschneider und Zuschneiderinnen als gewerbliche Arbeiter und kommt die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist in Betracht. Ist Ihrer Tochter zugleich die Austeilung der Arbeit oder die Leitung anderer Arbeitskräfte übertragen, so ist die für Werkmeister usw. vorgeschriebene sechswöchentliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten vorgeschrieben. 2. Ist Ihre Tochter lediglich mit Zuschneiderarbeiten beschäftigt, übt sie also nicht die erwähnte werkmeisterähnliche Tätigkeit aus, dann ist die Kündigung wirksam. 3. Der Betrag kann eventuell unter Vorbehalt des Rechtes auf Zahlung des Restes, angenommen werden. 4. Gewerbegericht.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr über Bedarf, Geschäft still, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise für Seefische gedrückt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.
(Bezirk 831, Teil II.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter

Paul Happelt

Friedrichsfelder Str. 11 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Friedhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Osten.)

Am Mittwoch, den 8. Juni, verstarb unser langjähriges, treues Mitglied, der Kollege

Paul Happelt

an der Schwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
30/1 **Der Zweigvereinsvorstand.**

Allen Verwandten und Freunden die betrübende Nachricht, daß mein innigst geliebter Mann

Heinrich Bautz

nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist.

Die tiefbetrübte Gattin
Anna Bautz nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel.
(Bezirk 178 II.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Heinrich Bautz

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
218/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kistenmacher

Heinrich Bautz

am 8. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Rummelsburger Gemeindefriedhofes in der Lückstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
84/20 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Wahlverein
Mariendorf.

Am 7. Juni verstarb unser Mitglied, früherer Kassierer, der Tischler

Gustav Bleck

Kurfürstenstraße 17.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofs, Friedenstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
203/2 **Der Vorstand.**

Am 7. Juni verstarb unser Kollege, der Tischler

Gustav Bleck.

Alle, die ihn gekannt haben, bewahren ihm ein bleibendes Andenken.

Die Kollegen der Firma
Kimbel & Friederichsen.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders 57862

Martin Gardey

sagen allen Verwandten, Bekannten und Genossen, insbesondere den Sängern unseren herzlichsten Dank.

Georg Gardey
nebst Frau und Kindern.

Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter.
Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 7. Juni, unser Kollege, der Faßbier-Mitfahrer

Hermann Altenburg

(Schultheiß-Brauerei, Abt. I) nach kurzer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt heute, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend bei Nieder-Schönhausen.

Rege Beteiligung erwartet
42/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Joseph Larisch

am 7. Juni an Bauchfellentzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Borsigwalder Kirchhofes in Borsigwalde bei Berlin aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet
116/17 **Die Ortsverwaltung**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Charlotte Heinze

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren innigsten Dank.

Wilhelm Heinze und Kinder.

Tischler-Verein E.H. 89.

Sonnabend, 11. Juni, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Vereinsangelegenheiten.
Zahlen der Beiträge.

198/14 **Der Vorstand.**

Gemeinsame Orts-Krankenkasse
für
Königs-Wusterhausen
und Umgegend.

Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 20. Mai 1910 ist es den Mitgliedern jetzt gestattet, sich ihre **erkrankten Zähne** von folgenden Heilgehilfen ziehen zu lassen: 278/00

W. Hänicke in **Groß-Besten.**
G. Galla in **Zeuthen.**
Glatzel und dem Dentist
Fr. Piernicke, beide in **Königs-Wusterhausen**, letzterer Bahnhofstraße wohnhaft.

Eine sofort oder mindestens nachträglich von einem der **Kassenärzte** oder der **Kasse** zu fordernde **Anweisung** ist jedoch hierzu erforderlich.

Königs-Wusterhausen,
den 7. Juni 1910.
Der Vorstand.
Stellvertr. Vorsitzender: **W. Franke.**

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**

Touren 11/6
zum Sonntag, den 12. Juni.

Die Tour nach Unter-Lindow fällt aus, da Versammlung und Vergnügen von der Behörde verboten.

1. Abt.: 5 Uhr: Kloster Lehnin. 1 Uhr: Nowawes. Start: Bülowstraße 58.
2. Abt.: 1 Uhr: Fichtenau. Start: Fontane-Promenade, Ecke Blücherstraße.
3. Abt.: 4 Uhr: Belitz (Sanatorium). 1 Uhr: Schöneiche (Waldschloß). Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 5 Uhr: Belitz (Sanatorium). 1 Uhr: Wannsee (Fürstenhof). Start: Küstriner Platz.
5. und 10. Abt.: 6 Uhr: Fürstenwalde. 1 Uhr: Hessenwinkel. 5. Abt.: Start: Elysium. 10. Abt.: Start: Weberstr. 6.
6. Abt.: 5 Uhr: Buckow (Märkische Schweiz). 1 Uhr: Neue Spitzmühle. Start: Oderberger Str. 28.
7. Abt.: Am 11. Nachttour. 9 Uhr: Saatwinkel. Am 12. 2 Uhr: Wilhelmsruh. Start: Köslinner Str. 8.
8. Abt.: 1 Uhr: Heiligensee Schweiz. Start: Waldstr. 8.
9. Abt.: 1½ Uhr: Hennigsdorf. Start: Brunnenstraße, Ecke Gustav-Meyer-Allee.

Heute: **Fahrwartsitzung** (nur für Obleute).

Berliner Humor-Quartett
G. Creuer, Kastanien-Allee 40

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Sonntag, den 12. Juni, pünktlich 9 Uhr vormittags:

Bezirks-Versammlungen

in den bekannten Lokalen.

Rahmenvergolder!

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Der Tarif der Rahmenvergolder.** Referent: **H. Späthe.**
2. Branchenangelegenheiten.

Modell- u. Fabriktischler u. Modelldrechsler!

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Organisierte Selbsthilfe des Proletariats.** Ref.: Genosse Buchholz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Tischler (Bezirk Nordosten)!

Montag, den 13. Juni, abends 5½ Uhr (gleich nach Feierabend):

Mitglieder-Versammlung

bei **Boeker**, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung: 1. **Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittelung.** Ref.: Kollege R. Leopold. 2. Verbandsangelegenheiten. 84/19

Sportshaus Ziegenhals Bahnstation **Zeuthen,** Post **Niederlehme.**
Telephon **Königs-Wusterhausen 175.**

Empfehle den **Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften** mein herrlich am Krossinsee gelegenes Lokal zu **Dampferpartien** und **Ausflügen.** — Bestellungen nehme auch in meinem Berliner Geschäft: **Restaurant zum Leuchtturm, Fontane-Promenade 18** (Tel. Amt IV. 173), entgegen. Auch stehen **Dampfer** und **Motorboote** zur Verfügung.

Max Mörschel.

Anläßlich des **100. Geburtstages**

Ferdinand Freiligraths

empfehlen wir das

Freiligrath-Gedenkblatt

16 Seiten, reich illustriert Preis 20 Pf.

Ferner:

Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke

in 3 eleganten Leinenbänden . . . . . 3 M.

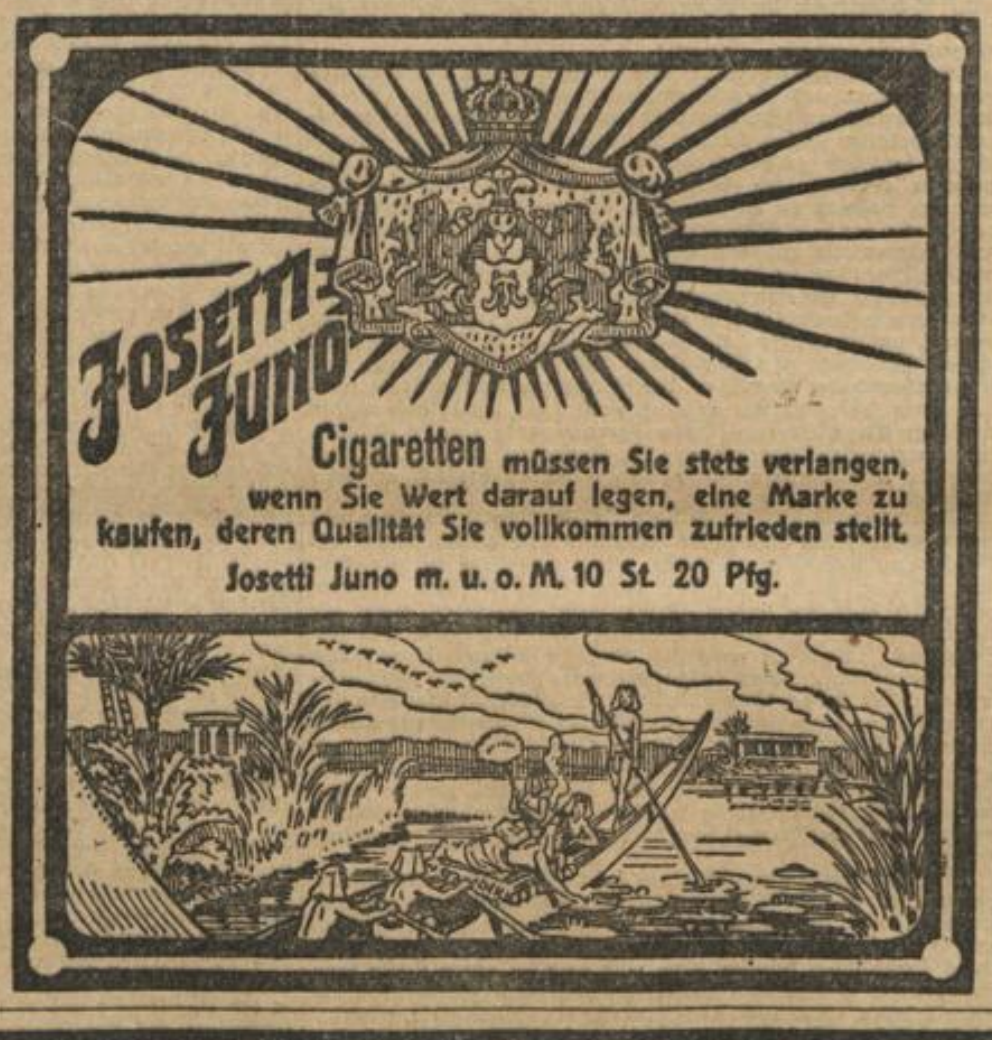
Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Wir empfehlen: 245/13*
Vollständiges

Schachspiel.

Mit Anleitung zum Spielen.
Das interessanteste aller Spiele.
Fertig zum Spielen!
Auch als Dame-Spiel zu benutzen.
Preis 20 Pf.
Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69
Laden.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.



Kinder umsonst

zur Weltausstellung in Brüssel
und
100 Mk. in Bar zur Ausrüstung.
Näheres in jedem Paket Saman Tee (von 10 Pfg. aufwärts).
Schluss des Preisausschreibens 15. Juni.

Saman Tee

viel billiger als Kaffee

Allgemeine Teeimport-Gesellschaft. A. T. G. G. m. b. H.,
Berlin SO. 36, Harzer Straße 33.

Alle Menschen mit **„Humor"** haben blanke Tür und Tor.

Humor

putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Engelhardt

Caramel-Bier

Alkoholarmes Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche **10 Pfg.**
Ueberall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Grösste Malzbierbrauerei Deutschlands.

Arbeiter-
Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt-geschäft **Alexanderstr. 12.**
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1830. verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9mal prämiiert Staatsmedaille) in allen Hols- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 35/3*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410. Gegründet 1830.
Auch Sonntags geöffnet.
Volkssänger-Gesellschaft „Anke", Swinemünderstraße 17. †61* | „Schmelzer". Altbekannter Volkshumorist, Stettinerstraße 57. †91*

Morgen Sonnabend
Gr. Dampfer-
Mondschein-Promenadenfahrt
mit Musik und festlich illuminierten Dampfern nach **Restaurant Kyffhäuser** Nieder-Schöneweide. Daselbst: Gr. Sommernachtsball. Abf. abends 9½ bis 10 Uhr **Schillingsbrücke** (am Schlesischen Bahnhof). Hin und zurück 50 Pfennig.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 10. Juni.
Anfang 7½ Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Zopf und Schwert.
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Kasernenluft.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kammerspiele. Jakob und Kristoffer.
Komische Oper. Die verkaufte Braut.
Neues Schauspielhaus. Der Flieger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang ½9 Uhr.)
Berliner. Taifun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Thalia. Charleys Tante.
Hebbel. Wem gehört Helene? Koketterie. (Anfang 8¼ Uhr.)
Schiller O. (Wallner-Theater.) Zapfenstreich.
Schiller Charlottenburg. Miß Hobbs.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Sherlock Holmes.
Volksoper. Staatsanwalt Alexander. (Anfang 8½ Uhr.)
Rose. Die Schmuggler.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Hallo!! — Die große Revue.
Folies Caprice. Das Gespenst. Der Athlet. Das Versöhnungsfest. Die verfolgte Unschuld. (Anf. 8¼ Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittag 3 Uhr, zu ermäßigt. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten von Ferd. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Volksoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schmuggler.
Komödie in 4 Akten von A. Dinter.
Morgen und folgende Tage: **Die Schmuggler.**
Auf der Gartenbühne: **Theater-Vorstellung. Spezialitäten. Gr. Konzert.** Anfang 4½ Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Das neue Kolossal-Programm!
Abends 9½ Uhr:
Grete
die weltberühmte Schimpansin.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTER GARTEN
Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung: Abenteuer eines Toreros.
Therese Renz
Schulreiterin
De Dio
Phantasie-Tänzerin
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blädel
Mika Mikun
The Kaytons
Zezelarette
und das große
Varieté-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt **alles!**
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Folies Caprice
8¼ Uhr Täglich 8¼ Uhr
Vier heitere pikante Einakter.
Das Gespenst.
Der Athlet.
Das Versöhnungsfest.
Die verfolgte Unschuld.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Freitag, den 10. Juni 1910:
Uebern großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in 4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Erstklassige Spezialitäten.
Das große Juni-Programm!
Vom Sonnabend, den 11. bis Mittwoch, den 15. Juni: **Gr. Alpenfest.**
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4½ Uhr.

Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Holzmarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich: Marguerit Gilton, dress. Rassehund. Anton Hildach, Emmy und August Clever, Miniatur-Duo und das andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. Wochent. 7½, Sonnt. 5 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.
Ende 10½ Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Miß Hobbs.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Jerome K. Jerome. Deutsch v. W. Wolters.
Ende 10½ Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Goldfische.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Kreuzberger Harmonie
M. d. D. A.-S. Chormeister: F. Bothe.
Sonntag, den 19. Juni, in der Brauerei Friedrichshain, am Königstor:
Konzert
unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters M. Fischer. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt. — Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. — Von 6 Uhr ab im Saal: **Tanz.** Eintritt 20 Pf. — Programm mit Liedertexten 10 Pf.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

Achtung! **Diez' nur** Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der **besten Turmseilkünstler** der Welt The Liopelts sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise um die Erde in 1 Sekunde: **Saltomortale v. 10 Meter Höhe** mit dem Fahrrad **in den See.**
Sensationell: **The O. Goudsmits,** komischer akrobatisch. Burleske-Akt mit ihren konkurrenzlosen **Akrobatenhunden. — 4 Lepomo,** Mensch oder Affe? phänomen. urkomische Affenpantomime. Duett **Krill, Leopold Rosser,** Original-Humorist mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satyrischen Schlagern und das **neue beste Programm Berlins.**
Jeden Sonntag: **Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater"
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten! Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-Straße
3 Minuten vom **Bahnhof Alexanderplatz.**
Juni-Sensationsprogramm
Miß Ruth Radhjah in ihren indisch. Original-Tänzen im Raubtierkäfig sowie 5 neue Debuts.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 146 — Kastanien-A. 97/99.
Ob schön! **Täglich:** Ob Regen!
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Abends 8 Uhr:
Berlin, wie's baut u. kracht.
Anfang wochentags ½5 Uhr.
„ Sonntags ½4 Uhr.
Entree wochentags **20—60** Pf.
Ehren- und Saisonkarten gültig!
Entree Sonntags **30—100** Pf.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Die großen Juni-Spezialitäten.
An jedem Mittwoch:
Ball.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., n. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerk. 6 M.

Schweizer-Garten Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater,
Spezialitätenvorstellung.
Volksbelustigungen.
Anfang **5** Uhr. Entree **30** Pf.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.
Neu! **Schau-Tanzsaal.** Neu!
Mon Plaisir – Lachhaus und viele andere Attraktionen.

Hermann Ramlows „Kastanienwäldchen Schönholz"
Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 36, 37, 38 u. 8 sowie 2 Minuten vom Bahnhof Schönholz. 5785L*
Jeden Sonntag von 3 Uhr ab: **Künstlerkonzert** bei freiem Eintritt.
Im Parkett-Spiegelsaal: **Großer Ball** bei stark besetztem Orchester.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Lokalitäten, Saal m. Theaterbühne zur gefl. Benutzung.

Bellevue, Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampferpartien. 24655*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

Städtebau-Ausstellung
10—8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Schluß 15. Juni
Groß-Berlin.
10. Juni: Dr. Südekum: „Recht und Sitte im Wohnwesen."

ZOO LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Musik. Ent. von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: Gr. Fest-Soiree z. Benefiz für Herrn Rudolf Schrader zur Feier seiner 20jährigen Mitgliedschaft bei den Stettiner Sängern.
Billetts schon jetzt zu haben.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert-, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Das Riesenprogramm. Zur Aufführung gelangt:
Der fliegende Berliner.
Volksstück in 5 Bildern mit Gesang und Tanz.

Karl Haverland
Anfang **Theater.** präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunderbare **Juni-Progr.**
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Ball.**

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4½ Uhr. Entree 30 Pf.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 20 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Obersaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

BBB
Brunnenstraße 16.
Die polizeiliche Genehmigung zur Abhaltung der
Lichtbilder-Vorführungen im herrlichen Naturgarten
ist erteilt.
Das Aufsehen erregende neue Riesenprogramm.

Max Kliems Sommertheater und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Grävenitz,
Kapellmeister: Max Wolffheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. ½8 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
„ Sonntags 4 Uhr.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralsunderstr. 1

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Hosen-Woche

Schluß morgen Sonnabend

Außergewöhnlich billige Angebote erheblich unter regulären Preisen

Serie 1: Jede Wasch-Hose für Herren ..... M. 1.35
Serie 2: Jede Zwirn-Buckskin-Hose für Herren M. 2.90
Serie 3: Jede Stoff-Hose für Herren ..... M. 4.95
Serie 4: Jede Stoff-Hose für Herren ..... M. 7.60
Serie 5: Jede Stoff-Hose für Herren ..... M. 9.40
Serie 6: Jede Stoff-Hose für Herren ..... M. 13.90
Serie 7: Knaben-Stoff-Hosen Größe 1–6 durchschnittlich ..... 65 Pf.
Serie 8: Schüler-Stoff-Hosen Größe 7–12 durchschnittlich 1.50

Rest-Hosen aus Stoff-Resten der Maß-Abteilungen gearbeitet **sehr billig**

Schlanke, extra lange, extra weite Hosen, sehr billig

Sport-Hosen □□□ Weiße Hosen

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 ▫ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 ▫ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Alt-Buchhorst bei Berlin.

Kennen Sie den Ort? Und kennen Sie seine Heilquellen? — Wer beide kennt, dem bleiben sie unvergeßlich, wer sie noch nicht kennt, hole das Versäumte schleunigst nach.

Grüner, uralter, herrlicher Hochwald, eine ununterbrochene Kette lachender, blauer Seen, seitwärts die liebliche Löcknitz und zwischen dem Ganzen grünende Wiesen, blühende Felder, reizende Gärten und Sommerhäuser an den Berghängen und Seeufern: Das ist Alt-Buchhorst und seine wundervolle Umgebung! —

Und zwischen Hochwald und Seeufer, auf einem freien, grünen Teppich, da rauscht und murmelt es geheimnisvoll-geschäftig zum Lichte empor und bietet sich den Kranken, den Genesenden und Erholungsuchenden, sorgsam gefaßt und geleitet, in reicher Fülle dar: Der „Alt-Buchhorster Marksprudel" (Jod-Eisen-Kochsalz-Glaubersalz-Quelle)!

Viel wurde schon über den „Alt-Buchhorster Mark-Sprudel" gesprochen und geschrieben, die Wissenschaft hat seine heilsamen Bestandteile genau festgestellt und kritisch betrachtet, der Arzt schickt seine Kranken in Fällen von Blut- und Säfteentmertung, Stoffwechsel- und Ernährungsstörungen, Veränderungen der Nerven und Organe, Rekonvaleszenz rc. hierher oder läßt sie den „Alt-Buchhorster Mark-Sprudel" in Flaschenfüllung trinken. Alles vereint sich, um ein **Familienbad** zu schaffen, unsere **Frauen** und **Mädchen** mit ihrer **Bleichsucht, Blutarmut** und ihren so vielfältigen **Frauenleiden**, unsere **Kinder** mit **Rachitis** und **Skrofulose** und **Schwächezuständen** infolge ungeeigneter Ernährung, unsere **Männer** mit ihrer **Nervosität** und allgemeinen **Abspannung**, sie alle werden unter Luft-, Trink-, Bäder-, Diätkur in dieser herrlichen, von der Mutter Natur besonders ausgezeichneten Gegend neuen Lebensmut und Energie finden. —

Die Mehrzahl der Berliner und anderen Kurbedürftigen aber weiß noch gar nicht, was sie hier achtlos übersehen. Mit großen Opfern an Zeit, Geld und der doch so heiß ersehnten Ruhe und Erholung suchen sie die Erfüllung ihrer Wünsche in der Ferne, die ihnen auch Alt-Buchhorst mit allen Vorteilen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit zu bieten vermag.

„Warum in die Ferne schweifen?
Sieh, das Gute liegt so nah!"

Informieren Sie sich über Alt-Buchhorst und seine wundersamen Heilschätze!

Kur-Saison vom Mai bis Oktober unter Aufsicht des Brunnenarztes.

Trink- und Bade-Kuren, Eisen-Moorbäder, Milch-, Molken- und Kefyr-Kuren.

Erholungs- und Kurhaus „Villa Zioka" in Grünheide am Werlsee, ärztliche Leitung Dr. med. Arthur Goldschmidt.

Wohnungen in Alt-Buchhorst: W. Haases „Gasthaus am Möllensee"; in Grünheide: Bensings Hotel, Pension Petersen Nchf., Villa Nostra mit Waldtöchterschule u. a. m.

Verbindungen: Ueber die Stadtbahn mit den Zügen nach Fangschleuse, von dort 40 Minuten Waldweg, auf Wunsch auch Fuhrwerke an der Bahn, oder mittels der regelmäßig verkehrenden Motorboote der Sterngesellschaft ab Erkner durch die wundervolle Löcknitz direkt nach Alt-Buchhorst. Während der Kurstunden vermittelt den Verkehr nach allen See-Ortschaften die Sterngesellschaft und die Motorboot-Gesellschaft Grünheide.

Die Herren Aerzte, welche sich zu informieren wünschen, werden um diesbezügliche Aeußerung gebeten. — Prospekte und Auskünfte durch die

Verwaltung der Alt-Buchhorster Heilquellen, L. Zucker & Co.
Berlin W. 57, Potsdamerstr. 73. Fernsprecher VI. 2700.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundschaft

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

MAGGI's Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. für ¼–⅓ Liter sind die besten!

Nur echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Verkäufe.

Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Tüllbettdecken, Fabrikreste, 1.75, 2.25, 2.85, 3.75, 4.85, 5.50, 6.75 usw.

Erbstüllstores und Bettdecken, 3.45, 3.85, 4.75, 5.75, 6.50 usw. E. Weltzenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tuch- und Plüschdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.85, 4.75, 6.50, 8.75 bis 30 Mark.

Plüsch- und Tuchportieren 1.25, 2.85, 4.85, 6.35, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.85, 4.75, 5.50 usw.

Plüschteppiche mit kleinen Fehlern, in allen Größen, 6.75, 8.25, 9.85, 11.50, 13.50 bis 60 Mark. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Sport- und Lammwolldecken 1.65, 2.50, 3.25, 4.50, 5.25, 6.75 bis 20 Mark.

Möbelstoff-, Läufer- und Linoleumreste spottbillig. E. Weltzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 911R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Maßanzüge. Tuche. Knabenanzüge 1,50. Herrenanzüge 9,50. Paletots 12,00. Monteurjacke 1,00. Mechanikerkittel 2,00. Zwangslose Besichtigung. Verkauf an Private. Tuchgesellschaft Kottbuserdamm 16/17.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 894R

Zuchthaus, Acht Jahre. Lebenserinnerungen von Sepp Oerter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts. *

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492R

175 Lüster-Jacketts von 2—15 Mark liegen billig zum Verkauf bei Hermann Schlesinger, Turmstraße 58 und Reinickendorferstraße 48. 923R*

Hermannplatz 6. Allerbilligste Pfanderverkäufe. Sommerpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Extrabilliger Bettenverkauf. Vermietungsbett. Brautbetten. Aussteuersachen. Wäscheauswahl. Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Taschenuhren. Goldsachen. Großberlins allerbilligster Warenverkauf im Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Auch Sonntags geöffnet. *

Littauers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Stalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67.

Tambouriermaschinen Hokemeyer, alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 325R*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Gasbronzekronen! Gaszuglampen! 9,00. Gashängelicht! Speisesaalkrone! Geschäftsverkauf spottbillig! Extragroße Gassparkocher! 2,00. Bohlauer, Ballnertheaterstraße 32. *

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden. *

Teilzahlung, monatlich 10 Mark, liefert elegante Herrengarderobe nach Maß Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstraße 110. 318R*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Damenhemden mit handgestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reisemuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. *

Sofastoffreste, Wolle, Plüsch, Moquett, spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Reichgestickte Portieren, Filztuch 3,85, Naturleinen 5,35, Velvetplüsch 7,85, Kochelleinen 16,50 pro Fenster. Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 593R*

Ladeneinrichtung, Kartoffelwage, eine Dezimalwage zu verkaufen, nur abends, Rixdorf, Fuldastraße 55, Idealpassage, Gemüseladen. †108

Kinderwagen, nagelneu, Gummiräder, elegant, 20,—. Exerzierstraße 19a, Vorderhaus II, Ingenieur. †96

Geschäftsverkäufe.

Grünkramgeschäft wegen Umzug nach außerhalb sofort für 500.00 zu verkaufen. Bischof, Rixdorf, Walterstraße 1. †108*

Grünkramgeschäft wegen Krankheit preiswert verkauft Frau Sommerburg, Oderstraße 1, Osten. Vermittler verbeten. †69*

Kaffeelokal, gutgehend, wegen Gasthofsübernahme billig. Näheres Holzmarktstraße 66. 2462b

Möbel.

Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfachste, eleganteste Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, beliehen gewesen, verfallen, spottbillig. Riesenlager, 5 Etagen. Möbelspeicherei. Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Krantstraße 4/5. Möbel nach Beendigung Umzugssaison verkaufe diese Woche jedem annehmbaren Preise. Kleiderschrank 27,—. Gelegenheitskauf, ganze Wohnungs-Einrichtung 185 Mark, 308 Mark mit farbiger Kücheneinrichtung. Besichtigung lohnend. Möbelfabrik, Lager Saalfeld, Fabrikgebäude, Laden.

Räumungshalber und Ueberfüllung der Lagerräume gelangen komplette Wohnzimmer, Schlafzimmer, modern Küchen kolossal billig zum Verkauf. Hirschowitz, Möbelspeicher, Chausseestraße 50. 922R*

Fahrräder.

Arbeiter-Radfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstraße 62. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 35,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1083R*

Räderverleihung. Einsitzer, Zweisitzer, Fahrradkäufe 25,00, neue spottbillig, alte nehme Zahlung, Motorzweiräder-Gelegenheiten. Große Frankfurterstraße 14, Kämmerei.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Halbrenner, hochmodern, Frau Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Quergebäude. †

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Kunstopferet von Frau Kolosty Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Platinabfälle, Gramm 3,20, Gold, Zahngebisse kauft Blümel, Auguststraße 19. †124*

Kupfer, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle. Goldschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 205R*

Theaterverein sucht Beteiligung zum Sommerfest am 17. Juli bei Obiglo, Schwedterstraße, Gesang-, Lotterie-, Musik- oder andern Verein. Offerten bis zum 17. Juni Brunnenstraße 41, Selles Klubhaus erbeten.

Anfertigung schicker Blusen, Kleider, Röcke. Konrad, Neanderstraße 23. †116*

Musik.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtwohnungen Soldinerstr. 32.

Umständehalber schöne Wohnungen, Stube und Küche, von 18 bis 22 Mark, sofort zu vermieten Buttmannstraße 15 beim Wirt. 864R*

Zimmer.

Charlottenburg, möbliertes Zimmer, Nähe Schillerstraße und Sesenheimerstraße, sucht zum 1. Juli Metallarbeiter. Angaben an „Vorwärts"-Spedition Sesenheimerstr. 1 erbeten. † 89

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dirigenten sucht Männerchor Weißensee (60 Sänger), Uebungsstunde Freitags (Klavier). Reflektiert wird nur auf erste Kraft. Bewerbungen schriftlich erbeten bis Dienstag, den 14. Juni, Restaurant E. Gloe, Weißensee, Elsaßstraße 20. 2453b

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Wolf, Zwickau (Sachsen), Nordstraße 30. 900R

Bauanschläger verlangt R. Blume, Schillerstraße 97. †89

Arbeitsburschen verlangt Jensch, Waldemarstraße 15. †29

Geübte Arbeiterinnen verlangen Bachmann-Goebel, Geschäftsbücherfabrik, Spandauerstraße 76. 290/10

Zeitungsfrauen sofort verlangt (Tour Mohren- und Kanonierstraße). Meldungen Schützenstr. 24/25. 68/3*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Königstraße 56/57. 68/5*

Künstliche Blumen, Kröserinnen und Klederinnen, nur im Hause sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156.

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

Stockfabrik Remmert, Inhaber Schmeling, Rixdorf, Sanderstraße 29/30.

Möbelfabrik Lukat, Diefenbachstraße 35.

Alle Betriebe der Orte Angermünde und Eberswalde.

Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute abend 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Aus der Lungenheilstätte Grabowsee.

Es gibt Pflegeanstalten, aus denen von Zeit zu Zeit immer wieder Klagen kommen. Soll man glauben, daß das nur in einer Nörgelsucht der Pfleglinge seine Ursache habe?

Die Lungenheilstätte Grabowsee gehört zu diesen Anstalten, die immer wieder in unliebsamer Weise von sich reden machen. Die neuesten Bemängelungen richten sich gegen Zustände, die der Anstaltsverwaltung bekannt sind, seit langem mit ihrem Wissen und Willen bestehen und aus sicherlich ihr sehr triftig erscheinenden Gründen aufrecht erhalten werden. Hier wäre es zwecklos, wenn wir den Beschwerdeführern unter Hinweis auf § 13 der Hausordnung raten wollten, ihre Wünsche zunächst mal dem Chefarzt Dr. Schultes oder einem Vorstandsmitglied vorzutragen oder sie in das von der Anstaltsverwaltung ausgelegte Beschwerdebuch einzuschreiben. Es bleibt uns hier nur übrig, die uns zugegangenen Klagen dem Urteil der Oeffentlichkeit zu unterbreiten und diese Instanz entscheiden zu lassen, ob auch sie lediglich Nörgelei annehmen will.

In der Anstalt Grabowsee gilt der Grundsatz: „Die Kranken haben sich, soweit es zur Förderung ihrer Gesundheit nötig ist, auf ärztliche Anordnung auch an leichten Arbeiten zu beteiligen.“ So steht es in § 3 der Hausordnung, und das entspricht den Anschauungen der Heilkunde. Auch ein Lungenkranker bedarf der Anregung für Körper und Geist, die die Arbeit ihm gewähren kann. Jeder Kranke wird sogar dankbar dafür sein müssen, wenn er durch irgendeine Beschäftigung, soweit sein Zustand eine solche gestattet, sich von der Qual der Untätigkeit befreien darf. Es läßt sich aber verstehen, daß nicht alle Kranken jede ihnen auferlegte Arbeit bereitwilligst als ein Vergnügen empfinden werden. Und im Hinblick auf die Tatsache, daß sie eben doch Kranke sind, kann man ihnen nur beistimmen, wenn sie fordern, daß mindestens nur solche Beschäftigung ihnen zugemutet wird, die ihrer Krankheit angemessen ist. In Grabowsee ist durch den schon erwähnten Paragraphen der Hausordnung Vorsorge getroffen, daß die Kranken an Arbeiten sich nur zu beteiligen haben, soweit es „zur Förderung ihrer Gesundheit nötig“ scheint, nur an „leichten Arbeiten“, von denen diese Wirkung erwartet wird. Sehen wir nun aber, was alles in Grabowsee zu den für Anstaltsinsassen geeigneten Arbeiten gerechnet wird, zu den Beschäftigungen, die ihre Gesundheit fördern sollen.

Gewöhnlich wird schon nach Ablauf etwa der ersten sechs Wochen des Anstaltsaufenthaltes dazu übergegangen, es mit dem Heilmittel der Arbeit zu versuchen. Eines schönen Tages sagt der Chefarzt zu einem beschäftigungsreif gewordenen Kranken: „Sie sind nun schon lange genug hier, von morgen ab können Sie arbeiten.“ Gegen eine solche Entscheidung gibt es keinen Widerspruch; denn nach § 1 der Hausordnung muß, was ja an sich selbstverständlich ist, den Anordnungen der Aerzte und des Aufsichtspersonals Folge geleistet werden, sonst kann nach § 17 der widerspenstige Kranke rascher, als ihm lieb ist, seine Entlassung haben. Von morgen ab wird also gearbeitet, ganz nach Wunsch des Chefarztes oder des in seinem Auftrag anordnenden Assistenten. Vielleicht hast du Glück und wirst zunächst dem Gärtner zugewiesen, dem du zu helfen hast. Du harkst ihm die Wege des Parkes, du gräbst ihm ein bißchen — na, das findest du am Ende nicht schlimm. Doch das ist nur der Anfang. Später zerkleinerst du Holz, das von der Anstalt zur Feuerung gebraucht wird, zersägst große Baumstubben oder spaltest sie mit der Axt. Es kann dir auch passieren, daß du einer Kolonne von Anstaltsinsassen zugeteilt wirst, die die Stubbenausroden. Stubben sind dabei, auf denen Baumstämme mit einem Durchmesser bis zu etwa 1 Meter gestanden haben. So einen Koloß kriegt nicht ein einzelner aus dem Erdboden heraus, sondern es müssen da mehrere zusammenwirken. Manche der Arbeiten, die jetzt den Patienten übertragen werden, wurden früher von bezahlten Kräften ausgeführt. Arme Leute waren froh, sich ein paar Groschen damit verdienen zu können. Die Anstaltsinsassen, die ihnen nun das Brot wegnehmen, werden selbstverständlich für ihre Arbeit nicht bezahlt. Jönen soll's ja eine Tätigkeit sein, die zur Förderung ihrer Gesundheit dient. Einzelne Arbeiten sind allerdings so eigenartig, daß man fast zweifeln möchte, ob die damit betrauten Personen den Aerzten noch als krank gelten können. Wenn Pfleglinge, wie schon gesagt, umfangreiche Baumstubben ausroden oder Brennholz zersägen und zerhacken, wenn sie von Baumstämmen die Rinde mit einer Ziehklinge abschälen, Bretter von 8—10 Meter Länge transportieren, so sind das doch wirklich Beschäftigungen, zu denen man selbst bei weitherzigen Ansichten über den Heilwert der Arbeit nur Gesunde zulassen sollte. Andererseits möchte man aber auch wieder nicht annehmen, daß die Lungenheilstätte Grabowsee etwa Patienten noch behalten wird, die schon entlassungsreif wären. Manche Pfleglinge finden in der Anstalt Gelegenheit, regelrecht ihr Handwerk auszuüben. Da gibt's über einem Balkon ein Schutzdach anzubringen, das auf Pfosten errichtet wird, da ist Tischlerarbeit zu leisten, bei der gehobelt und poliert werden muß, da wird sogar außerhalb der Anstalt in dem benachbarten Ort Friedrichsthal auf einem privaten Hausbau, den ein Anstaltsangestellter für sich aufführen läßt, Stukkateurarbeit einem Pfleglingzugemutet. Kann alles da noch unter den Paragraphen von den „leichten Arbeiten“ fallen, die den Kranken „zur Förderung ihrer Gesundheit nötig“ sind? Darf man auch das eine gesundheitfördernde Beschäftigung nennen, daß Pfleglinge gar den Inhalt von Papierkörben samt Kehricht aus den Pavillons und dem Garten auf einen Hundewagen zu laden und an der Abladestätte den Wagen zu entleeren haben? Das mag keine „Knochenarbeit“ sein, aber es wird dabei ein Staub und Schmutz aufgewühlt, der einem Lungenkranken gewiß nicht dienlich ist. Es ist unerheblich, ob die hier aufgezählten Arbeiten alle noch jetzt ausgeführt werden. Sie sind mindestens in letzter Zeit alle dort ausgeführt worden, und es ist zu befürchten, daß die Verwaltung — immer in dem guten, aber irrigen Glauben, den Kranken damit zu nützen — sie bei sich bietender Gelegenheit wieder ausführen läßt. Wenn Lungenkranke solche in der Heilstätte Grabowsee herrschenden Zustände als ungehörig empfinden, so kann man das nicht aus bloßer Nörgelsucht erklären. Aber was würde es helfen, an die Anstaltsverwaltung mit einer Beschwerde heranzutreten? Es gilt ja dort als ordnungsgemäß, daß jeder Patient die ihm zugewiesene Arbeit zu leisten hat.

Wem die Zustände in Grabowsee nicht passen, der „kann gehen“. Der Herr Chefarzt versteht ohnedies keinen Spaß: man merkt's ihm an, daß er Oberstabsarzt war und an militärische Disziplin gewöhnt ist. Die Hausordnung, die an soundso vielen Stellen mit Entlassung droht, wird streng von ihm angewendet. Nun läßt sich ja gewiß nichts dagegen sagen, daß es den Anstaltsinsassen zur Pflicht gemacht wird, die gegebene Vorschrift genau zu befolgen. Anders wäre der Betrieb einer solchen Anstalt unmöglich, und es dient schließlich nur der Gesamtheit der Patienten, daß auf Ordnung geachtet wird. Doch die Entlassung sollte ein letztes Mittel sein, zu dem erst nach wiederholten Verfehlungen schlimmster Art gegriffen wird. In Grabowsee aber ist's anders. Pfleglinge haben uns die Klage vorgetragen, daß dort nur zu schnell die Entlassung ausgesprochen wird, auch wenn es sich um geringe Uebertretungen, z. B. um Verspätungen und ähnliches, handelt. Erregung ist besonders dadurch hervorgerufen worden, daß vor einiger Zeit mehrere Patienten entlassen wurden, weil sie eine neu verfügte Aenderung der Vorschriften nicht sogleich ganz genau befolgt hatten. Für die Sonntage war die abendliche Liegekur, die bisher von 6—7 Uhr dauerte, plötzlich auf 4—6 Uhr verlegt worden. Man sagt, das sei deshalb angeordnet worden, weil einige Patienten, die ihren Besuch auf dem Wege zum Bahnhof ein Stück begleitet hatten, dabei dem Verbot zuwider in ein Wirtshaus gegangen seien. Um das zu verhüten, sollten nun alle leiden. Das Lästige der Neuerung bestand darin, daß fortan bei der ungünstigen Lage der Zugabfahrtzeiten es den Patienten erschwert wurde, ihre Angehörigen auf dem Heimwege zu begleiten, und daß die Besuchszeit überhaupt nicht mehr so ausgenutzt werden konnte. Die neue Bestimmung wurde so forsch gehandhabt, daß Patienten, die bei der Verabschiedung von ihren Besuchern über die vorgeschriebene Zeit hinaus außerhalb der Anstalt verweilt hatten, ihre sofortige Entlassung bekamen. Was in Grabowsee eine sofortige Entlassung bedeutet, das ist auch sehr kennzeichnend für diese dem „Roten Kreuz“ gehörende Anstalt. In der Regel muß der betreffende Patient innerhalb weniger Stunden die Anstalt verlassen haben. Sobald ihm morgens sein Schicksal verkündet worden ist, hat er am Vormittag seine Sache zu packen, und mittags soll er schon aus der Anstalt heraus sein. Sehe er zu, daß er rechtzeitig wegkommt und nicht zu spät zu den Seinen heimkehrt; denn in der Anstalt wird kein Mittagessen mehr für ihn bereitgehalten.

In Grabowsee wird sonst sehr darauf geachtet, daß die seelische Ruhe der Pfleglinge geschützt wird. Die Hausordnung sagt in § 6: „Zum Kurerfolg ist nicht nur gute körperliche Pflege der Kranken, sondern vor allem auch ihre ungestörte seelische Ruhe notwendig. Wohlgesittetes Verhalten der Kranken gegeneinander ist deshalb unbedingt erforderlich, und jede Störung des Wohlbehagens von Kranken durch Neckereien und Belästigung seitens Mitkranker, insbesondere jede Beeinflusseung und Agitation in religiöser und politischer Richtung ist strengstens untersagt und kann sofortige strafweise Entlassung Zuwiderhandelnder zur Folge haben.“ Nun, wir finden, daß die Störung des Wohlbehagens, die von den durch die Anstaltsleitung verschuldeten Mißständen ausgeht, auch nicht unterschätzt werden darf. Die Kassen, Behörden usw., die die „Rote-Kreuz“-Lungenheilstätte Grabowsee benutzen und Kranke dorthin überweisen, sollten sich einmal die Frage vorlegen, ob es nicht ratsam wäre, ihrerseits im Interesse des Kurerfolges auf eine Aenderung der Zustände in Grabowsee zu dringen. Not tut's!

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Sonntag, 12. Juni, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103: Zahlmorgen für Druckerei-Nachtarbeiter. Gute Beteiligung erwarten

Die Vertrauensleute.

Charlottenburg. Heute abend findet in sämtlichen Bezirken von den bekannten Lokalen Flugblattverbreitung statt. — 3. Gruppe: Sonntag vormittags 10 Uhr: Gruppenversammlung im Volkshause, Rosinenstr. 3. Der Vorstand.

Friedenau. Heute Freitag, abends 8½ Uhr, Flugblattverbreitung von allen bekannten Bezirkslokalen aus. Der Vorstand.

Zehlendorf (Wannseebahn). Die Flugblattverbreitung findet für unseren Ort nicht heute Freitag, sondern Sonntag, den 12., morgens 7½ Uhr von den Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Heute Freitag von 7½ Uhr ab findet von allen Bezirkslokalen aus die Flugblattverbreitung statt.

Der Vorstand.

Zossen. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich am Sonntag, pünktlich morgens 8 Uhr bei Kurzner zu einer Flugblattverbreitung einzufinden. Der Vorstand.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 11. Juni, findet im Lokale von R. Deter die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre, Neuwahl des Vorstandes, Wahl von Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, Verschiedenes.

Der Vorstand.

Alt-Glienicke. Am Sonnabend, den 11. Juni cr., findet im Lokale von Troppens, Rudower Straße 53, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Unser Sommervergnügen. 2. Politische Agitation im Orte. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Der Kampf um die Lustbarkeitssteuer

wurde in der Stadtverordnetenversammlung gestern fortgesetzt und nahm noch die ganze Sitzung in Anspruch. Acht Redner ergriffen noch das Wort, von den Stadtverordneten drei Freunde dieser Steuer auf die Erholung des Volkes und vier Gegner, vom Magistratskollegium noch einmal der Oberbürgermeister. Die „Neue Linke“ ging diesmal mit der sozialdemokratischen Fraktion und empfahl durch ihren Redner Stadtverordneten Ladewig, jede Besteuerung der Theater, der Vergnügungslokale usw. abzulehnen. In den starken Beifall, den er bei seiner Fraktion wie bei unseren Genossen fand, mischte sich ein „Huhu!“-Geschrei der anderen Seite. Im Gefolge derer um Cassel und Mommsen, unter den Freunden des vom Magistrat vorgelegten Steuerprojektes, sah man auch das Grüppchen der „Sozialfortschrittler“. Sie ließen durch ihren Redner Stadtverordneten Preuß darlegen, daß zurzeit die Lustbarkeitssteuer die einzige für die Stadt Berlin noch verfügbare neue Einnahmequelle sei. Stadtverordneter Mommsen wollte glauben machen, daß in einer Lustbarkeitssteuer, da sie wirklich mal eine Steuer auf Genußmittel sei, sogar so etwas wie ein Stück — sozialen Empfindens stecke. Der Stadtverordnete Feuerstein, ein Mitglied der „Neuen Linken“, setzte auseinander, daß er besonders eine Besteuerung der Vergnügungslokale, die die Saalinhaber schwer treffen würde, nicht mitmachen könne. Dagegen behauptete Stadtverordneter Haberland („Alte Linke“), daß nicht die Inhaber der Säle, der Theater usw. getroffen würden, sondern die Steuer sich sehr leicht auf das Publikum werde abwälzen lassen. Unser Genosse Borgmann stellte fest, daß der Magistrat sein Projekt mit ganz ungewöhnlicher Ueberstürzung herausgebracht hat. Brauche die Stadt mehr Geld, so sollte sie die Einkommensteuer über 100 Proz. hinaus erhöhen, ohne Furcht vor der Einmischung der Regierung in den Etat. Diese Erhöhung werde ja über kurz oder lang doch kommen müssen, darüber sei doch niemand mehr im Unklaren. Da sollte man nicht erst zu dem Mittel einer Lustbarkeitssteuer greifen, das der Stadt Berlin geradezu unwürdig sei. Oberbürgermeister Kirschner versuchte eine Abwehr, aber sie war matt. Die Erhöhung der Einkommensteuer ist ihm das letzte Mittel, zu dem er greifen mag. Danken werden ihm das die Wohlhabenden, die ja durch eine Erhöhung der Einkommensteuer am nachdrücklichsten zu den Kosten des Mehraufwandes der Stadt herangezogen würden. Das letzte Wort in diesem Redekampf fiel unserem Genossen Wilke zu, der aus der Erfahrung heraus, frisch von der Leber weg sprechend, den Nachweis führte, wie groß die dem Gastwirtsgewerbe zugedachte neue Belastung ist. Damit war die erste Beratung beendet. Ueber einen Antrag, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen, wurde namentlich abgestimmt. Das Ergebnis war die Annahme des Ueberweisungsantrages mit 58 Ja gegen 40 Nein. Mit Nein halten unsere Genossen und neben ihnen nur noch die „Neue Linke“ gestimmt, aber die um Cassel und Mommsen samt den „Sozialfortschrittlern“ sorgten dafür, daß dieses Monstrum von Steuerprojekt in den Ausschuß hineingerettet wurde.

Eine seltene Sitzung.

Obwohl die städtische Steuerdeputation ein großes Tätigkeitsfeld hat, hört man doch selten einmal davon, daß sie eine Sitzung abgehalten hat. Gestern war das — wenn wir nicht irren, zum ersten Male in diesem Jahre — wieder einmal der Fall. Zu Beginn der Sitzung gedachte Stadtrat Kalisch mit warmen Worten des verstorbenen Stadtrats Tourbié, welcher vom 30. August 1898 ab bis zu seinem Tode den Vorsitz in der Deputation geführt hatte. Alsdann erfolgte die Einführung der Stadtverordneten Bäsell, Dr. Cohn, Landsberg und Dr. Rosenfeld als Mitglieder der Deputation. Ferner beschäftigte sich die Deputation unter anderem mit den Einwendungen der Hauseigentümer gegen den § 8 der Grundsteuerordnung, nach dem auswärts wohnende Eigentümer einen in Berlin wohnenden Vertreter für die den Grundbesitz betreffenden Angelegenheiten zu bezeichnen haben. Die Deputation betonte von neuem ihren bisherigen Standpunkt, welcher sich für die Beibehaltung und strenge Durchführung der genannten Bestimmung ausspricht. Ferner wurde in der Deputation über zu späte Zustellung der Steuerveranlagungen Klage geführt und darauf hingewiesen, daß der Stadtgemeinde durch die zu spät erfolgende Steuereinziehung eine erhebliche Zinseneinbuße erwachse. Es wurde jedoch festgestellt, daß die Vorarbeiten aufs schnellste erledigt werden. Die Deputation sei jedoch abhängig von der Veranlagung seitens der staatlichen Steuerbehörde, welche abgewartet und dann noch bearbeitet werden müsse.

Unseres Erachtens ist die Klage wegen zu später Zustellung der Veranlagungen durch die Gemeinde berechtigt. Uns ist bekannt, daß Personen, die Anfang April die staatliche Veranlagung erhalten haben, noch heute nicht im Besitze der Gemeindesteuerveranlagung sind.

Zu den Differenzen des Syndikus Dr. Roehl mit dem Vorstande der Handwerkskammer wird berichtet, daß die Staatsanwaltschaft das gegen Dr. Roehl schwebende Strafverfahren eingestellt hat. Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer hatte neben der Einleitung eines Disziplinarverfahrens auch Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Nachdem die Ermittelungen über sechs Monate geschwebt haben, ist das Verfahren nunmehr, und zwar aus materiellen Gründen, eingestellt worden.

Eisenbahnzusammenstoß bei Hennigsdorf.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Personenzug der Kremmener Bahn und einem Güterzuge ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 3 Uhr unweit des Bahnhofes Hennigsdorf bei Tegel. Etwa 200 Meter von der Einfahrt zur Station bemerkte der Lokomotivführer plötzlich, daß ihm auf dem Einfahrtsgleis ein vollbeladener Güterzug entgegenkam Beide Führer versuchten sofort zu bremsen Ein Zusammenstoß war indessen unvermeidlich. Die Lokomotiven fuhren mit großer Gewalt gegeneinander und legten sich, arg demoliert, zur Seite. Das Personal beider Züge konnte sich durch Abspringen in Sicherheit bringen. Nur der Schaffner Petermann, der sich zur Zeit der Karambolage im Packwagen befand, wurde schwer verletzt. Infolge Zertrümmerung des Packwagens erlitt er Brüche an beiden Beinen. Von den Passagieren wurden drei durch Glassplitter am Kopf und im Gesicht verwundet. Einige andere meldeten sich als krank, sie klagten über Schmerzen im Rücken und über Nervenchok. Vom Güterzug wurden drei mit Holz beladene Wagen schwer demoliert. Petermann wurde dem Krankenhaus zugeführt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist, soweit bisher ermittelt werden konnte, darauf zurückzuführen, daß der Güterzug beim Rangieren infolge falscher Weichenstellung auf das Einfahrtsgleis geschoben wurde.

Der Schriftsteller Dahsel, der weiteren Kreisen durch den Erpressungsprozeß Dahsel-Schuwardt und durch das gegen die Bruhnsche „Wahrheit“ gerichtete Strafverfahren bekannt geworden ist, ist einem Herzleiden erlegen. Er kommt nunmehr nicht mehr in die Lage, die gegen ihn erkannte Strafe von 1 Jahr 6 Monate Gefängnis verbüßen zu müssen.

Das gegen Herrn Bruhn schwebende Strafverfahren dürfte mit dem Tode Dahsels um einen Hauptzeugen ärmer sein.

Der Museumsdiebstahl, über den wiederholt berichtet wurde, hat jetzt auch zu einer Verhaftung geführt. Das Schadowsche Bronzerelief Friedrich des Großen, das aus dem Kunstgewerbemuseum verschwunden war, kam vor kurzem in einem Zigarrengeschäft am Oranienburger Tor zum Vorschein. Kriminalbeamte entdeckten es dort. Der Geschäftsmann erklärte, er habe das Kunstwerk als Unterpfand für zwei Darlehen von 5 und 2 M. von einem Kunden bekommen, der es alsbald wieder abholen sollte, aber nicht wiedergekommen sei. Jetzt ist dieser Kunde ermittelt und festgenommen worden. Es ist ein junger Konfektionär Siegmund B., der schon seit Januar dieses Jahres keine Wohnung und keine Stellung mehr hat. B. pflegte im Tiergarten oder in Cafés aller Art zu übernachten. Gestern traf ihn die Kriminalpolizei auf einer Streife in einem Café der Friedrichstadt, wo er schlief. B. bestreitet, selbst das Relief gestohlen zu haben. Der Dieb sei vielmehr ein Mann, den er nur dem Vornamen Max nach kenne, ein Rheinländer von etwa 30 Jahren. Diesen „Max“ habe er in einer Spielerkneipe in der Friedrichstadt kennen gelernt. Dort habe er sich als Agent vorgestellt und erzählt, daß er in London und Paris gewesen sei und jetzt nach Brüssel fahren wolle. Max habe

hier in Berlin in einem Hotel in der Anhaltstraße gewohnt und sich in der Fremdenliste als Dekorateur Karl Krause, am 14. 11. 1885 in Breslau geboren, eingetragen. Auf seine Frage, weshalb er nicht seinen richtigen Namen eintrage, habe Max erwidert, das sei im Hotel nicht üblich. Am 4. Mai habe Max ihm (Siegfried B.) aus seinem Gepäck einen in eine Pariser Ausgabe des „New York Herald" eingewickelten schweren Gegenstand gegeben und gesagt, das sei ein wertvolles Bronzerelief, das er aus Paris mit dem Auftrage erhalten habe, es zu verkaufen. Weil er jetzt in Geldverlegenheit sei, so möchte er es gern versetzen. Das besorgte dann B. bei einem Zigarrenhändler. Diesem übergab er das Relief, ohne es erst ausgewickelt zu haben. Er bekam 5 M. darauf. Nach einigen Tagen verlangte er noch einmal 5 M., bekam aber nur noch 2 M. mit der Bedingung, in acht Tagen das Geld zurückzuzahlen und das Unterpfand wieder abzuholen. Max hat ein stark durchfurchtes Gesicht und trug einen hochgedrehten Schnurrbart. Die Kriminalpolizei hat seine Handschrift aus dem Fremdenbuch beschlagnahmt. Wer über den geheimnisvollen Max etwas weiß, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden, wahrscheinlich handelt es sich um einen internationalen Museumsdieb. Siegfried B. wurde wegen Hehlerei in Untersuchungshaft genommen.

Einbrecher im Erbbegräbnis des Grafen v. Arnim-Blumberg. Eine frevelhafte Grabschändung durch Einbrecher wurde im Erbbegräbnis des Grafen Herrmann v. Arnim auf Schloß Blumberg an der Ostbahn verübt. Die Diebe drangen in den Abendstunden unbemerkt durch das Dachfenster in die Ortskirche von Blumberg und erbrachen dort die Behälter, die die wertvollen Orden mehrerer verstorbener Grafen v. Arnim enthielten. Unter den erbeuteten Orden befanden sich außerordentlich kostbare alte Stücke, die zum Teil von großem historischen Wert sind. Die Diebe demolierten das Innere der Kirche und versuchten durch das Aufbrechen der Gruftplatte in die darunter befindliche Gruft der gräflichen Familie zu gelangen. Als ihnen das nicht gelang, verließen sie durch das Fenster die Kirche und drangen von außen in die Gruft, indem sie die verwitterten Eisenstäbe an den Kellerlöchern ausrissen. In der Gruft erbrachen sie zwei Särge, in denen zwei Mitglieder der Familie v. Arnim in den Jahren 1872 und 1875 bestattet worden waren. Auch die verlötete Zinkumhüllung der Särge rissen die Frevler auf; sie warfen die zum Teil gänzlich zerfallenen Leichenreste durcheinander. Die Diebe erbeuteten nur einige Ringe, die sie in einen Sack zu den Orden legten und verließen dann die Gruft auf dem gleichen Wege, wie sie gekommen waren. Im Schutze der Dunkelheit entfernten sie sich unbemerkt auf der Chaussee nach Berlin. Auf der Straße baten sie einen vorüberfahrenden Bauern, in seinem Wagen aufsitzen zu dürfen, was ihnen von dem Lenker des Gefährts auch gestattet wurde.

Inzwischen war der Diebstahl in der Kirche von Blumberg durch den Küster entdeckt worden, und der Ortsgendarm nahm die Verfolgung der Einbrecher auf. Nach kurzer Zeit gelang es ihm, die Flüchtigen zu erreichen und zu verhaften. Es handelt sich um zwei Berliner Einbrecher, die bereits mehrere Zuchthausstrafen verbüßt haben. Der eine ist der 43 Jahre alte Arbeiter Karl Behnert aus Britz, der andere der 49 Jahre alte Monteur Eginus aus Rixdorf. Die beiden Diebe hatten sich in einer Kaschemme in Rixdorf kennen gelernt und dort den Plan zu dem Einbruch auf der entlegenen Besitzung des Grafen v. Arnim vorbereitet.

Die Gaunereien einer Zigeunerin beschäftigen gegenwärtig die Kriminalpolizei Groß-Berlins. Allem Anschein nach ist es ein und dieselbe Person, die in Schöneberg, Rixdorf und Lichtenberg zahlreiche Frauen und Mädchen empfindlich geschädigt hat. Die begleitenden Umstände, die bisher zur Kenntnis der Polizei gelangt, weisen auf einen haarsträubenden Aberglauben der Betrogenen hin. Die Behörden nehmen mit Recht an, daß sich kaum ein Prozent der Geschädigten gemeldet, die übrigen es vorziehen, sich nicht dem Gelächter der Oeffentlichkeit auszusetzen, oder aber steif und fest an die Prophezeiungen der Betrügerin glauben. Die Zigeunerin, welche ihre Opfer nicht allein unter „kleinen Leuten" sucht, sondern auch die Frau Regierungsrat, wie auch die glänzendste Halbweltdame in der Beletage hineinlegt, arbeitet zumeist von der Hintertreppe aus. Sie bietet ein Päckchen Tee an, das für alle Krankheiten gut ist und kommt dann auf den anscheinend nicht ganz guten Gesundheitszustand ihres Opfers zu sprechen. Diese Methode zieht fast in allen Fällen; der Tee wird gekauft und die Gaunerin holt das „siebente Buch Mose" hervor, aus dem sie einen Wollfaden herauszieht. Ihr Visavis muß in demselben sechs Knoten machen, die Zigeunerin klappt dann das Buch zu und beim Wiedereröffnen des Buches liegt der Wollfaden entknotet da, und zwar auf einer Stelle, auf deren Inhalt sie mit geheimnisvoller Miene hinweist. Natürlich ist in dem Text von Geld die Rede und so läßt die Prophetin ihr Opfer alles Geld, was dasselbe bei sich hat, in ein Taschentuch wickeln. Dann aber erklärt sie, sie wisse, daß noch Geld im Hause verborgen sei. Ein großes Unglück werde sich ereignen, wenn man ihr das nicht auch noch zeige. So ist es vorgekommen, daß die Betrogenen Wertpapiere und Sparkassenbücher, Juwelen und Goldsachen in das Taschentuch eingeknüpft haben. Glaubt die Schwindlerin genug herausgepreßt zu haben, so erklärt sie, nach der Kirche gehen zu müssen, um dort für das Wohlergehen der Schwerleidenden zu beten. Ehe das Opfer zur Besinnung kommt, ist die Schwindlerin auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Die Zigeunerin gibt an, in der Liebigstraße 2 in Berlin zu wohnen. Die Kriminalpolizei hat in der Tat ermittelt, daß dort bis vor kurzer Zeit Zigeuner gewohnt haben, die unbekannt verzogen sind. Die Betrügerin ist von kleiner Statur, hat glänzend schwarzes Haar, gelben Teint, spricht gebrochenes Deutsch, trägt auf dem Ringfinger der linken Hand zwei Silberringe. Sie ist unter anderem bekleidet mit einer schwarzen Achselschürze und geht barhäuptig.

Eine verhängnisvolle Schießaffäre hat sich gestern in früher Morgenstunde auf dem Gesundbrunnen zugetragen. Der 57jährige Schuhmachermeister Oskar Schilling aus der Schivelbeinerstr. 40 hatte Mittwoch abend gemeinsam mit dem 30jährigen Arbeiter Alfred Schliewerski aus der Bellermannstr. 76 den Geburtstag seiner Ehefrau gefeiert. Man hatte auch den Wächter Georg Obloff, ebenfalls Schivelbeinerstr. 40 wohnhaft, eingeladen, doch war es diesem nicht möglich, zu erscheinen, da er dienstlich verhindert war. O. hatte auf einem Neubau in der Nachbarschaft als Wächter zu fungieren. Damit er auch etwas von der Geburtstagsfeier habe, beschlossen die drei erwähnten Personen, ihn auf dem Neubau aufzusuchen und ihm zu essen und zu trinken zu bringen. Dies geschah auch und vergnügt traten die drei dann später wieder den Heimweg an. In der dritten Morgenstunde fühlten sie aber das Bedürfnis, den Wächter noch einmal aufzusuchen und ihm Getränke zu bringen. Diesmal glaubte nun O., es seien Einbrecher, die den Neubau betraten. Er konnte die drei Personen nicht richtig beobachten, da er von seinem Standplatz aus etwas versteckt war. In der irrtümlichen Annahme, es handle sich um Einbrecher, feuerte O. aus seinem Revolver mehrere Schüsse ab. Leider sollten alle Schüsse treffen. Frau Schilling erhielt Schüsse ins Gesicht und in den Hals, während der Ehemann am Hinterkopf erheblich verwundet wurde. Auch der Arbeiter Schliewerski wurde getroffen und verletzt. Alle drei Verwundete mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Der Einbrecher als Versicherungsagent. Ein ganz raffinierter Bursche treibt gegenwärtig in Berlin sein Unwesen. Er arbeitet unter dem Deckmantel eines Versicherungsagenten. Als solcher betritt er die Wohnungen und nimmt die Versicherung der vorhandenen Möbelstücke auf. Bei diesen Gelegenheiten benützt er günstige Momente dazu, um Schränke und andere Behälter zu erbrechen und auszuplündern. Natürlich hat es der Dieb nur auf Wertsachen abgesehen. Der gefährliche Einbrecher, der übrigens schon einen Nachahmer gefunden zu haben scheint, ist etwa 30 Jahre alt. Er macht keineswegs den Eindruck eines Verbrechers, was ihm sein verbrecherisches Handwerk noch erleichtert.

Ihren Selbstmord angekündigt hat Dienstag nachmittag ein junges Mädchen, welches im Restaurant „Waldschänke" in Alt-Buchhorst mehrere Briefe schrieb und dem Wirt dieselben zur Besorgung an die Post übergab. Die etwa 17jährige Person entfernte sich dann und ist seitdem nicht mehr gesehen worden. Die Briefe waren an Ernst Mende in Gräditz gerichtet und als Grund ist ein nervöses Leiden angegeben.

Rekognosziert ist die Leiche des jungen Mädchens, welches sich vor acht Tagen im Peetzsee ertränkt hat. Es ist dies die 1891 geborene Kontoristin Hedwig Bastke aus Berlin, die den Selbstmord aus unglücklicher Liebe verübt hat.

Lebensgefährlich verbrannt. Durch unvorsichtiges Hantieren mit einer gefüllten Petroleumkanne in der Küche ist gestern vormittag gegen 9 Uhr die Frau des Droschkenkutschers Lebender in der Genter Straße 41 im Norden Berlins schwer verletzt worden. Anscheinend wollte sie durch Aufgießen von Petroleum das Herdfeuer stark anfachen. Hierbei schlug eine Flamme zurück und brachte die Petroleumkanne unter heftiger Detonation zur Explosion. Die umherspritzende brennende Flüssigkeit setzte im Nu die Kleider der Frau in Flammen, die sofort einer Feuersäule glich. Auf ihr Hilferufen eilten Nachbarn herbei und erstickten die Flammen durch Aufwerfen von Tüchern. Die herbeigerufene Feuerwehr schaffte die am ganzen Körper verbrannte Frau schleunigst in hoffnungslosem Zustande nach dem Virchow-Krankenhause. Der durch die Explosion erzeugte Luftdruck hatte eine Küchenwand vollständig eingedrückt. Der noch entstandene Küchenbrand konnte von der Wehr schnell abgelöscht werden.

Ein größeres Feuer in einer Druckerei kam früh gegen 2 Uhr in der Skalitzer Straße 104 zum Ausbruch. Es brannten Regale, Fußboden, Fenster und Papiervorräte. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, doch konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden.

„Ueber die neuesten Beobachtungen des Halleyschen Kometen" wird Herr Dr. Archenhold, Direktor der Treptow-Sternwarte, am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, im neuen Hörsaal der Treptow-Sternwarte berichten. Wenn auch die Erscheinungen dieses Kometen in unseren Breiten eine nur geringe war, so hat sich an vielen Stellen der Erde, in denen der Halleysche Komet in größerer Höhe über den Horizont kam, eine interessante Schweifbildung beobachten lassen. Abends 7 Uhr spricht Dr. Archenhold über: „Entstehen und Vergehen der Welten", und Montag, abends 9 Uhr über: „Sonnen- und Mondfinsternisse". Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird zuerst die Sonne, dann Jupiter und später der Mond gezeigt.

Straßensperrung. Der halbe Kreuzdamm der Schöneberger Straße und des Schöneberger Ufers wird vom 14. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Dezernent der Deputation für die städtischen Wasserwerke, Stadtrat Seydel, Aufschluß über die Wassernot, unter der die Einwohner verschiedener Stadtteile zu leiden haben. Wie er betonte, war am letzten Sonnabend der Wasserverbrauch in Charlottenburg pro Kopf 199 Liter, in Berlin nur 130 Liter. Dazu komme, daß in Charlottenburg die Hausrohre vielfach zu schwach sind. Es seien Maßnahmen zur Beseitigung der Kalamität getroffen. Vor allem sei die Furcht einer Wassernot bei Bränden ganz unbegründet. An diese Mitteilung schloß sich eine kurze Debatte, nach deren Beendigung das Haus in die Tagesordnung trat. Zunächst nahm es Kenntnis von der Abänderung der Geschäftsanweisung für die Armenkommissionen. Die Aenderung geht dahin, daß in Zukunft auch den Frauen, die Mitglieder von Armenkommissionen sind, bestimmte Reviere überwiesen werden sollen. Aus der Begründung sei eine Stelle hervorgehoben, die besonders charakteristisch ist: Es heißt da, daß den Frauen zahlreiche, zum Teil recht schwierige Fälle zur Prüfung und Bearbeitung übertragen sind. „Die Erfahrung hat gezeigt, daß sie die ihnen übertragenen Geschäfte genau so sorgfältig und mit demselben praktischen Erfolge erledigt haben wie ihre männlichen Kollegen, und die Befürchtung, sie könnten unter Umständen einmal in Schwierigkeiten und Gefahren geraten, hat sich nicht als begründet erwiesen."

Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von einer Mitteilung des Magistrats, daß die Bestrebungen zur Schaffung eines Asyls für Obdachlose für Groß-Berlin resultatlos verlaufen sind. In der Besprechung der Vertreter von Berlin und einer Reihe von Vorortgemeinden wurde die Befürchtung laut, durch die Schaffung eines solchen Asyls würde der Zudrang von Personen, die, ohne eine feste Arbeitsstelle in Berlin zu haben, jetzt zahlreich Groß-Berlin zuströmen, noch erheblich vermehrt werden, und eine Kontrolle sei, wenn mehrere solche großen Asyle beständen, zwischen denen obdachlose Personen beliebig hin- und herziehen könnten, völlig ausgeschlossen. Es sind das die bekannten Phrasen, die immer wiederkehren, wenn es gilt, soziale Bestrebungen in Groß-Berlin zu fördern.

Nach Erledigung einer Reihe unbedeutender Vorlagen schritt die Versammlung zur Beratung der neuen 40 Millionen-Anleihe. Es machte einen eigenartigen Eindruck, daß der Führer der Liberalen, die seit Jahren die Herrschaft in Charlottenburg führen und alles, was der Magistrat verlangt, bewilligen, sich plötzlich als Oppositionsmann gebärdete und über die zunehmende Schuldenlast klagte und Sparsamkeit predigte. Wir fürchten, wenn die Liberalen anfangen zu sparen, dann werden sie am unrichtigen Ende anfangen und gerade Ausgaben für Kulturzwecke ablehnen. Bezeichnend für die Freisinnigen ist es, daß sie erst vor kurzem 2,3 Millionen an die Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen verschenkt haben, nur weil ihre reichen Parteifreunde am Kurfürstendamm eine Untergrundbahn haben wollten, daß sie aber jetzt über die Zuschüsse für Untergrundbahnen klagen und es monieren, daß in der Anleihe ein Betrag zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in dem hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Nordwesten von Charlottenburg eingestellt ist. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen.

Gleichfalls an einen Ausschuß ging die Vorlage betreffend Errichtung eines Wohnungsamtes. Namens unserer Parteigenossen sprach Hirsch seine Genugtuung darüber aus, daß die von den Sozialdemokraten seit langen Jahren geforderte Vorlage endlich erschienen ist. Redner verbreitete sich ausführlich über die Bedeutung der Wohnungsfrage namentlich zur Bekämpfung der Volkskrankheiten und erklärte sich im großen ganzen mit dem Inhalt einverstanden. Nur hinsichtlich der Organisation regte er die Zuziehung von Frauen mit gleichen Rechten wie die Männer an. In demselben Sinne sprach sich Genosse Vogel aus, der seine in Essen gemachten Erfahrungen schilderte. Die Liberalen hatten ihr Einverständnis mit der Vorlage erklären lassen. Das hielt aber eins ihrer Fraktionsmitglieder nicht ab, sie vom hausagrarischen Standpunkt aus scharf zu bekämpfen. Genosse Gebert bereitete diesem Herrn eine Abfuhr, die er nur allzu sehr verdient hat. In später Abendstunde wollten die Freisinnigen noch einen von ihren Freunden gestellten Antrag, der eine Verschlechterung der erst vor kurzem beschlossenen Wertzuwachssteuerordnung vorsieht, durchpeitschen. Von unserer Seite wurde die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung beantragt, un dals die Mehrheit darauf nicht einging, die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Tatsächlich war nur ein kleiner Teil der Stadtverordneten anwesend, die Sitzung mußte deshalb abgebrochen werden.

Schöneberg.

Der renitente Freiherr v. B. Ein Abendblatt berichtete gestern, daß in einem Restaurant an der Hauptstraße ein Freiherr v. B. häßliche Szenen heraufbeschworen habe. Der Freiherr hatte dort mit einer Dame zu Abend gespeist und eine hohe Zeche gemacht. Als der Gast wegen der späten Stunde — es war 2 Uhr nachts — zum Zahlen gemahnt wurde, begann er zunächst mit dem Kellner einen Streit wegen der Höhe der Zeche. Dann griff er die Wirtsleute tätlich an und zertrümmerte Gläser im Werte von 28 M. Mit Hilfe der Polizei schaffte man den aufsässigen Gast nach der Wache, wo seine Personalien festgestellt wurden. Der Gastwirt hat gegen v. B. Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet.

Von besonderem Interesse wäre es, zu erfahren, ob der wütende Freiherr auf dem Transport, wie jeder gewöhnliche Sterbliche, die Schutzmannsfaust zu spüren bekam. Im übrigen pflegt doch auch bei so renitenten Arrestanten die Feststellung der Personalien auf der Wache nicht so ganz spurlos vorüber zu gehen.

Wilmersdorf.

Selbstmord eines Wilmersdorfer Volksschullehrers. Wie die „Wilmersdorfer Zeitung" berichtet, hat sich auf einem Friedhof bei Landsberg a. W. vorgestern der Volksschullehrer Richard Martwig aus Wilmersdorf erschossen. M., der erst im 27. Lebensjahre stand und noch unverheiratet war, ist seit zwei Jahren an der hiesigen dritten Gemeindeschule tätig gewesen. Er war seit langem nervenleidend und hat erst in diesem Frühjahr einen achtwöchigen Urlaub bewilligt erhalten, um seine zerrütteten Nerven wieder zu stärken. Sichtlich gebessert kehrte der zu Schwermut neigende junge Mann Ende Mai von diesem Urlaub zurück, um aufs neue seine Arbeit aufzunehmen. Vor einigen Tagen entfernte er sich ohne Urlaub aufs neue von hier und vorgestern abend traf die Mitteilung von seinem Selbstmord hier ein. Martwig stammte aus einem kleinen Orte bei Landsberg. Er war mit der Bahn bis Landsberg gefahren, wo er sich auf dem Weg nach seinem Heimatsort auf einem Friedhof erschoß.

Groß-Lichterfelde.

Der Bildungsausschuß veranstaltet Sonnabend, den 11. Juni, abends 8 Uhr, bei Richter, Chausseestraße, einen Unterhaltungsabend. Unter anderem hält Herr Dr. Goldschmidt einen Vortrag über „Das Wesen des freien Volksliedes".

Tempelhof.

Ein schwerer Unfall ereignete sich vorgestern abend gegen 1/4 8 Uhr in der Berliner Straße, Ecke Borussiastraße. Dort stieß ein Kohlenwagen mit dem in der Richtung Mariendorf fahrenden Straßenbahnzug der Linie 73 zusammen. Der achtjährige Knabe Willi Loebert, dessen Eltern in der Dorfstr. 45 wohnen, hatte sich hinten an dem Kohlenwagen angehangen; der Kleine wurde bei dem Zusammenstoß unter den Vorderperron des Motorwagens 1397 geschleudert und erlitt schwere Wunden am rechten Oberschenkel, am Ellenbogen, am Hinterkopf sowie Hautabschürfungen an der rechten Schulter. Der Knabe wurde von einem in der Nähe wohnenden Arzte verbunden und dann nach dem Kreiskrankenhause in Britz geschafft. Die Beschädigungen an dem Straßenbahnwagen waren nur unbedeutend.

Jugendveranstaltungen.

Einen Vortragsabend über das Wesen der Schachprobleme veranstaltet Sonnabend, 11. Juni, abends 9 Uhr, der Schachklub Springer im großen Saale des Königstadt-Kasino, Alexanderstr. 71, Ecke Holzmarktstraße. Der Vortrag wird am großen Demonstrationsbrett erläutert. Gäste willkommen und haben freien Zutritt.

Freie Jugendorganisation Abt. XIX. Heute Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Heckert, Schreinerstraße Ecke Samariterstraße: Versammlung. Vortrag.

Witterungsübersicht vom 9. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5 cm = 4 Gr.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5 cm = 4 Gr.
Swinemünde	764	NO	1	heiter	17	Haparanda	770	N	2	wolkenl	9
Hamburg	763	S	2	wolkenl	20	Petersburg	766	NW	1	wolkenl	17
Berlin	763	O	2	wolkenl	22	Scilly	761	WSW	1	wolkig	13
Frankf. a. M.	760	N	1	bedeckt	18	Aberdeen	763	Still		wolkenl	13
München	761	SO	1	wolkenl	19	Paris	760	Still		wolkenl	20
Wien	761	NO	1	Dunst	22						

Wetterprognose für Freitag, den 10. Juni 1910.

Sehr warm und schwül, vielfach heiter, aber veränderlich mit Gewitterneigung und meist schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 8. 6. cm	seit 7. 6. cm¹)	Wasserstand	am 8. 6. cm	seit 7. 6. cm¹)
Memel, Tilsit	88	—2	Saale, Grochlitz	76	—2
Pregel, Insterburg	—38	—3	Havel, Spandau²)	40	—2
Weichsel, Thorn	16	0	„ Rathenow²)	52	—4
Oder, Ratibor	118	+2	Spree, Spremberg²)	68	0
„ Krossen	99	—7	„ Beeskow	74	+11
„ Frankfurt	114	—4	Weser, Münden	—66	+4
Warthe, Schrimm	—21	—1	„ Minden	8	—2
„ Landsberg	—26	—2	Rhein, Maximiliansau	528	+6
Netze, Bordamm	—24	—6	„ Kaub	287	—1
Elbe, Leitmeritz	—21	—3	„ Köln	282	—1
„ Dresden	-139	—1	Neckar, Heilbronn	63	+1
„ Barby	97	—6	Main, Wertheim	120	+5
„ Magdeburg	102	—1	Mosel, Trier	—	—

¹) + bedeutet Wachs, — Fall. Unterpegel.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das andere Mal. — Eine neue Strategie. Von K. Kautsky. — Die englische Krone. Von Th. Rothstein. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. (Fortsetzung.) Literarische Rundschau: S. P. Altmann, Finanzwissenschaft. Von M. N. Martin Hartmann, Unpolitische Briefe aus der Türkei. Von Karl Radek. M. Liepmann, Professor des Strafrechts in Kiel, Die Beleidigung. Von Siegfried Weinberg. — Notizen: Die Fachtechnik und die Gewerkschaftspresse. Von K. Schmidt, Würzburg. Englands Geldkapital. Von k. — Zeitschriftenschau. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 8. Juni, nachm. 3 1/4 Uhr, mein lieber guter Mann, der Bildhauer

Paul Büstrich

nach kurzem schweren Leiden entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 3 1/4 Uhr, auf dem neuen Gemeinde-Friedhof in Rixdorf, Mariendorfer Weg, statt.

Die tieftrauernde Witwe nebst Anverwandten.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz.-Alleo
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung.
Eleg. Paletots.
Großes Stofflager
zur Anfertigung n. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Frack- Verleih-Institut: Friedrichst. 115/1, a. Oranbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.